

## Antrag zum 72. Landeskongress

Antrag 022

72. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Rastatt, 21. bis 22. Oktober 2017

Antragsteller: Julian Barazi; Roland Fink; Julian Gurke; Yoann Foumani

*Der LAK Europa, Außen und Verteidigung empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 72. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Eine auswärtige Prüfung für die Vereinten Nationen

Wir Junge Liberale Baden-Württemberg bekennen uns zu der Forderung nach einem verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern. Da die Vereinten Nationen (UN) durch Steuergelder finanziert werden, müssen sie diesem Maßstab gleichermaßen gerecht werden.

Deutschland ist das viertgrößte Geberland der UN und trägt pro Jahr mit ca. 400 Millionen USD zu dem Budget der UN bei.

Daher sollte sich Deutschland nachdrücklich für eine auswärtige Prüfung der gesamten Arbeitsweise der Vereinten Nationen einsetzen.

Begründung:

Es gibt etliche Missstände in den Vereinten Nationen, die hervorgehoben werden müssen:

1. Ein Großteil dieser Beiträge dient dem Selbsterhalt der Bürokratie und nicht der Friedenssicherung oder Krisen-Bekämpfung. Es gibt etliche Fälle in denen die UN-Bürokratie den Missionen ihren eigenen Feldmitarbeitern im Weg steht. Aufgrund von den langsamen internen Prozessen der Mittelweiterleitung oder Ausstellung von Reisegenehmigungen sind Mitarbeiter oft gezwungen Regeln zu brechen um ihre Missionen gewissenhaft zu erfüllen.

2. Es gibt eine Arbeitskultur, die keine Anreize setzt, verantwortungsvoll zu handeln. Es wurde in den letzten 6 Jahren kein permanenter Feldmitarbeiter für mangelnde Leistung entlassen oder bestraft. Für fahrlässiges Verhalten eines höheren Funktionärs, dass dem Friedensprozess in fragilen Ländern massiv hindern kann, ist es unmöglich sie oder ihn zu versetzen oder zu entlassen, solange kein Verbrechen begangen wurde. Ebenfalls gibt es keine Möglichkeit mangelhaften Mitarbeitern in wichtigen Rollen, weniger wichtige Rollen zu zuweisen solange kein Verbrechen von ihnen begangen wurde.

3. Selbst wenn Handlungen der UN zu Verbrechen führen, wie z. B. der Einsatz von kongolesischen Friedenstruppen in der Zentralafrikanischen Republik, der zu Vergewaltigungen und Gewalt gegen Zivilisten durch Blauhelme geführt hat, ist es fast unmöglich den Fehler zu korrigieren, da politische Interessen der Mitgliederstaaten gewahrt werden müssen. In dem konkreten Fall wurden die Truppen aus der DR Kongo erst nach mehreren Kindesvergewaltigungsfällen versetzt. Die Truppen aus der Republik Kongo, die durch ähnliches Verhalten auffielen sind immer noch da. Kein Funktionär wurde zur Verantwortung gezogen.

2013 forderte Guido Westerwelle eine UN-Reform. Die Forderungen nach Reformen richten sich allerdings meist an die Entscheidungsprozesse im Sicherheitsrat. Diese Forderungen sind theoretisch korrekt, aber praktisch kaum umsetzbar. Eine realistische Forderung ist die nach einer auswärtigen Prüfung der UN, was ihre internen Arbeitsprozesse betrifft. Der neue Papst sah sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert und hat den Vatikan einer auswärtigen Prüfung

35 durch private Agenturen unterzogen. Wenn dies im Vatikan möglich ist, sollte dies auch bei der  
36 UN möglich sein. Die Vorteile wären nicht nur ein verantwortungsvoller Umgang mit deutschen  
37 Steuergeldern, sondern auch eine effizientere, weniger bürokratische Struktur die dem  
38 Weltfrieden effizienter dient, kompetente Angestellte belohnt und fahrlässige Angestellte  
39 sanktioniert. Wir fordern daher:

40 Eine auswärtige Prüfung der Arbeitsprozesse der Vereinten Nationen.

## Antrag zum 73. Landeskongress

Antrag 002

73. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Heidelberg, 03. bis 04. März 2018

Antragsteller: Marvin Ellsäßer, Veronika Sordon

*Der Antrag wird im LAK Gesundheit beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 73. Landeskongress möge beschließen:

# 1 Umgang mit der Pflege in einem liberalen Gesundheitssystem

## 1. Präambel

Als Liberale sind wir der Überzeugung, dass die Freiheit des Einzelnen unantastbar ist und nur dann beschnitten werden darf, wenn sie die Freiheit des Mitmenschen oder der Gesellschaft insgesamt gefährden würde.

Zur persönlichen Freiheit gehört auch und vor allem die körperliche Unversehrtheit und die Gesundheit. Jedem Menschen ist die Möglichkeiten zu gewähren, seine eigene Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen und das ohne sich dabei in soziale Not zu begeben. Dabei obliegt es der gesamten Gesellschaft diesen Zustand füreinander in Solidarität zu erhalten, wobei die Verantwortung für Gesundheitsfürsorge und Therapieentscheidung beim Einzelnen liegt.

Getreu nach dem Grundsatz: "So wenig Staat wie möglich, aber so viel wie nötig" übernimmt dieser hier die Verantwortung entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es für die liberale Idee besonders wichtig die Eigenverantwortung der Bürger zu stärken. Die Verantwortung des Staats greift besonders dann, wenn ein Bürger sich aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen in soziale Not begibt.

Auch das Gesundheitswesen profitiert von einem im Wettbewerb stehenden System, wenngleich die klassischen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nicht voll zu tragen kommen dürfen, da die Gesundheit des Einzelnen kein klassisches Gut ist. Medizin ist ebenfalls nicht in klassischer Form industrialisierter Normen und Prozesse erbringbar. Die soziale Verantwortung der Pfleger und Ärzte, als auch der Freiberufler im Gesundheitssektor dürfen nicht zugunsten marktwirtschaftlicher Komponenten weichen.

Die medizinische Versorgung ist eine besondere Art der Dienstleistung die stark auf dem Miteinander der Menschen basiert. Daher ist sie überwiegend in einem freiberuflichen System erringbar.

Gesundheit ist den Menschen in Deutschland sehr wichtig. Allein im Jahr 2015 gaben die Deutschen 344,2 Milliarden Euro für medizinische Versorgung aus, womit sie weit über OECD Durchschnitt liegen. Dennoch leidet das Gesundheitssystem, oft aufgrund mangelhafter finanzieller Planung der Landesregierungen, unter Innovationsstau und Fachkräftemangel.

## 2 Krankenpflege

## **2.1 Stationäre Versorgung**

### **2.1.1 Krankenhäuser**

Die Versorgung über einen längeren Zeitraum ist in den meisten Fällen nur stationär zu bewältigen. Daher ist es umso wichtiger, dass unsere Krankenhäuser die höchsten Standards haben und von einer durchdachten, ökonomischen, sozialen Struktur geprägt werden. Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern zu gewährleisten gelten für die Krankenhäuser Grundsätze wie Transparenz, Qualitätsorientierung, Trägervielfalt, Wahlfreiheit der Patienten und Gewährleistung der Versorgung.

### **2.1.2 Krankenhausplanung**

Die grün-schwarze Landesregierung beschloss 2017 eine Schmälerung des Krankenhausetats um 30 Mio. Euro. Gepaart mit dem seit Jahren vorherrschenden Bettenabbau wirkt diese Art der Politik genau entgegen der zukünftigen Herausforderungen an Krankenhäuser (demographische Veränderung & höhere Lebensdauer). Daher müssen Betten stets mit Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung geplant und die Gelder dafür dementsprechend gestellt werden. Im ländlichen Raum muss es eine Stärkung der bereits vorhandenen Häuser im Bereich der Krankenpflege, sowie Kooperationsangebote zwischen privaten Praxen und medizinischen Versorgungszentren, die ggf. noch errichtet werden müssen, geben. Ziel einer staatlichen Förderung dieser Häuser oder Praxen ist es die medizinischen Standards auch auf dem Land so hoch wie möglich zu halten.

### **2.1.3 Qualität in der Versorgung**

Der Mittelpunkt einer medizinischen Versorgung ist stets der Patient - nicht das Geld. Eine umfassende Versorgung wird v.a. durch die Pflegekräfte gewährleistet, wodurch ihre Aus- und Weiterbildung entscheidend ist. Daher muss die bisherige Art der Ausbildung korrigiert werden, da sie, aufgrund zu hoher Auslastung bereits in der Lehre, eher abschreckend wirkt. Da vor allem auf dem Land, das Krankenpflegepersonal sehr viele Aufgaben zugewiesen bekommt, die bereits in das ärztliche Spektrum greifen, ist es zu überlegen eine duale Ausbildung anzubieten, die eine höhere Qualifikation mit sich bringt als der bisherige Ausbildungsberuf. Hierfür muss eine neue Vergütungsstufe geschaffen werden und der juristische Rahmen geklärt werden. Eine solche Ausbildung hätte zudem die Intention den Ausgebildeten auch den Quereinstieg in die Medizin zu erleichtern (beispielsweise durch teilweise Einbindung von Modulen aus den ersten Semestern der Humanmedizin).

### **2.1.4 Wettbewerb um die beste Versorgung**

Bei Krankenhäusern kann es keinen Wettbewerb wie in der freien Wirtschaft geben. Vielmehr geht es um einen fairen Wettbewerb einzelner Versorgungszentren im Rahmen ihrer Versorgungsschwerpunkte. So können medizinische Zentren beispielsweise durch Kooperationsprojekte mit freiberuflichen Ärzten oder sektorübergreifenden Versorgungskonzepten im Bereich der Pflege punkten. Ziel des Wettbewerbs ist dabei die bestmögliche Versorgung für die einzelnen Ansprüche der Patienten zu schaffen.

### **2.1.5 Wertschätzung der Krankenpflege**

Die in der Pflege tätigen Menschen sind das Rückgrat jedes Krankenhauses. Ohne sie würde der Betrieb zusammenbrechen und die Wirtschaftlichkeit verloren gehen. Daher ist es besonders wichtig ihre Bezahlung den Anstrengungen anzupassen. Darüber hinaus bieten höhere Qualifikationsmöglichkeiten in der Pflege auch die Chance eine höhere Gehaltsstufe zu erreichen. Darüber hinaus sollte die Pflege bereits im Bildungswesen vorgestellt und eine Sensibilität gegenüber dem Beruf geschaffen werden.

## 77 **3. Altenpflege**

### 78 **3.1 Fairer Wettbewerb und unternehmerische Freiheit**

79 Wohlfahrtsverbände und Kirchen als Träger von Pflegeeinrichtungen haben gegenüber den  
80 privaten Trägern u.a. steuer- und arbeitsrechtliche Vorteile was einer liberalen Vorstellung  
81 widerspricht. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl existierender Vorschriften, Nachweispflichten  
82 und Reglementierungen die nicht mit den Prinzipien der unternehmerischen Freiheit vereinbar  
83 sind. Diese Art der Handhabung hat bereits jetzt einen Rückgang der Innovationsbereitschaft und  
84 somit des Angebots für Pflegebedürftige zur Folge. Private Anbieter sollten daher die gleichen  
85 steuerlichen Vorteile erhalten. Einzelne Einrichtungen können sich darüber hinaus auf gewisse  
86 Spezialgebiete, beispielsweise Demenzkranke, MS/ALS oder Komapatienten, spezialisieren und  
87 somit auch ihre lokalen Begebenheiten voll ausschöpfen.

### 88 **3.2 Arbeitsstruktur**

89 Die deutschen Altenpfleger sind arbeitstechnisch völlig überlastet. Das liegt nicht nur am  
90 Personalmangel, sondern auch an der demographischen Entwicklung. Dabei nehmen vor allem  
91 die Zahl der Bewohner, als auch expliziter, die Anzahl der Demenzkranken erheblich zu. Eine  
92 Alternative bietet beispielsweise die norwegische Pflege. Dort arbeiten Pfleger nur 35,5 Stunden  
93 und unterliegen bei weitem nicht so vielen Reglementierungen im Umgang mit ihren Patienten  
94 wie das in Deutschland der Fall ist. Die Patienten haben dabei keinerlei Nachteile gegenüber den  
95 Patienten in Deutschland, genießen im Gegenteil sogar einige persönliche Vorteile. Darüber  
96 hinaus dürfen Pfleger nicht derart in Verantwortung gezogen werden, dass ihre persönliche  
97 Gesundheit zugunsten der Gesundheit anderer leiden muss. Selbstverständlich dürfen  
98 Ausnahmen gemacht werden, jedoch nur gegen eine angemessene Zusatzzahlung wie  
99 Nachtzuschlägen oder Überstunden die mit einem Saldo-Plus ausbezahlt werden.

### 100 **3.3 Vergütung**

101 Um die Motivation und Begeisterung für den Pflegeberuf zu erhalten ist es besonders wichtig,  
102 dass die Gehälter steigen. Daher gilt es die Fähigkeiten und Kompetenzen der Pfleger zu  
103 evaluieren und einen dementsprechenden Personalschlüssel zu schaffen, der ihren Leistungen  
104 entspricht. Darüber hinaus muss die Deckelung der Vergütungssteigerungen im Pflegebereich  
105 abgeschafft werden. Zusätzlich sollten Pflegekräfte von gewissen steuerlichen Pflichten, wie  
106 beispielsweise dem Soli oder der Pflegeversicherung, entbunden werden. Darüber hinaus gilt es  
107 die finanzielle Handhabung der Pflege in den GKV und PKV anzugleichen um optimale  
108 Leistungen für die Patienten, als auch eine gerechte Bezahlung für die Pflegekräfte zu schaffen.

### 109 **3.4 Bewusstsein für die Pflege schaffen**

110 Die Pflege verdient, als eigenständiger Leistungsbereich im Gesundheitswesen gewürdigt zu  
111 werden. Darüber hinaus können Anreize für die Ausbildung geschaffen werden, wie  
112 beispielsweise eine Vergünstigung bei Wohnraum für Auszubildende. Ebenfalls ist der klassische  
113 Beruf des Pflegers zu überdenken, da auch in diesem Bereich werden oft höhere Kompetenzen  
114 von den Pflegern erwartet, als sie während ihrer Ausbildung erfuhren. Ebenfalls sollen, während  
115 einem FSJ oder BUFDI erworbene Kenntnisse der Pflege, Vorteile in einer nachfolgend,  
116 angestrebten Ausbildung ermöglichen. Um einen rechtskräftigen Raum hierfür zu schaffen, ist zu  
117 überlegen eine Art Abschlussprüfung für das FSJ oder BUFDI in der Pflege anzubieten, welches  
118 die Ansprüche legitimiert.

## 119 **4. Fachkräftemangel durch gezielte Zuwanderung ausgleichen**

120 Kurzfristig lässt sich das Personalproblem in der Pflege nicht durch eigene Pflegekräfte aus  
121 Deutschland ausgleichen, weshalb es ein einfacheres Integrationsmodell für ausländische  
122 Fachkräfte geben muss. Dies betrifft v.a. die nicht - europäischen Fachkräfte, die einen  
123 einfacheren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten sollten als dies momentan der Fall ist.

## 124 **5. Bürokratieabbau und Digitalisierung**

125 Auch die Pflege leidet enorm unter dem aktuell vorherrschenden Übermaß an Bürokratie,  
126 insbesondere an der Menge an handschriftlicher Nachdokumentation von  
127 Patientenbehandlungen. Hier sollten die Chancen der Digitalisierung wahrgenommen und  
128 umgesetzt werden. So können Pflegeeinrichtungen beispielsweise über ein Intranet die Daten  
129 ihrer Patienten über patienten-gekoppelte Chips abrufen, wodurch auch der Datenschutz  
130 gewährleistet wäre. Ebenfalls entfallen sollten die Aspekte der Dokumentation, die nachweislich  
131 nicht mehr der pflegerischen Notwendigkeit zu Gute kommen. Im Zuge der Digitalisierung ist es  
132 besonders wichtig, die Pfleger/innen jederzeit in den Neuheiten der Dokumentationssoftware  
133 fortzubilden.

*Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 73. Landeskongress vom 03. bis 04. März 2018 in Heidelberg.*

## Antrag zum 73. Landeskongress

Antrag 003

73. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Heidelberg, 03. bis 04. März 2018

Antragsteller: Anja Milde

*Der Antrag wird im LAK Gesundheit beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 73. Landeskongress möge beschließen:

### **Auskunftsrecht reformieren — ärztliche Schweigepflicht an moderne Lebensverhältnisse anpassen**

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Reformierung des Auskunftsrechts für nahestehende Freunde, Verwandte, nicht angeheiratete Lebenspartner, u.a. gegenüber behandelnden Ärzten.

Grundsätzlich liegt die Entscheidungsgewalt eines Patienten immer bei ihm selbst, um zu entscheiden, wem ein behandelnder Arzt Informationen zu seinem Gesundheitszustand weitergeben darf. Ist der Patient nicht ansprechbar (Bewusstlosigkeit, Koma), wird im Falle einer engen Verwandtschaft bzw. Ehe häufig davon ausgegangen, dass der Patient seinen Arzt von der Schweigepflicht gegenüber seinen Angehörigen entbunden hätte, wenn er dazu in der Lage wäre. Dass die Entscheidungsgewalt über die eigenen Daten hierbei alleinig beim jeweiligen Patienten liegt, ist ein grundlegender Freiheitswert, zu dem sich Junge Liberale vollumfänglich bekennen.

In Zeiten offener Lebensentwürfe ist jedoch die verbreitete Praxis, ohne explizit vorliegende Einwilligung nur blutsverwandten oder angeheirateten Angehörigen über den Gesundheitszustand eines Patienten zu informieren, veraltet und entspricht nicht mehr den modernen Familienbildern oder Beziehungsstrukturen.

Daher fordern die Jungen Liberalen vereinfachte Möglichkeiten, um Ärzte auch gegenüber nicht angeheirateten oder blutsverwandten nahen Angehörigen zu ermöglichen, im Sinne des Patienten über dessen Gesundheitszustand zu informieren.

Es muss hierfür die Möglichkeit geschaffen werden, neben der heutzutage gültigen Patientenverfügung niedrigschwelligere Bezeugungen über den Patientenwillen zu hinterlegen. Dazu sollen bspw. sowohl auf Chipkarten von Krankenversicherungen, als auch als Beiblatt beim eigenen Hausarzt Personen unabhängig vom Verwandtschaftsgrad oder Ehestatus angegeben werden können, gegenüber denen behandelnde Ärzte auskunftsberechtigt sind.

*Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 73. Landeskongress vom 03. bis 04. März 2018 in Heidelberg.*

## Antrag zum 73. Landeskongress

Antrag 009

73. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Heidelberg, 03. bis 04. März 2018

Antragsteller: Moritz Klammner

*Der Antrag wird im LAK Stadt, Land, Fluss beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 73. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Ab-Hof-Verkauf von Rohmilch

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern, dass § 17 Absatz 4 Ziffer 1 der Tierischen Lebensmittel-Hygieneverordnung (Tier-LMHV) dahingehend geändert wird, dass die Formulierung "die Abgabe *im* Milcherzeugungsbetrieb erfolgt" durch die Formulierung "die Abgabe *durch den* Milcherzeugungsbetrieb erfolgt" ersetzt wird.

Dadurch soll es Landwirten ermöglicht werden, Rohmilch auch an wirtschaftlich lukrativeren Standorten als dem Stallgebäude (etwa ihrem Wohngebäude) zum Ab-Hof-Verkauf anzubieten. Eine äquivalente Regelung findet sich bereits in der österreichischen Rohmilchverordnung (BGBl. II Nr. 106/2006).

### 10 Begründung

Der Verkauf von Rohmilch (Milch, die nicht über 40°C erhitzt wurde) ist in Deutschland aus hygienischen Gründen grundsätzlich verboten (§ 17 Abs 1 Tier-LMHV) und nur in eng eingegrenzten Ausnahmefällen erlaubt, die in den folgenden Absätzen der genannten Vorschrift aufgelistet werden. Die strittige Vorschrift in Absatz 4 Ziffer 1 legt dabei fest, dass der Verkauf *im* Milcherzeugungsbetrieb erfolgen muss. Nach bisheriger Rechtsprechung (Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 16. November 2011, 5 K 1869/10; Urteil des Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg vom 16. Juni 2014, 9 S 1273/13) bedeutet das, dass ein Landwirt Rohmilch lediglich am Wirtschafts- nicht jedoch an seinem Wohngebäude abgeben darf. Diese Einschränkung ist jedoch eine nicht zu rechtfertigende Gängelung, mit der weder den wirtschaftlichen Interessen des Landwirts noch der Hygiene der Verbraucher gedient ist. Im Gegenteil würden Produzent und Verbraucher beide davon profitieren, wenn die Milch am Wohngebäude des Landwirts abgegeben werden dürfte, das in der Regel günstiger gelegen sein wird. Selbstredend müssen unabhängig vom Ort der Abgabe dieselben hygienischen Anforderungen eingehalten werden. Nicht zu beanstanden ist auch die Vorschrift, Rohmilch deutlich als solche zu kennzeichnen, sodass jeder Verbraucher selbst die Entscheidung treffen kann, ob er gewillt ist, das erhöhte Infektionsrisiko einzugehen.

*Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 73. Landeskongress vom 03. bis 04. März 2018 in Heidelberg.*

## Antrag zum 74. Landeskongress

Antrag 003

74. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tübingen, 06. bis 07. Oktober 2018

Antragsteller: LAK Gesundheit

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 74. Landeskongress möge beschließen:

## 1 Pflegedienste im liberalen Gesundheitswesen

### 1 Präambel

Als Liberale sind wir der Überzeugung die Freiheit des Einzelnen ist unantastbar und darf nur dann beschnitten werden, wenn sie die Freiheit des Mitmenschen oder der Gesellschaft insgesamt gefährden würde.

Zur persönlichen Freiheit gehört auch und vor allem die körperliche Unversehrtheit und die Gesundheit. Jedem Menschen sind die Möglichkeiten zu gewähren, seine eigene Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen und das, ohne sich dabei in soziale Not zu begeben. Dabei obliegt es der gesamten Gesellschaft diesen Zustand füreinander in Solidarität zu erhalten, wobei die Verantwortung für Gesundheitsfürsorge und Therapieentscheidung beim Einzelnen liegt.

Getreu nach dem Grundsatz: "So wenig Staat wie möglich, aber so viel wie nötig" übernimmt dieser hier die Verantwortung Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es für die liberale Idee besonders wichtig die Eigenverantwortung der Bürger zu stärken. Die Verantwortung des Staats greift besonders dann, wenn ein Bürger sich aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen in soziale Not begibt.

Auch das Gesundheitswesen profitiert von einem im Wettbewerb stehenden System, wenngleich die klassischen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nicht voll zu tragen kommen dürfen, da die Gesundheit des Einzelnen kein klassisches Gut ist. Medizin ist ebenfalls nicht in klassischer Form industrialisierter Normen und Prozesse erbringbar. Die soziale Verantwortung der Pfleger und Ärzte, als auch der Freiberufler im Gesundheitssektor dürfen nicht zugunsten marktwirtschaftlicher Komponenten weichen.

Die medizinische Versorgung ist eine besondere Art der Dienstleistung die stark auf dem Miteinander der Menschen basiert. Daher ist sie überwiegend in einem freiberuflichen System erringbar.

Gesundheit ist den Menschen in Deutschland sehr wichtig. Allein im Jahr 2015 gaben die Deutschen 344,2 Milliarden Euro für medizinische Versorgung aus, womit sie weit über OECD Durchschnitt liegen. Dennoch leidet das Gesundheitssystem, oft aufgrund mangelhafter finanzieller Planung der Landesregierungen, an Innovationsstau und Fachkräftemangel.

## 2 Krankenpflege

### 2.1 Krankenhäuser

32 Die Versorgung über einen längeren Zeitraum ist in den meisten Fällen nur stationär zu  
33 bewältigen. Daher ist es umso wichtiger, dass unsere Krankenhäuser die höchsten Standards  
34 haben und von einer durchdachten, ökonomischen, sozialen Struktur geprägt wird.

## 35 **2.2 Krankenhausplanung**

36 Wir fordern eine neue Art der Betten- sowie Versorgungsplanung der Krankenhäuser nach  
37 aktuellen Standards und Anforderungen auch in Kooperation mit privaten Praxen/Ärzten um eine  
38 optimale Versorgung der Pflegebedürftigen (Alten, Kranken, Kinder sowie OP Pflege) zu  
39 gewährleisten.

## 40 **2.3 Qualität in der Versorgung**

41 Die Jungen Liberalen setzen sich für eine angemessene Versorgung der Pflegebedürftigen ein,  
42 wobei auch neue Technologien zu berücksichtigen sind um Bürokratie abzubauen und Zeit am  
43 Patienten zu gewährleisten.

## 44 **2.4 Wettbewerb um die beste Versorgung**

45 Bei Krankenhäusern kann es keinen Wettbewerb wie in der freien Wirtschaft geben. Vielmehr  
46 geht es um einen fairen Wettbewerb einzelner Versorgungszentren im Rahmen ihrer  
47 Versorgungsschwerpunkte. So können medizinische Zentren beispielsweise durch  
48 Kooperationsprojekte mit freiberuflichen Ärzten oder sektorenübergreifenden  
49 Versorgungskonzepten im Bereich der Pflege punkten. Ziel des Wettbewerbs ist dabei die  
50 bestmögliche Versorgung für die einzelnen Ansprüche der Patienten zu schaffen. Daher sind wir  
51 dafür einen Versorgungsstandard zu schaffen der Qualität und Bezahlung in Relation setzt und  
52 somit eine faire Situation für Patient wie Pfleger schafft.

## 53 **2.5 Wertschätzung der Krankenpflege**

54 Die in der Pflege tätigen Menschen sind das Rückgrat jedes Krankenhauses. Ohne sie würde der  
55 Betrieb zusammenbrechen und die Wirtschaftlichkeit verloren gehen. Daher ist es besonders  
56 wichtig ihre Bezahlung den Anstrengungen anzupassen. Darüber hinaus bieten höhere  
57 Qualifikationsmöglichkeiten in der Pflege auch die Chance eine höhere Gehaltsstufe zu  
58 erreichen.

## 59 **3 Altenpflege**

### 60 **3.1 Fairer Wettbewerb und unternehmerische Freiheit**

61 Wohlfahrtsverbände und Kirchen als Träger von Pflegeeinrichtungen haben gegenüber den  
62 privaten Trägern u.a. steuer- und arbeitsrechtliche Vorteile was einer illiberalen Vorstellung  
63 widerspricht. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl existierender Vorschriften, Nachweispflichten  
64 und Reglementierungen die nicht mit den Prinzipien der unternehmerischen Freiheit vereinbar  
65 sind. Diese Art der Handhabung hat bereits jetzt einen Rückgang der Innovationsbereitschaft und  
66 somit des Angebots für Pflegebedürftige zur Folge. Private Anbieter sollten daher die gleichen  
67 steuerlichen Vorteile erhalten.

### 68 **3.2 Arbeitsstruktur**

69 Die deutschen Altenpfleger sind arbeitstechnisch völlig überlastet. Das liegt nicht nur am Mangel  
70 des Personals, sondern auch an der Art und Weise den Beruf zu gliedern. Eine Alternative bietet  
71 beispielsweise die norwegische Pflege. Dort arbeiten Pfleger nur 35,5 Stunden und unterliegen  
72 bei weitem nicht so vielen Reglementierungen im Umgang mit ihren Patienten wie das in

73 Deutschland der Fall ist. Die Patienten haben dabei keinerlei Nachteile gegenüber den Patienten  
74 in Deutschland, genießen im Gegenteil sogar einige persönliche Vorteile. Darüber hinaus dürfen  
75 Pfleger nicht derart in Verantwortung gezogen werden, dass ihre persönliche Gesundheit  
76 zugunsten der Gesundheit anderer leiden muss. Selbstverständlich dürfen Ausnahmen gemacht  
77 werden, jedoch nur gegen eine angemessene Zusatzzahlung wie Nachtzuschläge oder  
78 Überstunden die mit einem Plus ausbezahlt werden.

## 79 **4 Ausbildung**

80 Die Jungen Liberalen lehnen die generalisierte Ausbildung der Pflegeberufe ab. Viele kleinere  
81 Schulen für Altenpflege können den neuen Anforderungen einer generalisierten Ausbildung nicht  
82 nachkommen, zudem sind bereits jetzt in den Ausbildungsjahrgängen überwiegend angehende  
83 Medizinstudenten in Ausbildung, welche bei einem ansteigenden theoretischen Niveau einen  
84 noch größeren Anreiz finden würden, über die Pflege in die Medizin zu wechseln.

## 85 **5 Vergütung**

86 Die 16 Pflegeschlüssel Deutschlands sind durch einen Einzigen zu ersetzen um eine einheitliche  
87 Mindestvergütung sowie einen Mindeststandard zu setzen. Darüber hinaus muss die Deckelung  
88 der Vergütungssteigerungen im Pflegebereich abgeschafft werden. Die Jungen Liberalen setzen  
89 sich darüber hinaus für Tarifverträge in der Pflege ein.

## 90 **6 Bewusstsein und Anreiz für die Pflege schaffen**

91 Die Pflege verdient, als eigenständiger Leistungsbereich im Gesundheitswesen gewürdigt zu  
92 werden. Darüber hinaus können Anreize für die Ausbildung geschaffen werden, wie  
93 beispielsweise eine Vergünstigung bei Wohnraum für Auszubildende (z.B. in Form von staatl.  
94 geförderten Wohneinrichtungen in der Nähe von Pflegeschulen).

## 95 **7 Fachkräftemangel durch gezielte Zuwanderung ausgleichen**

96 Kurzfristig lässt sich das Personalproblem in der Pflege nicht durch eigene Pflegekräfte aus  
97 Deutschland ausgleichen, weshalb es ein einfacheres Integrationsmodell für ausländische  
98 Fachkräfte geben muss. Dies betrifft v.a. die nicht - europäischen Fachkräfte, die einen  
99 einfacheren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten sollten als dies momentan der Fall ist.

## 100 **8 Bürokratieabbau und Digitalisierung**

101 Auch die Pflege leidet enorm unter dem aktuell vorherrschenden Übermaß an Bürokratie,  
102 insbesondere an der Menge an handschriftlicher Nachdokumentation von  
103 Patientenbehandlungen. Hier sollten die Chancen der Digitalisierung wahrgenommen und  
104 umgesetzt werden. Ebenfalls entfallen sollten die Aspekte der Dokumentation, die nachweislich  
105 nicht mehr der pflegerischen Notwendigkeit zu Gute kommen.

## Antrag zum 74. Landeskongress

Antrag 011

74. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tübingen, 06. bis 07. Oktober 2018

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Stadt, Land, Fluss empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 74. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Antrag für Kontakthäuser

- 2 Es gibt das Phänomen von einsamen Menschen in Städten. Dies wurde und wird durch die  
3 Digitalisierung wahrscheinlich insgesamt sogar verstärkt. Hierzu gibt es einen Lösungsansatz  
4 aus Dänemark, wo eine neue Bibliothek auch zum unkomplizierten Treffpunkt ausgebaut wurde.
- 5 Hieraus ergibt sich die Idee, derart unkomplizierte Treffplätze in die städtische Landschaft zu  
6 gliedern, wo sich dann fremde Leute unkompliziert treffen können, um über was zu reden oder  
7 was zu unternehmen etc. Es gibt in dieser Hinsicht für Jugendliche ja auch die Jugendhäuser,  
8 die Ähnliches bewirken sollen (aber nur für Jugendliche und weit weniger ambitioniert). Die  
9 Möglichkeit, etwas Ähnliches per Apps zu machen, ersetzt solche Häuser nicht.
- 10 Die Idee hinter dem Ganzen ist, dies systematisch, aber stadtindividuell umzusetzen.
- 11 Und dass das ganze pro Stadt eben auch mindestens einen Ort hat (im ländlichen Raum reicht  
12 eine Kleinstadt oder ein größeres Dorf für eine Umgebung).
- 13 Hierbau sollen folgende Konzepte umgesetzt werden.
- 14 1. soll jede Stadt über gewisse offene Räumlichkeiten verfügen, in denen sich Menschen  
15 wie oben beschrieben unkompliziert treffen können.
  - 16 2. sollen mindestens Teile dieser Räumlichkeiten nicht unter ein spezielles Thema oder  
17 eine Zielgruppe fallen, sondern gezielt als Treffpunkt für allerlei Fremde oder weniger  
18 Fremde dienen die sich an dem Ort treffen wollen um zusammen etwas zu unternehmen  
19 etc.
  - 20 3. sollen hier gerne neue Konzepte ausprobiert werden. Und privates Kapital für den  
21 Aufbau der Räumlichkeiten ist hierbei äußerst zu begrüßen. Diese Räumlichkeiten  
22 müssen auch ausdrücklich nicht im Eigentum der öffentlichen Hand stehen. Ist der  
23 Eigentümer nicht die öffentliche Hand, muss allerdings eine Bereitstellung des  
24 Eigentümers an die ganze Öffentlichkeit rechtlich durch einen verbindlichen Vertrag  
25 gewährleistet werden.
  - 26 4. kann eine Kommune derartige Räumlichkeiten nach eigenem Ermessen nicht finanzieren  
27 oder private Mittel aufreiben, muss diese sich an eine zentralere Staatsstelle wenden,  
28 um diese Räumlichkeiten zu erhalten. Dann entscheidet allerdings auch die zentralere  
29 Staatsstelle, ob sie die Entscheidungskraft über die Art des Treffpunkts an sich selbst  
30 zieht. Diese zentralere Stelle muss hier allerdings erst versuchen, privates Kapital für  
31 diese Räumlichkeiten aufzutreiben, bevor sie öffentliches Kapital verwendet.
  - 32 5. Diese staatliche Ebene, die diesen Antrag als Gesetz verabschiedet, verpflichtet sich  
33 nach einem ersten Zeitlimit, die sie für die Kommunen setzt, bei den Kommunen, die diese  
34 Räumlichkeiten nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können oder private Mittel aufreiben  
35 können, selbst nach privater Finanzierung Ausschau zu halten. Gelingt dies nicht, ist

## Antrag zum 74. Landeskongress

Antrag 041

74. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tübingen, 06. bis 07. Oktober 2018

Antragsteller: Bezirksverband Südwürttemberg-Hohenzollern, Kreisverband Tübingen, Franz Kroh

*Der Antrag wird im LAK Umwelt & Verkehr beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 74. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Sauberes Wasser für unsere Meere!**

Wir Jungen Liberalen fordern einen effizienten Schutz der Weltmeere vor Plastik durch folgende Maßnahmen:

1. Die erste Priorität muss die Vermeidung von Plastik sein. Ein generelles Plastikverbot ist jedoch kontraproduktiv, da die meisten der dadurch betroffenen Unternehmen und Bürger es überhaupt nicht schaffen würden, von Plastik auf ein anderes Material umzusteigen. Jedoch sollen Plastikprodukte, die leicht durch umweltfreundliche Produkte ersetzbar sind, und häufig gelitterte Plastikprodukte, wie zum Beispiel Plastikgeschirr, verboten werden.
2. Des Weiteren ist es hier besonders wichtig, Innovationen in allen Bereichen voranzubringen
3. Eine dritte wichtige Maßnahme zur Vermeidung von Plastikmüll ist, das Kaufverhalten der Bürger nachhaltig zu verändern. Dies funktioniert, wenn jene besser über die Auswirkungen von Plastik auf die Meeresökologie und über die Gesamtauswirkungen informiert werden. Dazu muss der Bürger über folgende vier Komponenten informiert werden: Wann Plastik in einem Produkt enthalten ist, ob das Plastik in dem Produkt wiederverwendbar ist, ob das Produkt aus recyceltem Plastik hergestellt wurde sowie über die Emission von Mikroplastik in der Nutzungsphase und Herstellung. Zum Beispiel soll beim Verkauf von Fahrzeugreifen aus Gummi neben den Bremseigenschaften auch das Abriebverhalten, also die Entstehung von primärem Mikroplastik, gekennzeichnet werden.
4. Ein vierter Schritt ist sowohl die Verringerung von Plastik als Bestandteil in Produkten als auch Plastik als Verpackungsmaterial. Um dies zu erreichen, ist es aus unserer Sicht sinnvoll, eine Plastiksteuer, die für alle EU-Mitgliedstaaten gilt, einzuführen. Hierbei müssen die Hersteller einen bestimmten Steuersatz für das Plastik, das diese verwenden, an die EU zahlen. Damit Produkte mit Plastik ausländischer Hersteller keinen Wettbewerbsvorteil durch die Plastiksteuer bekommen, benötigt es einen entsprechend höheren Zoll auf die ausländischen Plastikprodukte. Wir fordern auch, dass die Effizienz dieser Steuer sichergestellt wird. Das bedeutet, dass die Alternative von Plastik kein anderes umweltschädliches Material sein darf. Zudem muss diese Steuer differenzieren: Hersteller von Produkten, die beispielsweise im Medizinbereich oder in anderen Bereichen wichtig sind oder bei denen das Plastik nicht oder nur sehr schwierig zu reduzieren ist, müssen von dieser Steuer selbstverständlich befreit werden.
5. Des Weiteren müssen wir dafür sorgen, dass Plastik öfter wiederverwendet und/oder recycelt wird. Um die Recyclingmethoden noch effizienter zu gestalten, ist es auch hier

sinnvoll, auf die Innovationskraft der Wirtschaft zu vertrauen und gleichzeitig die Bedingungen für Recycling zu verbessern.

6. Obwohl Deutschland eine Vorreiterrolle im Meeresschutz einnehmen muss, sprechen wir uns klar für eine europäische Lösung des Plastikproblems aus, denn nicht nur Deutschland kann etwas unternehmen, um die Umweltbelastung durch Plastik zu schützen, sondern alle Mitgliedsstaaten der EU. Hierbei ist es beispielsweise sinnvoll, ein europäisches Pfandsystem, nach dem Vorbild des deutschen einzuführen und ein System zu Recycling von Plastik für alle Staaten der EU voranzubringen. Außerdem können alle der hier aufgeführten Vorschläge auch auf europäischer Ebene durchgeführt werden.
7. Die internationale Zusammenarbeit beim Meeresschutz muss ausgeweitet werden, denn nur zusammen, also global, lässt sich eine solche wichtige Aufgabe nachhaltig lösen.
8. Beim Müllexport aus Deutschland muss vom Exporteur sichergestellt werden, dass der Müll im Zielland ordnungsgemäß entsorgt wird.
9. Um die von Plastikmüll ausgehende Umweltschäden zu minimieren, setzen wir sowohl auf zentrale als auch auf dezentrale Lösungen. Zum einen muss die Klärtechnik in Deutschland und vor allem auch in anderen Ländern deutlich verbessert werden, zum anderen muss, wo es technisch möglich ist, die Einspeisung von ungeklärtem Wasser minimiert werden. Wir fordern Städte und Gemeinden auf, die Sammlung von Infrastrukturabfällen und die Reinigung von Verkehrs- und Grünflächen zu verstärken, um die Kunststoffemissionen zu mindern und die Entstehung von sekundärem Mikroplastik zu verhindern. Dezentral ist es möglich, zum Beispiel durch Faserfilter für neu erworbene Waschmaschinen direkt am Ort des Entstehens primäre Mikroplastikemissionen zurückzuhalten.
10. Außerdem ist es nötig, das Verbot von Müllentsorgung auf dem Meer strenger als bisher zu überprüfen und bei Verstößen stärker zu sanktionieren.
11. Vorhandene und neue Projekte wie zum Beispiel das Projekt "Ocean Cleanup" sollen auf europäischer Ebenen unterstützt werden.

## Begründung

Uns Jungen Liberalen ist der Schutz der Meere ein ganz besonders großes Anliegen. Müll, Chemikalien, der Klimawandel und noch vieles weitere schadet unseren Weltmeeren. Insbesondere sehen wir unsere Meere momentan durch Plastik und Müll bedroht, denn jährlich werden 4,8-12,7 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Meere gespült. 60-90% des gesamten Mülls in den Weltmeeren ist Plastik. Durch eine Verschmutzung der Meere werden vor allem die Meerestiere und Meerespflanzen in ihrem ökologischen Gleichgewicht massiv gestört und damit auch zerstört. So sind bereits viele Meereslebewesen gestorben und viele weitere werden folgen. Dies hat weitreichende Folgen, auch für uns. Um diese Verschmutzung der Meere zu verhindern, ist eine Neuausrichtung der bisherigen Meerespolitik unbedingt notwendig. Obwohl das meiste Plastik, in den Weltmeere, nicht von Europa, sondern von Ländern wie China oder Indien stammt, muss Deutschland, als Vorbild vorangehen. In dem vorliegenden Antrag wird eine, aus unserer Sicht die beste, zukünftige Politik skizziert, die unsere Weltmeere vor Plastik schützt.

## Quellen

- Informationen zu Plastikmüll:  
[https://www.wissenschaftsjahr.de/2016-17/fileadmin/meere\\_ozeane/Downloads/160913\\_Dossier\\_Plastikmuell\\_im\\_Meer.pdf](https://www.wissenschaftsjahr.de/2016-17/fileadmin/meere_ozeane/Downloads/160913_Dossier_Plastikmuell_im_Meer.pdf)
- Informationen zu dem Projekt

OceanCleanup:

<https://www.nationalgeographic.de/umwelt/2017/09/saeuberung-der-weltmeere-bis-2050-dank-neuer-technologie-moeglich>

- Informationen zur neuen Recyclingmethoden für Plastik:

<https://www.wiwo.de/technologie/green/newcycling-neues-konzept-bereitet-plastikmuell-zu-granulat-auf/14473670.html>

- <https://www.welt.de/wissenschaft/article173614365/Plastikmuell-Abbaubaren-Kunststoffe-sind-die-Loesung.html>

- Studie des Fraunhofer Institut zu Mikro- und Makroplastik:

<https://www.umsicht.fraunhofer.de/content/dam/umsicht/de/dokumente/publikationen/2018/kunststoffe-id-umwelt-konsortialstudie-mikroplastik.pdf>

## Antrag zum 74. Landeskongress

Antrag 044

74. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tübingen, 06. bis 07. Oktober 2018

Antragsteller: Marvin Ellsäßer

*Der Antrag wird im LAK Umwelt & Verkehr beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 74. Landeskongress möge beschließen:

### **Schiene statt Straße — Güterverkehr ökonomisch und ökologischer machen**

Die Jungen Liberalen setzen sich für einen zukunftsgerichteten Ausbau des Schienennetzes ein und fordern in diesem Zusammenhang ein Umdenken in der automobildiktierten Republik.

So fordern wir, ehemalige Werksbahnhöfe, deren Kapazitäten ausreichend sind, wieder an das Netz anzuschließen.

Wir fordern, die Attraktivität der Schiene für Firmen zu erhöhen, indem wir auf den Ausbau der Oberleitungen auf den bereits bestehenden Trassen setzen und grundsätzlich neu zu bauende Streckenabschnitte auf Befahrbarkeit von Güterzügen prüfen, um diese bereits von Anfang an mit Oberleitungen auszustatten.

Um weg von der Straße zu kommen und den Verkehr auf deutschen Autobahnen zu entlasten, fordern wir einen Vorzug der Schiene im Etat des Verkehrsministeriums bei infrastrukturellen Großprojekten.

Außerdem fordern wir eine Umschichtung der Gelder, so möchten wir die mit der LKW-Maut erhobenen Einnahmen in einen vergünstigten Preis pro km Schiene investieren, um auch finanziell Anreize zu schaffen. Der Preis pro km Schiene kann automatisch gesenkt werden, wenn genügend Aufgebot vorhanden ist, während die Einnahmen durch die LKW-Maut durch sinkenden Verkehr zurückgehen.

### **Begründung**

In den letzten 20 Jahren wurde das Schienennetz in Deutschland verkleinert, während die Autobahn ausgebaut wurde. Auch jetzt zieht man die Autobahn der Schiene vor. Allein in Baden-Württemberg soll die A5 auf 40 km auf sechs Spuren erweitert werden, anstatt die Schienenkilometer zu erhöhen um die LKW von der Straße zu holen. Auch der PKW-Verkehr lässt nach, wenn das Angebot attraktiver wird. Da sich Deutschland und die Liberalen auch dem Umweltschutz verschrieben haben, ist es für uns unerlässlich, dafür zu sorgen, Emissionen so gut es geht einzuschränken.

diese staatliche Ebene selbst verpflichtet, dies zu finanzieren.

6. sind unter diesen Räumlichkeiten keine Parks zu verstehen, sondern muss es bei diesen zu jeder Jahreszeit bequem sein, sich zu treffen und neue Leute kennen zu lernen. Der Ort kann minimalistisch von einem gemütlichen Treffpunkt, den man, nachdem sich Leute gefunden haben, wieder verlässt und etwas unternimmt, bis zu einem wirklichen Aufenthaltsort stadtindividuell geregelt werden. Wichtig ist, dass dieser Ort genau für das Treffen fremder Leute bekannt ist und lange "Öffnungszeiten" besitzt.
7. Das Ziel dieses Antrags ist die Stärkung des Gemeinsinns der Gesellschaft durch einen praktischen Ansatz, der jedem Menschen individuell etwas bringt. Anstatt wie es in unserer Gesellschaft üblich ist, über den schwindenden Gemeinsinn zu schimpfen und sich in jahrhundertealte Ideologien zu verirren als vermeintliche Lösung. Wobei diese Ideologien beide bisher nur Unheil über diese Welt gebracht haben. Somit soll dies eine alternative Idee darstellen, um unter anderem den Gemeinsinn wieder zu stärken, die im Gegensatz zu den an Stalin und Hitler erinnernden Ideen von einer freigeistigen anstatt von einer roboterähnlichen Geistungshaltung geprägt ist.
8. Ziele: 1.) Einsamkeit bekämpfen 2.) Gemeinsinn stärken

## Antrag zum 74. Landeskongress

Antrag 102

74. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tübingen, 06. bis 07. Oktober 2018

Antragsteller: Marvin Ellsäßer

*Der LAK Stadt, Land, Fluss empfiehlt die Annahme.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 74. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Ohrenmarkenverordnung**      **abschaffen**      —      **Freie** 2 **Markierungswahl**

3 Die Jungen Liberalen fordern eine Abänderung der EU-Verordnungen 1760/2000, 21/2004,  
4 2008/71 und 92/102 dahingehend, dass die Kennzeichnung von Nutztieren nicht länger mithilfe  
5 von Ohrenmarken erfolgen muss.

### 6 **Begründung**

7 Ohrenmarken können bei den Tieren zu schweren Schäden im Schädelbereich führen, sind  
8 schmerzhaft und nicht im Sinne des Tierschutzes. Leider ist es europäischen Bauern aufgrund  
9 der oben genannten Verordnungen nicht gestattet auf alternative Möglichkeiten wie  
10 beispielsweise RFID-Chips zurückzugreifen, die subkutan implantiert werden. Wir sollten hier im  
11 Sinne der Selbstbestimmung die Verordnungen ändern.

## Antrag zum 74. Landeskongress

Antrag 123

74. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tübingen, 06. bis 07. Oktober 2018

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Stadt, Land, Fluss empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 74. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Antrag Obdachlosenzimmer

2 Es wird gerade von der Linken immer wieder gesagt, dass die Armen nicht genug bekommen.  
3 Doch bedient diese doch irgendwo nur ein Klientel. Den die wirklich Ärmsten werden politisch  
4 gerade ganz vergessen. Ich rede von den Obdachlosen. Ob sie nun nur für einen Tag keinen  
5 Schlafplatz finden weil sie an ihr Geld nicht rankommen oder ob sie wegen Drogen auf die  
6 Schiefe bahn kamen. Oder aus welchen Gründen auch immer einfach keine Unterkunft  
7 bekommen können...

8 Um diese wird sich politisch nicht gekümmert. Doch was wäre, wenn es in jeder Stadt nur eine  
9 Art Matratzenlager Raum gäbe? Der im Winter sogar beheizt wird. Denn auf einer Parkbank  
10 schläft es sich auch im Sommer nicht ausreichend...

11 Mir ist bewusst, dass dann wieder welche aufschreien, dass ein Matratzenlager ein scheiss  
12 Zustand sei. Doch das wäre als kurzfristige Lösung für die Leute die in diesem Moment unten  
13 stehen Gold Wert. Und es benötigt einen derartig unkomplizierten Platz in Großstädten. Die  
14 Liegeplätze müssen nicht Matratzen sein. Sie sollten nur im Winter nicht zu kalt sein und es  
15 sollte nicht regnen etc.

16 Ich weiß, das sind nur erste Gedanken. Aber man kann ja erstmal über das Grundsätzliche  
17 abstimmen, bevor man es vernünftig ausarbeitet. Weil, ich finde beim wirklichen Ausarbeiten  
18 sollte jemand dabei sein, der täglich mit Obdachlosen zu tun hat...

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 000

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Gesundheit empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Günstigere Tarife für Hausarznutzer**

2 Die Julis Baden-Württemberg möchten günstigere gesetzliche Krankenversicherungstarife für  
3 Leute die

4 1. sich Verpflichten bis auf in Notfällen zu einem Offline oder Online Hausarzt zu gehen statt  
5 zu einem Facharzt und von diesem sich dann überweisen zu lassen.

6 2. 20 % der Anfallenden Krankheitskosten übernehmen. Diese Kosten dürfen aber 120 € im  
7 Jahr nicht übersteigen.

8 Begründung:

9 Das sind 2 Elemente, die von der Schweiz kopiert sind.

10 Beim ersten Punkt soll verhindert werden, dass die Leute immer gleich zu einem Facharzt  
11 springen weil sie z.B. durch eine Selbstdiagnose über Google meinen eine lebensbedrohliche  
12 Krankheit zu haben, obwohl es bloß ein Schnupfen ist

13 Beim zweiten Punkt ist der Gedanke dahinter, dass die Leute preisbewusster werden würden  
14 und so auch geringere Kosten für die Versicherung verursachen.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 002

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Roland Helmut Fink, Valentin Christian Abel

*Der LAK Gesundheit empfiehlt die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Heiler statt Heilpraktiker

Alternative 1: Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass die Ausübung der Heilpraktiker-Tätigkeit verboten und strafrechtlich sanktioniert wird. Das Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) vom 17. Februar 1939 ist aufzuheben.

Alternative 2:

Im Sinne der Privatautonomie ist es jedem selbst überlassen, welche Dienstleistungen er oder sie kostenpflichtig in Anspruch nehmen möchte. Unter der Voraussetzung einer hinreichenden Informationsversorgung sind mündige Patienten in der Lage, über ihre eigene Gesundheit zu disponieren. Dies bedeutet für uns auch, dass es zu respektieren ist, wenn Menschen Behandlungsmethoden in Anspruch nehmen möchten, deren Wirksamkeit wissenschaftlich nicht belegt oder im Gegenteil sogar deren Unwirksamkeit belegt ist.

Für uns ist jedoch ebenso klar, dass sich der Staat nicht zum Gehilfen für Verbrauchertäuschungen machen darf. Durch eine staatliche Erlaubnis, die Bezeichnung "Heilpraktiker" zu führen, wird bei Patienten der Eindruck erweckt, dass der betreffende Behandler tatsächlich des "Heilens" kundig ist und von der von einem Heilpraktiker vorgenommenen Behandlung tatsächlich "Heilung" zu erwarten ist. Um die entsprechende Erlaubnis zu erhalten müssen Heilpraktiker aber lediglich eine Prüfung ablegen, die sicherstellen soll, dass von ihren Tätigkeiten keine Gefahren ausgehen.

Dies ist ein Widerspruch zwischen staatlich gesetztem Schein und der Realität. Da Heilpraktiker – im Unterschied zu approbierten Ärzten – vor allem in ihrer Wirksamkeit nicht wissenschaftlich belegte Methoden anwenden, kann es auch ein Handeln "lege artis" der Logik nach nicht geben. Mangels wissenschaftlicher Grundlagen der Tätigkeit kann es auch keine fundierte Ausbildung geben.

Wollte man den "Heilpraktiker" in seiner jetzigen Form beibehalten, wäre es allenfalls möglich Risikominimierung zu betreiben. Denkbar wäre, den Handlungsspielraum für Heilpraktiker gesetzlich so weit einzuschränken, dass beispielsweise invasive Behandlungen nicht mehr möglich wären. Allerdings würde dies die Gefahr von Diagnosefehlern und Befunderhebungsfehlern nicht verringern.

Daher sind wir Junge Liberale Baden-Württemberg der Auffassung, dass es im Sinne der Patientensicherheit letztendlich geboten ist, die Erlaubnis zur Bezeichnung als "Heilpraktiker" mittelfristig auslaufen zu lassen. Um bereits praktizierenden Heilpraktikern nicht ihre Lebensgrundlage zu entziehen, sprechen wir uns insoweit für einen Bestandsschutz aus.

Für uns bedeutet ein Auslaufen der Möglichkeit eine Heilpraktikererlaubnis zu erlangen nicht, dass das gegenwärtig bestehende alternativ- und komplementärmedizinische Angebot ersatzlos

<sup>36</sup> entfallen muss. Es ist aus unserer Sicht entscheidend, dass ausschließlich  
<sup>37</sup> wissenschaftlich-fundiert ausgebildete Ärzte staatlich gelabelt "Heilkunde" betreiben dürfen.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 003

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Laura Gareiss

*Der LAK Gesundheit empfiehlt die Annahme des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Freiheit vom Schulgeld für Gesundheitsfachberufe**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Abschaffung des Schulgelds für  
3 Auszubildende der Gesundheitsfachberufe. Ein Auszubildender an einer privaten Berufsschule  
4 für Physiotherapie, Logopädie oder Ergotherapie, zahlt in Deutschland, während der gesamten  
5 Ausbildung insgesamt 15000 bis 25000 Euro Schulgeld. Sehr häufig kommt es dazu, dass die  
6 Absolventen mit Schulden von bis zu 20000 Euro und mehr in das Berufsleben starten. Dies  
7 stellt ein Hindernis dar, eine solche Ausbildung anzufangen und zu beenden. Viele Schüler  
8 geben bereits während der Ausbildung resigniert auf. Die Folge ist ein Fachkräftemangel, der  
9 dazu führt, dass offene Stellen teilweise über 100 Tage vakant sind. Die Versorgung der  
10 Patienten ist somit immer öfter nicht mehr sichergestellt. Einige Bundesländer wie Bremen,  
11 Bayern, Schleswig-Holstein und NRW haben das Schulgeld für Gesundheitsberufe bereits  
12 abgeschafft. Es wird Zeit, dass die anderen Bundesländer sowie die Bundesregierung endlich  
13 nachziehen.

14

15 Begründung:

16 Erfolgt mündlich.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 004

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Stadt, Land, Fluss empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Mehr Bürgernähe wagen

Die Julis Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass eine gewählte kommunale Vertretung, dessen zu vertretende Kommune eine Einwohnerzahl (Erst- und Zweitwohnsitze) von 50.000 € signifikant übersteigt in Stadtteile aufgeteilt werden muss. Bei diesen Stadtteilen müssen jeweils lokalere kommunale Entitäten gewählt werden. Diese Entitäten besitzen minimal ein Vertretungsrecht im Auftrag des Stadtteils vor der eigentlichen kommunalen Vertretung, können aber auch mehr Eigenkompetenzen bekommen um die Probleme die vor Ort auftreten auch direkt vor Ort lösen zu können.

In dieser Entität gibt es eine absolute Mindestvertretung von 3 Leuten und eine relative Mindestvertretung von 3 Leuten pro 1000 Einwohnern.

Begründung:

Wenn man ländlichen Raum, Kleinstädte und Großstädte vergleicht erkennt man, dass ab einer gewissen Stadtgröße Probleme auftauchen, die es so in dieser Form bei kleineren Städten nicht gibt. Nicht alle Probleme lassen sich damit erklären, dass einfach mehr Leute auf einem Raum wohnen. Ich selbst bin in einer sehr gut funktionierenden Kleinstadt aufgewachsen und lebte schon 3 Monate im Karlsruhe Problemviertel. Kenne den Unterschied also aus erster Hand. Stadtviertel, wie der Karlsruher Südstadt fehlt einfach eine lokale Vertretung. Dies können auch nur wenige Stunden im Monat umfassende Ehrenämter sein, allerdings sollten dies durch eine Wahl legitimierte Vertreter sein. Das würde einen klaren Unterschied machen. Denn bei Kleinstädten mit Eingemeindungen kann durch diese Struktur auch eine entfernte Siedlung und deren Probleme in das städtische Blickfeld gerückt werden, selbst wenn diese wenige Einwohner hat. Was für entfremdete Dörfer klappt, kann bei Großstädten mit den Stadtteilen auch nicht so verkehrt sein.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 005

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Stadt, Land, Fluss empfiehlt die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Taubenmodell!

2 Die Julis Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass in ganz Baden-Württemberg die Eier  
3 von Stadtauben eingesammelt werden und durch Kunsteier ersetzt werden.

4 Begründung:

5 Das praktiziert gerade eine Aktivistin in Stuttgart erfolgreich und es wurde in einigen Städten wie  
6 Karlsruhe auch über Jahrzehnte erfolgreich praktiziert. Bei diesen Tauben handelt es sich um  
7 Haustiere, die nicht für die Wildnis gemacht sind und das Einsammeln der Eier ist die humanste  
8 Weise die Anzahl der Haustauben, die nicht in ihren Habitaten sind zu reduzieren.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 006

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Ulm-Biberach

*Der Antrag wird im LAK Stadt, Land, Fluss beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Shopping pur statt Länderdiktatur!**

2 Die JuLis Baden-Württemberg bekennen sich klar zum Subsidiaritätsprinzip und setzen sich  
3 deshalb dafür ein, dass die Ladenöffnungszeiten an Werktagen zukünftig auf kommunaler Ebene  
4 geregelt werden.

5

#### 6 **Begründung:**

7 Die Städte und Gemeinden wissen selbst am besten wann in ihren Einkaufsmeilen Ruhe  
8 einkehren sollte und wann den Bürgerinnen und Bürgern die Ladentüren offenstehen sollten.  
9 Stuttgart, München und Mainz wissen nicht was die Wünsche der Bewohnerinnen und Bewohner  
10 in Tübingen, Nürnberg und Trier sind.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 007

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der Antrag wird im LAK Verbandsentwicklung beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Reichtum sollte keine Bedingung für eine** 2 **FDP-Mitgliedschaft sein!!!**

3 Der Beitrag von 120 € im Jahr ist von vielen mit nicht gerade dickem Geldbeutel, wie einigen  
4 Studenten/innen nicht zu gewährleisten. Deswegen setzen sich die Julis Baden-Württemberg  
5 dafür ein, dass eine Anlaufstelle für Menschen mit dieser Problematik geschaffen wird und ein  
6 allgemeines Regelwerk für ein Recht auf Beitragsminderung bis zu einem Betrag von 0 €  
7 (Abhängig vom Einkommen). Dies sollte schon aus Vorbildsgründen sehr unbürokratisch und  
8 bundeseinheitlich geregelt sein.

9 Begründung:

10 Mit dem Mindestbeitrag wie er derzeit beschlossen ist allein, ist tatsächlich ein Beschluss der  
11 sozialen Kälte fest zu stellen, da wir hier Menschen mit geringen finanziellen Mitteln das  
12 Mitwirken in der Partei nicht ermöglichen.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 009

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Heidelberg

*Der LAK Europa, Außen und Verteidigung empfiehlt die Annahme.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Modernes Gerät für unsere Luftwaffe – F-35 anschaffen**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Bundesregierung auf, ein kleineres  
3 Geschwader (35-40 Maschinen) von F-35 Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeugen für die  
4 Bundeswehr anzuschaffen. So können am besten die Aufgaben im Rahmen der nuklearen  
5 Teilhabe, zu denen sich Deutschland innerhalb der NATO verpflichtet hat, erfüllt und die  
6 Verteidigungsfähigkeit im Kriegsfall sichergestellt werden. Eine Weiterentwicklung des  
7 Eurofighters und das FCAS-Projekts soll mit unseren französischen Partnern parallel fortgesetzt  
8 werden.

9 Begründung: erfolgt mündlich

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 011

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Umwelt & Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Festpreis für gewisse Umweltauswirkungen

Die Julius Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass die reine Fixierung der Ökobilanz auf die Klimawirkungen beendet wird. Deswegen sollen ökobilanziell ausgiebig die Gesamtwirkungskategorien betrachtet werden. Und dann für jede Auswirkung entweder eine Anzahl an Zertifikaten im Sinne eines Emissionshandels ausgegeben werden oder ein Festpreis festgesetzt werden. Ein Emissionshandel ist da fest zu setzen, wo man wie bei den CO<sup>2</sup> Emissionen eine direkte Reduzierung der Emissionen anstrebt oder eine starke Grenzwertproblematik auftritt. Doch es gibt auch Emissionen, die einen derart reversiblen Einfluss auf die Umwelt besitzen, dass deren signifikante zeittechnischen Auswirkungen auf die Umwelt unter 1 Jahr gesenkt werden können. Hierbei sind die Regenerationskosten durch gängige Verfahren als Grundlage der Berechnung fest zu setzen und für diesen Preis dann mit diesen Verfahren diese Emissionen aus zu gleichen. Bei dem Festpreissystem können Firmen dieses Verfahren auch auf eigene Kosten machen, dann entfällt die Festpreispauschale.

Dabei setzen sich die Julius Baden-Württemberg ebenfalls dafür ein, ein unbürokratisches und datenschutzrechtlich vernünftiges Konzept zu entwickeln bei der auch die ökobilanziellen Auswirkungen des Gate to Grave (=Nutzungsphase) mit einbezogen werden.

Begründung:

Wir haben heute eine sehr starke Fixierung bei der Umweltpolitik auf den Klimawandel, doch gibt es Emissionen, die noch viel schlimmere Auswirkungen haben. Die Abholzung des Regenwalds sei hier als Paradebeispiel genannt. Und das allein wenn man nur bedenkt wie viel Heilmittel damit vernichtet werden. Von dem allgemeinen Artensterben und dem ganzen emotionalen Schatz zu schweigen.

Deswegen sollten wir endlich anfangen dies ganzheitlich zu sehen.

P.S.: Der Weltmarktführer für Software in der das berechnet wird sitzt mit Gabi in Stuttgart und ist eine Ausgründung aus einer Forschungsgruppe an der Uni Stuttgart.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 012

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Umwelt & Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **DB Stiftung statt DB Netz AG und DB Stationen AG**

2 Die Julis Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass die zwei AGs DB Netz AG und DB  
3 Stationen AG zusammengeführt und in eine Stiftung umgewandelt werden dessen alleiniger  
4 Eigentümer der Staat ist. Der Stiftungszweck ist die Instandhaltung des Netzes auf einem  
5 möglichst guten Niveau sowie attraktive Bahnstationen mit komfortablen Umsteigewegen und  
6 Aufenthaltsangeboten. Des Weiteren soll bei Unfällen auf dem Gelände dieser Stiftung das  
7 Behördenrecht gelten. Alle anderen Teile der deutschen Bahn sind an private Investoren zu  
8 veräußern und aus dem daraus resultierten Vermögen ist ein Investitionsfond für die digitale  
9 sowie die analoge Infrastruktur zu bilden.

10 Begründung:

11 Die Unternehmensform AG hat sich für den infrastrukturellen Teil der deutschen Bahn als Fiasko  
12 erwiesen. Dieser Antrag stellt eine Problemlösung dieses Fiaskos dar.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 013

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Bezirksverband Nordwürttemberg

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Green New Deal – für eine generationengerechte** 2 **Klimapolitik**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg bekräftigen die Ziele des 73. Landeskongresses in  
4 Heidelberg hinsichtlich einer mittelfristigen Dekarbonisierung der Energieerzeugung.

5 Den durch die baden-württembergische Landesregierung genehmigten Neubau eines  
6 Öl-Kraftwerks der EnBW lehnen die Jungen Liberalen Baden-Württemberg ab und fordern  
7 stattdessen die Ressourcen, die dem Land Baden-Württemberg beispielsweise durch die  
8 Beteiligung an der EnBW zur Verfügung stehen, mit Hochdruck in die Erforschung innovativer  
9 Möglichkeiten der Energiespeicherung zu investieren.

10 Zudem sind die Anstrengungen zur Realisierung eines europäischen Energiemarktes weiter zu  
11 erhöhen, um eine kosteneffiziente, sichere und ökologisch nachhaltige Versorgung zu  
12 gewährleisten.

### 13 **Begründung**

14 Erfolgt mündlich

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 014

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Dennis Tim Nusser

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Baukosten senken – Stellplatzpflichten streichen!

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich für eine Novellierung der Landesbauordnung ein, welche jegliche Pflicht zur Errichtung von Kraftfahrzeug- und Fahrradstellplätzen beim Bau von Wohneinheiten aus den Bestimmungen streicht. Bei der Errichtung sonstiger baulicher Anlagen und anderer Anlagen, bei denen ein Zu- und Abfahrtsverkehr zu erwarten ist, sind bevormundende Auflagen zu reduzieren und die strikte Orientierung an den Mindestanforderungen der Musterbauordnung des Bundes aufgehoben werden.

9

10 Begründung:

11 Erfolgt mündlich.

12

13 Weitere Literatur:

14 Arbeitsgemeinschaft Zeitgemäßes Bauen e.V. (ARGE). (2014, August 28). Optimierter  
15 Wohnungsbau - Untersuchung und Umsetzungsbetrachtung zum bautechnisch und  
16 kostenoptimierten Mietwohnungsbau in Deutschland. Retrieved January 23, 2019, from [https://www.enbausa.de/fileadmin/user\\_upload/Bauen\\_und\\_Sanieren/Finanzen\\_Beratung/arge-praxis-untersuchung-optimierter-wohnungsbau.pdf](https://www.enbausa.de/fileadmin/user_upload/Bauen_und_Sanieren/Finanzen_Beratung/arge-praxis-untersuchung-optimierter-wohnungsbau.pdf)

19 Arbeitsgemeinschaft Zeitgemäßes Bauen e.V. (ARGE). (2015, March 08). Kostentreiber für den  
20 Wohnungsbau - Untersuchung und Betrachtung der wichtigsten Einflussfaktoren auf die  
21 Gestehungskosten und auf die aktuelle Kostenentwicklung von Wohnraum in Deutschland.  
22 Retrieved January 23, 2019, from  
23 [https://web.gdw.de/uploads/pdf/studien\\_gutachten/ARGE\\_2015\\_kostentreiber-fuer-den-wohnungsbau\\_studie.pdf](https://web.gdw.de/uploads/pdf/studien_gutachten/ARGE_2015_kostentreiber-fuer-den-wohnungsbau_studie.pdf)

25 Guo, Z., & Ren, S. (2012). From Minimum to Maximum: Impact of the London Parking Reform on  
26 Residential Parking Supply from 2004 to 2010? *Urban Studies*, 50(6), 1183-1200.  
27 [doi:10.1177/0042098012460735](https://doi.org/10.1177/0042098012460735)

28 LK Argus, Heinrichs, E., Schreiber, M., Rath, S., Kosarev, I., & Weinke, L. (2015, July 30).  
29 Untersuchung von Stellplatzsatzungen und Empfehlungen für Kostensenkungen unter  
30 Beachtung moderner Mobilitätskonzepte. Retrieved January 23, 2019, from  
31 [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ZB/Auftragsforschung/2NachhaltigesBauenBauqualitaet/2015/stellplatzsatzungen/Endbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ZB/Auftragsforschung/2NachhaltigesBauenBauqualitaet/2015/stellplatzsatzungen/Endbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=3)

33 Manville, M., Beata, A., & Shoup, D. (2013). Turning Housing Into Driving: Parking Requirements

- <sup>34</sup> and Density in Los Angeles and New York. *Housing Policy Debate*, 23(2), 350-375.
- <sup>35</sup> [doi:10.1080/10511482.2013.767851](https://doi.org/10.1080/10511482.2013.767851)
- <sup>36</sup> Shoup, D. C. (2017). *The high cost of free parking*. London and New York: Routledge.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 015

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Heidelberg

*Der LAK Umwelt & Verkehr empfiehlt die Annahme des Antrags in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Die Deutsche Bahn in die Zukunft führen.

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Ausgliederung der Unternehmensteile DB Arriva plc., DB Cargo AG, Deutsche Bahn Digital Ventures GmbH, DB Gastronomie GmbH, DB Fernverkehr AG, DB Connect, DB Regio AG, DB Schenker, DB Services GmbH, DB Sicherheit GmbH, DB Systel GmbH sowie der DB Vertrieb GmbH aus der Deutschen Bahn AG und die Bildung privater, eigenständiger Unternehmen.

Die DB Netz AG, DB Kommunikationstechnik, DB Energie GmbH sowie DB Station & Service AG sollen dagegen fusionieren und als direkte Staatliche Infrastrukturgesellschaft für den Aufbau und die Instandhaltung der Schieneninfrastruktur, der Technik und aller Bahnhöfe als auch für die Energieversorgung verantwortlich sein.

In Zukunft können und sollen neben der derzeitigen DB Fernverkehr AG, DB Regio AG und DB Cargo AG auch weitere private Firmen auf der Schiene um Kunden konkurrieren dürfen. Die Schienen- sowie Bahnhofnutzungsgebühren sind dabei so zu gestalten, dass diese dem tatsächlichen Finanzbedarf für notwendige Investitionen in das Netz und den Bahnhöfen entsprechen und so einen geeigneten Wettbewerb ermöglichen.

Um dem Ziel gerecht zu werden ein möglichst leistungsstarkes Schienennetz zu schaffen und möglichst viele Menschen im Sinne des Umweltschutzes dazu zu bewegen mit Bahnen zu fahren, soll es dem Bund als Anteilseigner möglich sein, auch weiterhin kontinuierlich in die Bahnhöfe und das Netz zu investieren, sodass die Nutzungsgebühren subventioniert werden. Aufgabe und Ziel des Staates sollte es außerdem auch sein, überall neben dem existierenden Nahverkehrs- und Regional-Netz ein Netz für Hochgeschwindigkeitszüge aufzubauen. Dabei können Auswirkungen des Regional- und Nahverkehrs auf den Fernverkehr eliminiert werden. Dem Bund muss es wie beim Nahverkehr möglich sein, bestimmte nicht-rentable Strecken entsprechend zu subventionieren.

25

### 26 Begründung

27 Zur Information: <https://www.deutschebahn.com/de/konzern/Konzernunternehmen>

28 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 016

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Lucas Arnoldt, Till Lentze, Patrick Barth

*Der LAK Umwelt & Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Toxizitätssteuer statt Planwirtschaft.

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Einführung einer sogenannten "Toxizitätssteuer". Nach Vorbild des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels sollen Rohstoffe bei Import in den Europäischen Markt aus Drittstaaten besteuert werden. Die Produkte sollen nach der Toxizität, die bei ihrer Produktion anfällt, in Produktkategorien eingeteilt und daran die Höhe des Steuersatzes bemessen werden. Die Steuer ist von den importierenden Unternehmen zu entrichten und soll schrittweise im Laufe der Jahre von einem niedrigen Niveau zu einer Obergrenze erhöht werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Bzgl. der Bemessungsgrundlage der Toxizität: Es sollen neben Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen auch die Freisetzung von toxischen Nebenprodukten, bspw. toxischen Schlämmen etc., betrachtet werden. Weitere Informationen sind unter <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/ressourcenschonung-in-produktion-konsum/abiotische-rohstoffe-schonend-gewinnen#textpart-2> zu finden.

Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einführung einer Rohstoffsteuer: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/ressourcenschonung-eu-kommission-plant-rohstoff-steuer-1023087.html> - Darin folgender Abschnitt: "Würden Ressourcen in der EU um 20 Prozent effizienter genutzt, würde das nach Einschätzung der Autoren ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von einem Prozent erzeugen. Allein in Deutschland würde eine Million neuer Arbeitsplätze entstehen. Zudem könne die EU die Steuer nutzen, um die Belastung des Faktors Arbeit zu verringern."

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 017

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Heidelberg

*Der LAK Umwelt & Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Verpackungen umweltpolitisch gedacht.**

- 2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Einführung eines Siegels auf
- 3 Verpackungen. Dieses soll die benötigte Energie, Menge an Wasser und Ausstoß von CO<sub>2</sub> für
- 4 den Konsumenten ausweisen.
- 5 Das Recycling von Plastikmüll und anderen Rohstoffen muss auch bei einem Export in
- 6 Drittstaaten sichergestellt werden. Exportierende Unternehmen müssen dafür garantieren, dass
- 7 in Deutschland produzierter Müll nach deutschen Standards recycelt wird.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 018

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Georg Patrick Kania, Robert Alexander Hampo, Mirjam Aron, Sven Nowak

*Der LAK Umwelt & Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Das Geschäft mit meinem Grundbedürfnis

- 2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Toilettennutzung in öffentlichen
- 3 Gebäuden, Betrieben (wie z. B. Gaststätten, Kaufhäusern usw.) und vor allem auf Rast- und
- 4 Tankstellen gebührenfrei zu Verfügung zu stellen.
- 5 Zusätzlich fordern die Jungen Liberalen Baden-Württemberg den Ausbau von kostenfreien
- 6 Toiletten auf Rast- und Tankstellen insbesondere auf Bundesautobahnen.
- 7 Hierbei kann die Umweltverschmutzung von Wildpinklern und Heckenparkern drastisch reduziert
- 8 werden.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 020

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Innen & Recht empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Eindeutschung von Namen**

2 Die Julis Baden-Württemberg setzen sich für ein Recht zur Eindeutschung von Vor- und  
3 Nachnamen von gut integrierten deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund ein, die das  
4 wünschen. Die Eindeutschung stellt dann lediglich eine Übersetzung des Namens dar.

5 Begründung:

6 Auch wenn es keine Diskriminierung aufgrund von der Herkunft von Namen geben sollte, ist dies  
7 Realität. Des Weiteren ist Immigration ein ganz normaler menschlicher Prozess. Deswegen  
8 sollten völlig integrierte deutsche Staatsbürger auch ein grundsätzliches Recht haben sich  
9 namentlich von dem Herkunftsland in das Ankunftsland zu bewegen. Jeder sollte hier ihren oder  
10 seinen eigenen Weg finden dürfen.

## **Antrag zum 75. Landeskongress**

**Antrag 021**

**75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019**

Antragsteller: LAK Gesellschaft & Integration

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### **1 Mein Geschlecht geht den Staat nichts an – Streichung 2 des Geschlechtseintrages im Personenstandsregister**

- 3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Abschaffung des Geschlechtseintrages im  
4 Personenstandsregister.
- 5 Sollte es zu einer Aufhebung der Aussetzung der Wehrpflicht kommen, setzen wir uns für eine  
6 geschlechtsunabhängige Pflicht ein. Wir fordern außerdem eine geschlechtsunabhängige  
7 Formulierung des § 183 StGB.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 022

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Jan Lennart Beering

*Der LAK Arbeit & Soziales empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Konzepte gegen Kinderarmut

Unter keiner Altersgruppe ist Armut derart verbreitet wie unter Kindern. Fast 20% der Kinder wachsen bundesweit in Armut auf. Regional sind es stellenweise auch deutlich mehr. Dazu ist in kaum einem anderen Land der westlichen Welt der spätere berufliche Erfolg derart stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Somit vererbt sich in Deutschland die Armut von Generation zu Generation. Die bisherigen halbherzigen Konzepte der Politik, über Sozialtransfers und den Umbau des Schulsystems zur Gemeinschaftsschule Linderung zu schaffen, sind ganz offensichtlich gescheitert und bringen keine Besserung. Gerade bei den Schulen versucht der Staat in die Erziehungsfreiheit derjenigen Eltern einzugreifen, die ihre Kinder so erziehen, dass ihnen später alle Türen offenstehen. Die deutsche Politik scheitert hier wieder einmal an ihrer Unflexibilität. Dazu kommen die höheren Sozialhilfeleistungen für die Bildung der Kinder nicht zwangsläufig an und sind zu bürokratisch. Dazu ist es deutlich teurer Eltern derart zu subventionieren, dass diese nicht mehr arm sind anstatt einfach die Auswirkungen der elterlichen Armut von den Kindern fernzuhalten, zumal mit ersterem nicht gesagt ist, dass die Kinder besser gebildet werden.

Daher schlagen wir ein zweigleisiges Konzept vor: Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip obliegt die Erziehung der Kinder vor dem Schulalter allein den Eltern. Weisen die Kinder aber wiederholt Defizite im kognitiven, motorischen oder sprachlichen Bereich auf werden die Eltern verpflichtet ihre Kinder in Kitas zu geben, wo zielgerichtet mit den Kindern an den Defiziten gearbeitet wird.

Jedes noch so kleine Hemmnis für Familien in Armut nicht an Bildung zu partizipieren muss ausgeschaltet werden. Während der Schulzeit kann das Kind, wenn die elterliche Förderung nicht ausreicht um mit der Klasse Schritt zu halten, Nachhilfeleistungen in der Schule in Anspruch nehmen. Auch hier greift wieder das Modell der zwei Gleise. Die Hauptspur ist das Elternhaus, gibt es dort Probleme wird sofort umgestellt auf das staatliche Gleis mit der Rundumförderung in der Schule.

Der Staat muss für die Kinder aus bildungsfernen Haushalten in der Lage sein die Bildungsaufgaben des Elternhauses bei Bedarf vollumfänglich zu übernehmen. Denn Bildung und Qualifikation sind später der beste Schutz vor Armut und nur wenn der Staat eine sehr gute Ausbildung auch für Kinder ohne elterliche Unterstützung bereitstellt kann Chancengerechtigkeit für alle gewährleistet werden. Dazu bringt jeder investierte Euro in Bildung ein Vielfaches später wieder zurück.

Deutschland steht in den Bildungsausgaben deutlich hinter anderen Ländern, es wird Zeit dies zu ändern. An der Bildung spart man nicht.

Konkret fordern wir daher:

-Beitrags- und gebührenfreie Betreuung und Bildung bis zum Abitur, das schließt

36 Lehrmaterialien, Sportausrüstung, Klassenfahrten und Ausflüge, sowie gemeinsame Mahlzeiten  
37 an Ganztageseschulen ein.

38 -Schulungen für Eltern vor der Geburt darüber wie Kinder Dinge wahrnehmen und erleben.

39 -jedem Schüler wird drei bis vier mal die Woche Sport, Musik oder Kunst angeboten.

40 -massiver Ausbau der Kooperation von Schulen und Sportvereinen. Dazu zählt die Entwicklung  
41 von Förderungsmodelle für den Extraaufwand von Lehrkräften und Ehrenamtlichen. Dies  
42 beinhaltet auch finanzielle Förderung.

43 -Verbesserung der Förderung von Eigeninitiative der Lehrkräfte bei Schulprojekten oder  
44 extracurricularen Aktivitäten.

45 -Ausweitung der Unterstützung für Kinderbetreuungsmaßnahmen in Unternehmen.

46 -Flexibilisierung des Schuljahrgangsystems. Einführung eines Fördersystems was einzelnen  
47 Schüler ermöglicht trotz schlechter Noten in wenigen Fächern nicht Sitzenbleiben zu müssen  
48 sondern im Klassenverbund verbleiben zu können.

49 -Bildungsgutscheine für Auslandsjahre.

50 -Deutschland muss mittelfristig gemessen an den Bildungsausgaben im Verhältnis zum BIP zu  
51 den TOP 5 Staaten weltweit zählen. Dafür sollen die Ausgaben mindestens auf 7% des  
52 jährlichen BIP's gesteigert werden.

53 Begründung:

54 Selbstverständlich kann der Einfluss der Eltern bei einem Kind nie ganz ausgeschaltet werden.  
55 Aber wenn der Staat die "guten" Eltern machen lässt und bei den "schlechten" Eltern die Kinder  
56 im Sinne ihrer Zukunft beschützt kann damit der Armutskreislauf durchbrochen werden. Hierbei  
57 können z.B. die skandinavischen Staaten als Vorbild dienen, die in der sozialen Mobilität deutlich  
58 vor Deutschland liegen. Soziale Herkunft sollte so egal sein, wie es eben möglich ist, derzeit ist  
59 da deutlich mehr möglich.

60 Zu den einzelnen Punkten:

61 Schulungen sollen stattfinden um Missverständnissen vorzubeugen. Alle Eltern wollen das Beste  
62 für ihr Kind, jedoch ist ihr Glaube häufig nicht mit dem kongruent was auch objektiv das Beste für  
63 das Kind ist. Hier gilt es präventiv tätig zu werden.

64 Sport fördert sowohl die kognitive Entwicklung als auch die körperliche Gesundheit. Vor allem  
65 Kinder aus bildungsfernen Haushalten kriegen dies häufig jedoch nicht vermittelt. Daher ist es  
66 wichtig, dass alle Kinder die Chance haben Freude und Spaß am Sport zu entwickeln. Auch  
67 Musik und Kunst fördern die individuelle Entfaltung und fördern die kognitive Entwicklung.

68 Gerade Schulprojekte stellen eine gute Gelegenheit für chancenarme Kinder ihre Fähigkeiten zu  
69 entwickeln und Selbstvertrauen zu gewinnen. Daher sind die Lehrer hier in ihrem Engagement zu  
70 unterstützen, auch in finanzieller Hinsicht.

71 Ist ein Schüler schlecht in wenigen Fächern ist es häufig für seine Entwicklung kontraproduktiv  
72 ihn aus seinem bisherigen Schulumfeld zu holen, daher lieber gezielte Förderung statt  
73 sitzenbleiben. Das meint, dass ein Schüler in den Fächern ohne Probleme regulär am Unterricht  
74 teilnimmt und während seine Klasse seine Problemfächer hat individuelle Förderung in  
75 Kleingruppen erhält um die Defizite aufzuarbeiten und zu seinen Klassenkameraden  
76 aufzuschließen. Dies muss natürlich individuell entschieden werden, es geht hier darum die  
77 Möglichkeit zu schaffen überhaupt abwägen zu können.

78 Englisch und andere Fremdsprachen werden immer wichtiger und Horizonterweiterungen fördern  
79 die persönliche Entwicklung. Da ein Auslandsjahr aber schnell über 10.000€ pro Jahr kostet ist  
80 diese Möglichkeit gerade Kindern aus unteren Einkommensschichten verwehrt. Zu bedenken ist,

- 81 dass der Staat eh viele tausend Euro pro Jahr in die Bildung der Schüler investiert die er spart,  
82 wenn die Schüler im Ausland sind.
- 83 Die skandinavischen Länder geben 7-8% des BIPs für Bildung aus, Deutschland 4,8%. Das ist  
84 beschämend und nicht somit verhindern wir eine riesige Menge Potentialentfaltung.
- 85 Bildungsausgaben Stand 2015 World Bank [https://data.worldbank.org/indicator/SE.XPD.TOTL.G](https://data.worldbank.org/indicator/SE.XPD.TOTL.GD.ZS?end=2015&locations=RU-LU-DE-NO-DK-SE-FI-HK-KR&start=2006&year_high_desc=false)  
86 [D.ZS?end=2015&locations=RU-LU-DE-NO-DK-SE-FI-HK-KR&start=2006&year\\_high\\_desc=false](https://data.worldbank.org/indicator/SE.XPD.TOTL.GD.ZS?end=2015&locations=RU-LU-DE-NO-DK-SE-FI-HK-KR&start=2006&year_high_desc=false)

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 023

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der Antrag wird im LAK Handwerk & Wirtschaft beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Weniger Bürokratie!**

2 Die Julis Baden-Württemberg fordern, dass für 10 Jahre für jedes bürokratie verursachende  
3 Gesetz 10 abgeschafft werden müssen. Und danach für 50 Jahre nochmal 2 Gesetze für ein  
4 neues bürokratieverursachendes Gesetz.

5 Begründung:

6 Wir benötigen dringend einen Bürokratieabbau.

7 Und halbe Sachen haben noch nie funktioniert, weil am Ende nichts übrigbleibt.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 024

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Innen & Recht empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Kretschmann abschaffen!

2 Die Julis-Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass das Amt des Ministerpräsidenten  
3 abgeschafft wird. Die Anzahl der Minister/innen muss dann ungerade sein und wird vom  
4 Parlament gewählt. Entscheidungen die nicht auf ein Ministerium zugeteilt und nicht zwischen  
5 den Ministerien kooperativ geregelt werden können, werden durch eine einfache Mehrheit bei  
6 den Minister/inne/n geregelt. Dies darf allerdings nicht gegen das Regierungsprogramm  
7 verstoßen. Das Regierungsprogramm kann nur parlamentarisch geändert werden. Des Weiteren  
8 wählen die Minister/innen jedes Jahr eine/n Minister/in, die/der Baden-Württemberg nach Außen  
9 vertritt.

10 Begründung:

11 Es zeigt sich, dass durch die Mentalität eines Ministerpräsidenten vor dem Volk auch die größte  
12 Inkompetenz von Minister/inne/n (vor allem Verkehrsministern), unter dem Mantel des Charisma  
13 versteckt werden können und so die Wahl zu Ungunsten des Volkes verzerrt wird. Deswegen  
14 sollten wir von den Ländern lernen, bei denen dieses Problem nicht auftritt (Schweiz und  
15 Liechtenstein).

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 025

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Innen & Recht empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Kein religiöses Recht in der Justiz**

2 Die Julius Baden-Württemberg fordern, dass in der Justiz kein religiöses Recht mehr als  
3 Grundlage verwendet werden darf, sondern dass alleinige Fundament bleibt das Grundgesetz  
4 und die darauf aufgebauten Gesetze. Des Weiteren ist eine Fremdfinanzierung von religiösen  
5 Einrichtungen aus nicht säkularen Staaten untersagt. Sollte dies in der vorigen Decade nicht der  
6 Fall gewesen sein, kann von staatlicher Seite der Hausherr der religiösen Einrichtung durch  
7 einen Anderen ersetzt werden. Sind verfassungsfeindliche Predigten in der religiösen Einrichtung  
8 nach zu weisen, darf der Staat ebenfalls einen neuen Hausherrn einsetzen.

9 Begründung:

10 Es werden religiöse Einrichtungen von einem ausländischen Staatsoberhaupt als Grundlage zur  
11 Abschaffung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung, sowie zur Spaltung der  
12 Gesellschaft missbraucht.

13 Des Weiteren ist die Gleichheit vor dem Gesetz nicht gewährleistet wenn religiöses Recht  
14 angewendet wird.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 027

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Moritz Klammner

*Der LAK Innen & Recht empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Die Kopie ist nicht schützenswerter als das Original

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg sprechen sich dafür aus, dass mit überwiegend technischen Verfahren angefertigte fotorealistische Reproduktionen zweidimensionaler Werke gemeinfrei sein sollen, wenn das reproduzierte Original ebenfalls gemeinfrei ist. Das Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (UrhG) ist insofern entsprechend anzupassen, um rechtliche Klarheit zu schaffen.

#### 7 Begründung:

Geistig schöpferische Werke, insbesondere solche der bildenden Künste, genießen in Deutschland wie quasi weltweit urheberrechtlichen Schutz. Das Urheberrecht erlischt siebenzig Jahre nach dem Tode des Urhebers (§ 64 UrhG). Danach gelten solche Werke als *gemeinfrei*; das bedeutet, dass sie von jedermann vervielfältigt und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen, ohne dafür eine Erlaubnis einzuholen oder eine Gebühr entrichten zu müssen. Etwa können die Erben Wilhelm Buschs niemandem untersagen (zumindest nicht mit Verweis auf das Urheberrecht), ein Heft mit Gedichten und Zeichnungen des Meisters zu veröffentlichen (Wilhelm Busch starb im Jahr 1908).

Viele Menschen gingen davon aus, dass eine Fotografie eines gemeinfreien Gemäldes in der Regel ihrerseits ebenfalls gemeinfrei ist. Zumindest, wenn das Werk dabei originalgetreu wiedergegeben und nicht etwa durch besondere Vorgehensweisen verfremdet wird. Diese Menschen vertraten die Ansicht, dass es sich bei einer solchen Fotografie nicht um ein eigenständiges geistig-schöpferisches Werk (also eine Bearbeitung), sondern um eine schlichte Vervielfältigung handelt, die ihrerseits keinen eigenständigen urheberrechtlichen Schutz genießt. Vergleichbar mit einer Kopie eines Tonträgers. Wer ein Musikstück aus dem Internet herunterlädt, wird dadurch auch nicht zum Mit-Urheber der kopierten Datei. Bei dreidimensionalen Kunstwerken (etwa Skulpturen) wird dies anders zu beurteilen sein, da es hier regelmäßig ein nicht-triviales Maß an Kreativität erfordert, die Perspektive, den Ausschnitt, die Lichtverhältnisse und weitere Parameter der Aufnahme zu wählen. Insofern ist allgemein wenig umstritten, dass ein Foto einer Skulptur nicht nur ein geistig-schöpferisches Werk des Bildhauers, der die Skulptur geschaffen hat, sondern auch des Fotografen, der das Bild angefertigt hat, darstellt. Selbst wenn die Skulptur selbst inzwischen gemeinfrei sein sollte, muss dies nicht zwangsläufig auch für das Foto gelten.

Der im vorangehenden Absatz geschilderten Rechtsauffassung folgte insbesondere auch die Mehrheit der Wikipedia-Autoren, die in der Vergangenheit zahlreiche Aufnahmen gemeinfreier Gemälde digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hatten. Ende 2018 entschied der Bundesgerichtshof (BGH) jedoch, dass er dieser Auffassung nicht folgen würde, und verurteilte einen Wikipedia-Autor, es zu unterlassen, Aufnahmen gemeinfreier Gemälde aus Museumskatalogen zu digitalisieren und auf Wikipedia zu veröffentlichen (Urteil vom 20.

37 Dezember 2018 - I ZR 104/17 - Museumsfotos).

38 Obgleich es prinzipiell denkbar ist, dass das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dieses Urteil  
39 mit Verweis darauf, dass die Bedeutung und Tragweite von betroffenen Grundrechten vom BGH  
40 nicht ausreichend gewürdigt wurde, aufhebt, droht zahlreichen vermeintlich gemeinfreien  
41 digitalen Kulturgütern aktuell die Löschung und engagierte ehrenamtliche Helfer sehen sich  
42 rechtlichen Unwägbarkeiten ausgesetzt. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel. Selbst wenn das  
43 UrhG auch in seiner aktuellen Fassung bei grundrechtskonformer Auslegung die Vervielfältigung  
44 und das öffentlich zugänglich Machen von fotorealistischen Reproduktionen gemeinfreier  
45 zweidimensionaler Kunstwerke zumindest nicht grundsätzlich untersagen würde, ist die  
46 Tatsache, dass Deutschlands oberstes Zivilgericht zu einer anderen Auslegung gelangte,  
47 Hinweis mehr als genug dafür, dass die Rechtslage hier bestenfalls unklar ist, und eine  
48 Klarstellung durch den Gesetzgeber in jedem Fall geboten ist.

49 Gerade wertvolle alte Kunstwerke sind der Öffentlichkeit häufig allenfalls nur schwer zugänglich,  
50 sodass es nicht immer möglich ist, das Original selbst zu abzulichten. Es ist auch nicht  
51 ersichtlich, inwiefern irgendjemandem ein ernstzunehmender Schaden dadurch entstehen sollte,  
52 dass Kopien des gemeinfreien Originals weiter kopiert werden. Erst Recht kann es nicht im Sinne  
53 der Allgemeinheit sein, wenn öffentliche Museen zunächst mit Steuergeldern historische  
54 Kunstwerke erwerben, sodann aber rechtlich gegen Bürger vorgehen, die diese Ressource  
55 nutzen, um der Öffentlichkeit einen wertvollen Dienst (wie digitale Archive) zur Verfügung zu  
56 stellen.

57 Weiterführende Informationen (die Webseite des BGH verwendet leider grauenhafte URLs):

- 58 • Pressemitteilung Nr. 195/2018 des Bundesgerichtshofs vom 20.12.2018  
59 [https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=](https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2018&nr=90674&pos=1&anz=196)  
60 [pm&Datum=2018&nr=90674&pos=1&anz=196](https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2018&nr=90674&pos=1&anz=196)  
61 • Urteil des I. Zivilsenats vom 20.12.2018 - I ZR 104/17 - Museumsfotos  
62 [https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=](https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2018&anz=196&pos=1&nr=92142&linked=urt&Blank=1&file=dokument.pdf)  
63 [pm&Datum=2018&anz=196&pos=1&nr=92142&linked=urt&Blank=1&file=dokument.pdf](https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2018&anz=196&pos=1&nr=92142&linked=urt&Blank=1&file=dokument.pdf)

64 Wikipedia-User Aschmidt hat außerdem folgende Literatur zusammengestellt:  
65 <https://meta.wikimedia.org/wiki/User:Aschmidt/Wikimedia-Rechtsfragen#2018>

- 66 • Leonhard Dobusch: Wikimedia verliert Rechtsstreit: Weniger freie Inhalte, mehr  
67 Abmahngefahr. In: netzpolitik.org. 20. Dezember 2018.  
68 <https://netzpolitik.org/2018/wikimedia-verliert-rechtsstreit-weniger-freie-inhalte-mehr-abmahngefahr/>  
69  
70 • Torsten Kleinz: Bundesgerichtshof: Museen dürfen gemeinfreie Bilder wegsperren. In:  
71 Heise Online. 20. Dezember 2018.  
72 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundesgerichtshof-Museen-duerfen-gemeinfreie-Bilder-wegsperren-4257238.html>  
73  
74 • Werner Pluta: Wikipedia verliert vor dem Bundesgerichtshof. In: Golem. 20. Dezember  
75 2018.  
76 <https://www.golem.de/news/reiss-engelhorn-museen-wikipedia-verliert-vor-dem-bundesgerichtshof-1812-138354.html>  
77  
78 • John Weitzmann, Lisa Dittmer: Urteil zu gemeinfreier Kunst: Kulturerbe für alle, aber nicht  
79 im Netz. In: Wikimedia Deutschland Blog. 20. Dezember 2018.  
80 <https://blog.wikimedia.de/2018/12/20/urteil-zu-gemeinfreier-kunst-kulturerbe-fuer-alle-aber-nicht-im-netz/>  
81

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 028

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Moritz Klammler

*Der LAK Innen & Recht empfiehlt die Annahme des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Das ganze Jahr über verantwortungsvoll mit** 2 **Sprengstoffen umgehen**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg sprechen sich dafür aus, dass die  
4 Ausnahmeregelungen für pyrotechnische Gegenstände an Silvester aufgehoben werden. Die  
5 Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV) ist entsprechend anzupassen.  
6 Insbesondere soll es ganzjährig verboten sein, Verbrauchern ohne gesonderte Erlaubnis  
7 pyrotechnische Gegenstände der Kategorie F2 nach dieser Verordnung zu überlassen (§ 22 I 1.  
8 SprengV), ebenso wie das Abbrennen solcher Gegenstände für Personen ohne entsprechende  
9 Erlaubnis ganzjährig verboten sein soll (§ 23 II 1. SprengV).

#### 10 **Begründung:**

11 Dieser Antrag enthält mehrfach das Wort "verboten" und ist daher bestimmt nicht liberal. Bei  
12 nüchterner Betrachtung kann "liberal" jedoch nicht bedeuten, dass jeder ungestraft jeden  
13 Blödsinn machen darf. Freiheit und Verantwortung können nur Hand in Hand gehen. Es ist  
14 unmoralisch und prinzipiell zum Scheitern verurteilt, Menschen für eine Sache verantwortlich zu  
15 machen, ihnen jedoch nicht die nötige Handlungsfreiheit zu gewähren, um dieser Verantwortung  
16 gerecht werden zu können. Ebenso wenig kann es jedoch funktionieren, wenn Menschen  
17 Freiheiten gewährt werden, die sie dazu veranlassen, Dinge zu tun, für deren Folgen sie nicht  
18 zur Verantwortung gezogen werden. Letzteres ist im Hinblick auf privates Silvesterfeuerwerk  
19 leider deutlich der Fall.

20 Viele Dinge bergen bei nicht sachgemäßem Umgang die Gefahr, das Leben, die Gesundheit  
21 oder die Sachen Dritter zu gefährden oder können der Allgemeinheit schaden. Das ist in der  
22 Regel jedoch kein hinreichender Grund dafür, sie generell zu verbieten, solange es zumindest  
23 plausibel scheint, dass die große Mehrheit der Menschen einen verantwortungsvollen Umgang  
24 praktiziert. Beispielsweise ist Autofahren aus gutem Grund nicht verboten, obwohl manche  
25 Menschen im Straßenverkehr eine ernstzunehmende Bedrohung für ihre Mitmenschen  
26 darstellen.

27 Demgegenüber ist im Falle von Silvesterfeuerwerk bei privaten Anwendern der unverantwortliche  
28 Gebrauch eher die Regel als die Ausnahme. Jedes Jahr werden durch Feuerwerk zahlreiche  
29 Menschen mehr oder weniger schwer verletzt und Eigentum beschädigt. Die Verursacher dieser  
30 Schäden werden in aller Regel nicht belangt; nicht zuletzt deshalb, weil es praktisch kaum  
31 möglich ist, im Tumult der Silvesternacht ausfindig zu machen, woher ein Sprengsatz abgefeuert  
32 wurde.

33 Das Problem ist alles andere als gering. Jedes Jahr erleiden an Silvester angeblich etwa  
34 achtausend Menschen in Deutschland Verletzungen durch Feuerwerk alleine am Innenohr,  
35 wobei die Schäden in einem Drittel der Fälle dauerhaft sind

36 (<https://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=133942>). In zahlreichen Fällen mag dies die Person, die  
37 das Feuerwerk gezündet hat, selbst treffen, aber selbst wenn das mehrheitlich der Fall wäre,  
38 wäre die verbleibende Schädigung Dritter nicht hinzunehmen.

39 Mehr oder weniger seriösen Quellen zufolge ereignen sich zudem in den großen deutschen  
40 Landeshauptstädten an Silvester jedes Jahr jeweils bis zu tausend Brände durch Feuerwerk  
41 (  
42 [http://www.brandmeister-vertrieb.de/blog/pressemitteilungen-1/post/trotz-brandgefahr-silvester-u](http://www.brandmeister-vertrieb.de/blog/pressemitteilungen-1/post/trotz-brandgefahr-silvester-und-den-jahreswechsel-sicher-feiern-20)  
43 [nd-den-jahreswechsel-sicher-feiern-20](http://www.brandmeister-vertrieb.de/blog/pressemitteilungen-1/post/trotz-brandgefahr-silvester-und-den-jahreswechsel-sicher-feiern-20)). Es darf stark bezweifelt werden, dass es in der Regel  
44 die eigenen Häuser der Menschen sind, welche die Raketen abgefeuert haben.

45 Verantwortungsvoller Umgang mit Feuerwerkskörpern würde zumindest voraussetzen, dass man  
46 sich vor ihrem Abbrennen mit der realistisch zu erwartenden Flugbahn vertraut macht, sodann  
47 mit allen Eigentümern der Grundstücke, über die diese Flugbahn führen könnte, konsultiert, und  
48 ihr Einverständnis sowie jenes der sich zum fraglichen Zeitpunkt auf den Grundstücken im Freien  
49 aufhaltenden Personen einholt. Außerdem würde der verantwortungsvolle Anwender nach dem  
50 Abbrennen des Feuerwerks die Überreste desselben aufsuchen, einsammeln und sachgerecht  
51 entsorgen. In der Praxis macht das niemand.

52 Schlimmer noch, wird Feuerwerk häufig ausgerechnet von jenen Personen am meisten  
53 gebraucht, die dazu am wenigsten in der Lage sind. Es ist in der Realität kaum zu verhindern,  
54 dass an Silvester häufig alkoholisierte Menschen mit Sprengstoffen hantieren und Pyrotechnik  
55 ihren Weg in die Hände von Kindern findet. Betrunkene und Jugendliche hegen  
56 erfahrungsgemäß eine besondere Faszination für Knaller und ihre Fähigkeit, die Folgen ihres  
57 Handelns zu überblicken, ist regelmäßig nicht gegeben. Im Gegenteil ist es gerade der bewusst  
58 unsichere Umgang mit Knallern und die erschrockene Reaktion ihrer Mitmenschen, die manche  
59 Individuen reizt.

60 Menschen, die sich nicht den Gefahren durch unsachgemäß gehandhabte Pyrotechnik  
61 aussetzen wollen, mag es gerade noch zumutbar sein, in der Silvesternacht öffentliche Straßen  
62 und Plätze zu meiden, auch wenn dies unter anderen Umständen niemals akzeptiert würde.  
63 Beispielsweise käme niemand auf die Idee, es gutzuheißen, Blumentöpfe aus Fenstern zu  
64 werfen, und besorgten Menschen raten, sie mögen doch das Trottoir meiden, und ihre Autos  
65 anderswo parken. Dahingegen haben die Eigentümer von Gebäuden schlichtweg keine  
66 Möglichkeit, selbst etwas dazu beizutragen, die Gefahr abzuwehren, oder ihr auch nur  
67 auszuweichen.

68 Weder die Beschädigung fremden Eigentums und erst recht nicht das fahrlässige Verletzen von  
69 Menschen kann in einer nüchternen Abwägung als zumutbare Beeinträchtigung der  
70 Allgemeinheit angesehen werden, dergegenüber das (durchaus ebenfalls berechnete) Interesse  
71 mancher Menschen, sich durch das Abbrennen von Feuerwerk an Silvester zu amüsieren,  
72 überwiegen müsste. Aus gutem Grund ist es an fast allen Tagen des Jahres verboten, wildes  
73 Feuerwerk abzubrennen. Letztendlich macht es aber keinen großen Unterschied, ob sein Haus  
74 am 31. Dezember oder am 17. Mai Feuer fängt, oder an welchem Datum man erblindet.

75 Nach Ansicht des Antragstellers ist die unzumutbare Gefährdung der Allgemeinheit das  
76 gewichtigste Argument dafür, privates Feuerwerk ganzjährig zu verbieten. Es gibt jedoch noch  
77 weitere Gründe, die dafür sprechen, das exzessive Feuerwerk an Silvester kritisch zu sehen.

78 Die stundenlange Böllerei ist nicht nur für Haus- und Wildtiere ein extremer Stress, die in  
79 Feuerwerken enthaltenen pyroaktiven Substanzen, deren Verbrennungsrückstände in der Natur  
80 verteilt werden, sind ebenfalls kritisch zu sehen. Vor allem aber sind die Feinstaubemissionen an  
81 Silvester unter keinem Gesichtspunkt vertretbar. Angaben des Umweltbundesamtes zufolge  
82 setzt das Feuerwerk an Silvester so viel Feinstaub frei, wie es 15 % der im ganzen Jahr durch  
83 den Straßenverkehr freigesetzten Menge entspricht  
84 (<https://www.umweltbundesamt.de/themen/dicke-luft-jahreswechsel>). In Zeiten, in denen

85 Autofahrer tagtäglich mit ernstzunehmenden Einschränkungen konfrontiert werden, um die  
86 Belastung mit Feinstaub gering zu halten, ist es völlig unverhältnismäßig, für ein paar Stunden  
87 Spaß zum Jahreswechsel eine derartige Umweltverschmutzung zu tolerieren.

88 Nur weil man liberal ist, muss einem die Umwelt und die Gesundheit seiner Mitmenschen nicht  
89 gleichgültig sein.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 029

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Heidelberg

*Der LAK Gesellschaft & Kultur empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### **Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.**

Die Jungen Liberalen Heidelberg verurteilen jeglichen welt- und deutschlandweiten Antisemitismus sowie Antizionismus. Jegliche physische und bewusste oder unbewusste verbale Gewalt ist in einer offenen, liberalen Gesellschaft nicht hinnehmbar. Deutschland hat als Staat die Aufgabe Sicherheit von Juden zu garantieren.

Neben dem islamisch motivierten Antisemitismus treten auch der völkisch-rassistischer Antisemitismus, israelbezogener und antijudaistische Antisemitismus in der Bevölkerung in Deutschland und Europa verstärkt auf.

#### **Bildungsauftrag**

Antisemitismus und -zionismus muss in der Schule als verpflichtendes, über die Fächergrenzen hinweg angelegtes Thema, intensiver behandelt werden. Viel zu oft wird stattdessen die Geschichte der Diskriminierung von Juden auf den Holocaust reduziert. Der Zusammenhang des Nahostkonflikts mit israelbezogenen Antisemitismus muss ebenfalls Bestandteil des schulischen Curriculums sein. Zudem muss eine bessere Medienkompetenz dahingehend gefördert werden. Dabei muss vermittelt werden, dass die Politik des Staates Israel und das Judentum sind jedoch nicht gleichzusetzen sind. Gedenktage, wie der 27. Januar (Holocaustgedenktag), sind in der Schule ebenfalls stärker zu thematisieren. Der von uns bereits vertretene LER-Unterricht (Lebenskunde-Ethik-Religion) halten wir für hierfür ein unterstützendes Konzept.

Wir fordern zudem verstärkt den in ein entsprechendes Unterrichtskonzept eingebauten Besuch einer Holocaustgedenkstätte durchzuführen. Dabei ist auf eine angemessene pädagogische Vor- und Nachbereitung verstärkt zu achten. Die Länder sollen diese Fahrten nach Vorbild der NRW-Landesregierung mit finanziellen Mitteln stärker fördern.

Der Austausch soll ebenfalls durch den Aufbau eines deutsch-israelischen Jugend- und Bildungswerks gefördert werden. Dieses soll kulturellen Bildungserwerb sicherzustellen und Ressentiments vorzubeugen sowie einen regelmäßigen durch den Bund geförderten Schüleraustausch zwischen deutschen und israelischen Schüler ermöglichen. An Hochschulen sind entsprechende Lehrstühle und Forschungsprojekte zum Thema Judentum und Israel verstärkt einzureichen und bestehende besser finanziell auszustatten.

Lehrer und Erzieher sind für Antisemitismus zu sensibilisieren. In der Ausbildung der Lehrkräfte und durch verpflichtenden Weiterbildungen soll auch der Umgang mit antisemitische Vorfällen geprobt werden. Entsprechende Vorfälle an Schulen, aber auch an Universitäten oder in Unternehmen, sind durch Gespräche mit Schülern, Eltern und Lehrern und Betreuung der Opfer durch Pädagogen und ausgebildete Erzieher bspw. auch in Kooperation mit Jugendzentren

35 aufzuarbeiten. Hierbei muss der Schutz der Opfer an erster Stelle stehen. Bei antisemitischen  
36 Vorfällen seitens Lehrkräften oder Erziehern, sollte es angestrebt werden diese dauerhaft vom  
37 Lehrbetrieb zu entfernen bzw. zu entlassen.

### 38 **Konsequenzen für die Politik**

39 Die längst überfällige Einrichtung eines Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung  
40 begrüßen wir ausdrücklich. Zusätzlich fordern wir jedoch, dass dieser bei der Bundesregierung  
41 entsprechende Forschungsvorhaben zur genauen Analyse der Motivation und Herkunft  
42 antisemitischer Täter und des organisierten Antisemitismus durchbringen wird.

43 Die Jungen Liberalen Heidelberg begrüßen auch die Einrichtung des Meldesystems MIRA  
44 (Melde, Informations- und Recherchestelle gegen Antisemitismus) für antisemitische Vorfälle.  
45 Damit lässt sich herausfinden, wo Antisemitismus bspw. auch an Schulen vorkommt. Dieses soll  
46 nach Vorstellung der Jungen Liberalen Heidelberg genauer als das bisherige polizeilich  
47 Meldesystem sein und auch antisemitische und judenfeindliche Übergriffe dokumentieren, die  
48 gar nicht erst zur Anzeige gebracht werden würden oder sich unterhalb der Strafbarkeitsschwelle  
49 abspielen.

50 Die Unterscheidung der verschiedenen Ausprägungen antisemitischer Straftaten (völkisch  
51 rassistisch, islamisch motiviert, israelbezogen etc.) muss sich in dem Meldesystem  
52 widerspiegeln. Dafür sind insbesondere Polizeianwärter, aber auch -beamte, in der Erkennung  
53 und im Umgang mit Hasskriminalität geschult werden. Die Erarbeitung von  
54 Dokumentationsrichtlinien für das Meldesystem sollen hierbei Auftrag des  
55 Antisemitismusbeauftragten sein. Die in dem Meldesystem erfassten Daten sind anonymisiert  
56 jährlich zu veröffentlichen. Antisemitische Straftaten sollen in Zukunft explizit im  
57 Verfassungsschutzbericht ausgewiesen werden.

58 Alle Gruppen des organisierten Antisemitismus sind vom Rechtsstaat zu verfolgen und zu  
59 stellen. Auch die BDS - Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions [dt. "Boykott,  
60 Desinvestitionen und Sanktionen"]) muss als Sinnbild der modernen Form des Antisemitismus  
61 entschieden entgegengetreten werden. Deshalb fordern wir, dass alle Träger staatlicher Gewalt  
62 Vereinen, die dieser Bewegung angehören oder diese unterstützen, keine Räumlichkeiten oder  
63 finanzielle Unterstützung bereitstellen.

64 Zur Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Landesbehörden ist eine entsprechende  
65 Bund-Länder-Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Stellen  
66 einzurichten.

### 67 **Extremismusprävention**

68 Bei der Vergabe von Fördermitteln muss gezielt darauf geachtet werden, zivilgesellschaftliche  
69 Träger der Antisemitismusprävention gezielt zu fördern, damit diese ihre wichtige Arbeit in der  
70 Bevölkerung fortführen und weiter intensivieren.

71 Momente der persönlichen Begegnung zwischen Juden und Nicht- Juden halten wir für eine  
72 bereichernde Form des interreligiösen Austausches. Des Weiteren sind auch persönliche  
73 Begegnungen mit Opfern des Nationalsozialismus in der Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur  
74 und Vorbeugung des Antisemitismus wichtig.

75 Es ist auch Aufgabe der Politik junge Menschen, die in Gefahr stehen in extremistische Milieus  
76 abzurutschen, besser in die Gesellschaft zu (re-)integrieren.

77 Entsprechende Beratungsstellen, wie es sie schon in manchen Bundesländern gibt, sind in allen  
78 Bundesländern einzurichten und besser finanziell auszustatten. Lehrkräfte sind dafür zu  
79 sensibilisieren, entsprechende "At-Risk" Jugendliche zu erkennen und die genannten  
80 Beratungsstellen zu alarmieren.

### 81 **Begründung**

82 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

83 In den letzten Jahren ist der Anteil antisemitisch eingestellter Menschen in der Bevölkerung  
84 gestiegen; insbesondere der islamisch motiviert Antisemitismus ist stärker zum Vorschein  
85 gekommen. So zeigen auch Studien des Pew Research Center und der Anti-Defamation League  
86 in den USA, dass der Anteil derjenigen, die Juden ablehnen, unter Muslimen größer ist als unter  
87 Nichtmuslimen; nichtsdestotrotz ist Antisemitismus ein in der Gesamtbevölkerung verwurzeltes  
88 Problem, dass in allen Gesellschaftsschichten präsent ist.

89 Jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen in ständiger Angst leben. Seit 2001 werden im  
90 Schnitt etwa vier antisemitisch motivierte Vergehen pro Tag begangen. Todesdrohungen  
91 gehören ebenso zu den einschüchternden Maßnahmen, wie dem Gebrauch des Wortes "Jude"  
92 als Schimpfwort in Schulen und dem öffentlichen Raum. Antisemitismus ist in Deutschland längst  
93 kein Randphänomen mehr.

94 Allein der Gedanke jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass es an der Zeit wäre  
95 Deutschland oder Europa zu verlassen oder allein die Tatsache, dass Stadtviertel für Juden zu  
96 No-Go-Areas geworden sind, demonstriert das derzeitige Sicherheitsgefühl der jüdischen  
97 Gemeinschaft. Auch der so genannte "sekundäre Antisemitismus" – die Relativierung des  
98 Holocaust und der israelbezogene Antisemitismus – ist bei 25 bis 40 Prozent der Deutschen  
99 verwurzelt.

100 Der BDS wirbt für einen Totalboykott des Staates Israel, spricht diesem die Existenzberechtigung  
101 ab, unterstützt die jährliche antisemitische Al-Quds-Demo und verbreitet Verschwörungstheorien  
102 über jüdisch Gläubige Menschen und die Probleme dieser Region.

## **Antrag zum 75. Landeskongress**

**Antrag 030**

**75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019**

Antragsteller: LAK Gesellschaft & Integration

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### **<sup>1</sup> Freie Liebe dank Grundgesetz – Ergänzung von Art. 3 GG**

- <sup>2</sup> Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern eine Ergänzung des  
<sup>3</sup> Antidiskriminierungskataloges in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der  
<sup>4</sup> sexuellen Orientierung.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 031

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Moritz Otto

*Der LAK Innen & Recht empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Bundeslisten zur Bundestagswahl

Wir als Junge Liberale Baden-Württemberg fordern, die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zukünftig nach Bundes- statt wie bislang nach Landeslisten zu wählen und eine entsprechende Änderung von § 1 Abs. 2 BWahlG. An dem System einer personalisierten Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme wollen wir festhalten.

Außerdem fordern wir die Streichung von § 3 Abs. 1 S. 1 BWahlG, wonach bei der Wahlkreiseinteilung die Landesgrenzen zwingend einzuhalten sind. Bei der zukünftigen Einteilung der Wahlkreise wollen wir die aktuellen Fortschritte der diskreten Mathematik nutzen und schlagen das in [1] beschriebene Verfahren für die kommende Legislaturperiode vor.

#### 10 Begründung:

Das zuletzt verwendete System zur Wahl des Deutschen Bundestags, wonach sich die Sitzverteilung nach dem Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren bestimmt, ist intransparent und für einen nicht damit vertrauten Wahlberechtigten in seinen Details kaum nachvollziehbar. Die Vergabe der Ausgleichsmandate kann dabei zu dem Paradoxon führen, dass ein erhöhter Zweitstimmenanteil einer Partei zu weniger Mandaten führt (negatives Stimmgewicht). Dieses Phänomen wurde in der Vergangenheit wiederholt beobachtet. Es widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden und war bereits Gegenstand der Kritik des Bundesverfassungsgerichts. Außerdem führt die hohe Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate zu einem aufgeblähten Parlament, das hohe Kosten verursacht und dessen Handlungsfähigkeit unter seiner Größe leidet.

Eine Wahl nach Bundeslisten reduziert die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate und beseitigt das Problem des negativen Stimmgewichts vollständig. Sie steht zudem in gutem Einklang zur Forderung der Jungen Liberalen nach europäischen Wahllisten zur Europawahl.

In ihrer aktuellen Aufteilung weisen die 299 Stimmkreise große Schwankungen in der Bevölkerungszahl auf (Abweichungen von über 20% vom durchschnittlichen Wahlkreis). Darunter leidet die gleichwertige regionale Repräsentation der einzelnen Wahlkreise im Deutschen Bundestag. Das in [1] beschriebene Verfahren stellt (selbst unter Einhaltung der Landesgrenzen) eine Einteilung in Wahlkreise bereit, die der Soll-Vorgabe in § 3 Abs. 1 S. 3 BWahlG von höchstens 15% Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungswahl eines Wahlkreises entspricht. Mit der Wahl nach Bundeslisten entfällt die Rechtfertigung für die zwingende Einhaltung der Landesgrenzen.

[1] Brieden, Andreas, Peter Gritzmam, and Fabian Klemm. "Constrained clustering via diagrams: A unified theory and its application to electoral district design." European Journal of Operational Research 263.1 (2017): 18-34.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 032

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der Antrag wird im LAK Handwerk & Wirtschaft beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Monopolstellungen im Netz abschaffen und dem** 2 **Kleingewerbe eine Perspektive bieten**

3 Die Julis Baden-Württemberg fordern die Einrichtung eines Plattformnetzes von der Kommune bis  
4 zur Ebene der Europäischen Union. Auf diesem Netzwerk sollen Angebote und Nachfragen  
5 bedient werden. Auf kommunaler Ebene können so zum Beispiel die kleinen Geschäfte ihre  
6 Produkte online stellen, so dass man ihre Angebote online sehen kann. Die Idee ist eine  
7 Integrierung verschiedener föderaler Plattformen. Wobei die kommunalen Plattformen, den  
8 regionalen Plattformen, die regionalen Plattformen, den Landesplattformen, die  
9 Landesplattformen den Bundesplattformen und die Bundesplattformen der EU-Plattform  
10 zugeordnet werden. Diese Plattformen können entweder durch staatliche oder kommunale  
11 Stiftungen oder über gesellschaftliche Genossenschaften oder durch private Unternehmen  
12 betrieben werden. Die jeweilige politische Entität bestimmt dies durch einen Vertrag mit dem  
13 Plattformbetreiber in dem der Grundzweck der Plattform, sowie die Laufzeit des Vertrages und  
14 grundsätzliche ethische und datenschutzrechtliche Fragestellungen bezüglich der  
15 Plattformhandhabung geklärt sind. Dieser Vertrag ist auf der Plattform selbst öffentlich zu machen  
16 und die Laufzeit kann durch beidseitiges zustimmen jederzeit verlängert werden.

17 Begründung:

18 Die bisherigen Internetplattformen streben immer gezielt in Richtung Monopolstellung. Das  
19 Kartellamt selbst ist vielleicht nicht die alleinige Lösung. Es benötigt vielleicht auch noch ein  
20 gesellschaftlich fair organisiertes Platformsystem, bei dem auch die kleinen Player partizipieren  
21 können ohne in eine gefährliche Abhängigkeit zu geraten.

22 <https://www.zeit.de/digital/internet/2019-01/digitalisierung-deutschland-kuenstliche-intelligenz-bildung-digitalgipfel/komplettansicht>  
23

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 033

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Finanzen empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Steuersenkung für erneuerbare Energien statt** 2 **Planwirtschaft!**

3 Die Julis-Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass alle Subventionen auf erneuerbare  
4 Energien abgeschafft werden und stattdessen der Ausbau dieser Energiequelle über deutliche  
5 Steuervergünstigungen für den Kauf, die Investition und Wartung für diese Anlagen und bei dem  
6 über diese Quellen verkauften Strom subventioniert werden. Des Weiteren soll bei erneuerbaren  
7 Energien die interne Stromregulation wegfallen.

8 Begründung:

9 Die interne Stromregulation führt dazu, dass der Verkauf von im Haus produziertem Strom an die  
10 Mieter sehr oft sehr unrentabel wird.

11 Wir haben bei den Julis ausreichend Wirtschaftler, die sicher erläutern können warum  
12 Steuersenkungen für eine Förderung einfach geiler sind als Subventionen :)

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 035

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Marc-André Waldvogel, Kreisverband Tuttlingen

*Der LAK Finanzen empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Grundsätzliche steuerliche Freistellung für 2 Passivprodukte bei Banken und Sparkassen bis 125 Euro 3 Kapitalertrag

4 Die Jungen Liberalen fordern eine grundsätzliche steuerliche Freistellung für Passivprodukte bis  
5 zu einem Kapitalertrag i. H. v. 125,- € p. a. bei Banken und Sparkassen. Darüber hinaus soll  
6 wieder der normale Freistellungsauftrag von Sparer erteilt werden müssen. Sofern der Sparer  
7 mehrere Bankverbindungen mit Passivprodukten pflegt, so soll diese Freigrenze anteilig der  
8 Banken aufgeteilt werden.

#### 9 Begründung:

10 In Zeiten, in denen Banken und Sparkassen zwischen -0,2 % und 0,5 Prozent Zinsen p. a. auf  
11 Sparbücher, Tagesgeldkonten und Festgelder gewähren, kommen selbst bei größeren  
12 Kapitalanlagen z. B. i. H. v. 25.000,- € bei 0,5 % Zins p. a. nur 125,- € Kapitalertrag zustande. So  
13 würden auf diesen Zinsertrag 25 % Abgeltungssteuer anfallen (+1,3 % Solidaritätszuschlag &  
14 ggf. noch Kirchensteuer). Dies entspräche 31,25 € Abgeltungssteuer und 1,63 €  
15 Solidaritätszuschlag, also insgesamt einer Summe von 32,88 €.

16 In der heutigen Zeit leiden vor allem kleine Sparer, die sich nicht unbedingt mit allen  
17 Bankprodukten beschäftigen und dessen Berater/in leider nicht darauf hinweist einen  
18 Freistellungsauftrag zu erteilen. Des Weiteren würde sich für viele Sparer und Banken weniger  
19 Verwaltungsaufwand ergeben. Sofern der Sparer mehrere Bankverbindungen pflegt, so soll  
20 diese Freigrenze durch die Anzahl der Banken bei denen Passivprodukte bestehen geteilt  
21 werden. Hat er also ein Sparbuch bei der Sparkasse und eines bei der Volksbank, so gilt pro  
22 Bank eine Freigrenze i. H. v. max. 62,50 € steuerfreiem Kapitalertrag auf deren Passivprodukte.

23 Investmentfonds, Aktien, Anleihen etc. fallen nicht unter die Freigrenze, da diese i. d. R. höhere  
24 Kapitalerträge abwerfen. Auch sollte hier im Rahmen der MiFID 2 Richtlinie im Zuge der  
25 Geeignetheitserklärung sowieso über Sparer-Pauschalbeträge gesprochen werden.

26 Auch im Hinblick auf eventuell wieder steigende Zinsen soll die Freigrenze i. H. v. 125,- € auf  
27 Passivprodukte beibehalten werden.

28 Ziel ist es einen Großteil von Sparer/innen finanziell zu entlasten und diesen weniger  
29 bürokratischen Zusatzaufwand zuzumuten.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 036

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Tübingen, Julian Simon Grünke, Roland Helmut Fink  
*Der Antrag wird im LAK Handwerk & Wirtschaft beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Neue Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft 2030**

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg lehnen das von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgestellte sogenannte "Industriestrategie 2030" als Vision für die Entwicklung der Industrie in Deutschland und Europa ab. Statt einer neuen Planwirtschaft wollen wir die Soziale Marktwirtschaft erneuern, indem wir Staatsquote, Steuerbelastung und Sozialabgaben konsequent niedrig halten. Der Staat muss dabei einen Ordnungsrahmen bieten, jedoch nicht als Planer der Wirtschaft oder Entscheider über Gewinner und Verlierer auftreten.

Wir lehnen Altmeiers "size-matters" Argumentation als Rechtfertigung gewaltiger staatlicher Markteingriffe und Veränderungen im Wettbewerbsrecht ebenso wie diese selbst ab.

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg vertrauen auf die Fähigkeit der Wirtschaft, Großprojekte durch Kooperationen bewältigen zu können und sehen keine Notwendigkeit marktbeherrschender nationaler Champions, die dem bestehenden Wettbewerbsrecht widersprechen.

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg sprechen sich auch für die Zukunft gegen staatliche Unternehmensbeteiligungen aus, die über die wenigen aus Sicherheitsgründen absolut nötigen Beteiligungen an kritischer Infrastruktur hinausgehen. Statt einer staatlichen Bestandsgarantie für VW, Deutsche Bank & co. wollen wir die bestehenden Staatsbeteiligungen privatisieren und einen fairen Wettbewerb für alle Marktteilnehmer ermöglichen. Die willkürliche Bevorzugung und Förderung einzelner Unternehmen durch den Staat lehnen wir auch weiterhin strikt ab.

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg verwehren sich der Einführung des "Neuen Volkswirtschaftlichen Verhältnismäßigkeitsprinzips" als rhetorischer Tarnung der Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in der politischen Debatte.

Begründung:

Kohärenz mit der der Beschlusslage im Umgang mit dem Industriestrategie 2030.

Altmaiers vorschlag findet sich auf der INternetseite des Ministeriums <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/nationale-industriestrategie-2030.html>

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 037

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Hieronymus Julius Stefan Alexander Eichengrün

*Der Antrag wird im LAK Handwerk & Wirtschaft beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **House of Cards statt Bergdoktor – Gegen Content-Quoten**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Abschaffung der zum 2.10.2018  
3 eingeführten Content-Quote für video-on-demand services der Europäischen Union. Die  
4 Regelung, dass 30% des angebotenen Inhalts auf diesen Plattformen (wie z.B. Netflix, Amazon  
5 Prime, Maxdome etc.) in der Europäischen Union produziert werden muss, halten wir für falsch  
6 und konsumentenfeindlich.

7 Begründung:

8 Der Konsument weiß am besten, was er gerne anschauen will. Dementsprechend ist es nicht  
9 nachzuvollziehen, warum hier ein schwerwiegender Markteingriff vorgenommen wird, um  
10 privaten Content-Anbietern vorzuschreiben, welche Produkte sie im Sortiment haben müssen.  
11 Der freie Wettbewerb kann am besten sicherstellen, dass die Konsumenten das bekommen, was  
12 sie auch gerne anschauen wollen. Ob der Inhalt nun in der EU, den USA, oder sonstigen  
13 Ländern produziert wird, sollte egal sein, solange der Konsument zufrieden ist.

14 Das Ziel der Kulturförderung, das als Argument für diese Regelung angebracht wurde, kann man  
15 durch das direkte, gezielte Fördern entsprechender Projekte durch die öffentliche Hand besser  
16 erreichen. In Deutschland ist das zudem bereits eine der Aufgaben des öffentlichen Rundfunks,  
17 der dafür auch mit üppigen Finanzmitteln ausgestattet wird.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 038

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Bildung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Die Diskriminierung der Dialekte beenden

Die Julis Baden-Württemberg setzen sich gegen den historisch bedingten, staatlich verordneten Kampf gegen die lokalen Dialekte ein. Schüler/innen sollen ein Recht darauf haben außerhalb von Unterrichtsstunden, die ausdrücklich in nicht deutscher Sprache abgehalten werden oder dem Fach deutsch, diesen lokalen Dialekt zu verwenden. Das Ausprägungsrecht hängt davon ab, ob sie innerhalb der Klasse und von dem/der Lehrer/in noch verstanden werden. Des Weiteren sollen lokal überall Kurse für die lokalen Dialekte eingerichtet werden und hierfür an Kinder und Erwachsene je nach lokalem Bedarf auch Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Ohne einen Dialektbildungsgutschein sind die Kosten für den Kurs selbst zu entrichten. Diese Bildungsgutscheine fallen in das Ressort Kultur, da die Dialekte ein kulturelles Gut wie Musik, Theater und Fasnet sind.

Begründung:

Die des öfteren von Lehrer/inne/n verwendete Bezeichnungen für Dialekte als unreine oder ungepflegte Sprachen lässt ein autoritäres Sprachverständnis erkennen, was im Kern ein Widerspruch zu unserer liberalen Ordnung ist. Daraufhin wird auch öfters verlangt, die eigene Variante des Sprechens ab zu legen, was einem Eingriff in die Persönlichkeit gleichkommt wie jemandem zu sagen, er oder sie habe die Religion zu wechseln. Es ist ein Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes, der gang und gebe ist.

Bei den Bildungsgutscheinen und den Dialektkursen handelt es sich um die Förderung eines Kulturguts, ohne welches Baden-Württemberg einfach nicht Baden-Württemberg wäre.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 039

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Bildung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### **1 In Hohenheim eine Fakultät für ein kleines Wageningen 2 aufbauen!!!**

3 Die Julis Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass in Hohenheim eine Fakultät gegründet  
4 wird, die wie Wageningen aufgebaut ist und auf die speziellen Anforderungen von  
5 Baden-Württemberg optimiert ist und deswegen in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft  
6 und der Lebensmittelindustrie arbeitet. Sie soll eng vernetzt sein mit den dort bestehenden  
7 Strukturen. Aber die drei Studiengänge dort sind auf Englisch und die offizielle Sprache ist dort  
8 auch auf Englisch fest zu setzen.

9 Begründung und weitere Informationen:

10 <https://www.youtube.com/watch?v=vUmP8Tli-Mc>

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 040

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Bildung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Bildungsgutscheine auch für Erwachsene

2 Die Julis Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass auch an Erwachsene  
3 Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Als zentrale Punkte sind hier Fortbildungen bezüglich  
4 neuer Technologien und dem Umgang mit der jeweilig technischen Revolution, Fortbildung die  
5 einen guten Lebensstil betreffen und Fortbildungen zur Emanzipation in einem  
6 liberal-demokratischen Rechtsstaat (z.B. "Wie werde ich gehört?") zu nennen.

7 Begründung:

8 Die Zeiten in denen man einmal lernt und dann arbeitet man den Rest seines Lebens sind vorbei.  
9 Denn es kommen rasant immer schneller immer mehr technologische Umbrüche. Der  
10 technologische Umbruch wird von der Ausnahme zur Regel. Wir sind am Ende des Zeitalters der  
11 Digitalisierung und als nächstes stehen Inteligentisierung, Nanoisierung und Biologisierung  
12 gleich auf einmal und zusammen an... Dieser schnelle technologische Fortschritt beschleunigt  
13 auch das Wissen das durch wissenschaftliche Methoden erlangt werden kann exponentiell. Das  
14 heißt, das Wissen bezüglich eines Lebensstils, sowie über Demokratie e.t.c. steigt von Jahr zu  
15 Jahr gewaltig. Wollen wir in diesem Zusammenhang unsere freiheitlich demokratische  
16 Grundordnung nicht verlieren, scheint es mir essentiell dass nicht ein Großteil der Bevölkerung  
17 nicht mehr mitkommt... Deswegen müssen wir handeln...

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 041

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Pascal Schejnoha, Kreisverband Neckar-Odenwald

*Der LAK Bildung empfiehlt die Annahme des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### **Freies Material für Lehrkräfte – Open Educational Ressources fördern**

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich für eine landesweite Online-Plattform zur Bereitstellung frei verwendbarer Unterrichtsmaterialien – den sogenannten Open Educational Resources (OER) – ein.

Zu diesem Portal erhält jede Lehrkraft an einer Grundschule, weiterführenden Schule oder Berufsschule einen Zugang. Mit diesem kann auf unterschiedliche Medien aus dem jeweiligen Fachbereich per Download zugegriffen, diese Inhalte dann verändert und zur Erstellung individueller Unterrichtsmaterialien verwendet werden.

Für die Bereitstellung der im Internet verfügbaren OER auf der Online-Plattform ist in erster Linie das Kultusministerium zuständig. Zusätzlich sollte es aber auch jeder Lehrkraft möglich sein, im Internet gefundene oder analog vorhandene Inhalte hochzuladen, welche nach einer Lizenzprüfung durch die Plattformbetreiber für alle weiteren Teilnehmer zugänglich sind.

Den Lehrkräften ist es hierbei selbst überlassen, ob sie sich nur der bereitgestellten Inhalte bedienen oder als Content-Produzent eigene Unterrichtskonzepte auf der Plattform mit anderen Lehrkräften teilen. Eine Beurteilung der didaktischen und fachlichen Qualität der produzierten Inhalte erfolgt durch die Mitglieder der Plattform in Form eines internen Bewertungssystems.

Rechtlich unterliegen sämtliche Inhalte der OER-Plattform der Creative-Commons-Lizenz, mit der die jeweiligen Nutzungsrechte der Inhalte durch den Urheber ügenau definiert werden wie beispielsweise die Nutzung mit Namensnennung oder das Recht zur Weiterverbreitung und/oder Veränderung.

#### **Begründung:**

Wir Junge Liberale vertrauen unseren Lehrkräften, dass sie die besten Unterrichtskonzepte für unsere Schülerinnen und Schüler entwickeln können. Mit einer OER-Plattform sind die Lehrerinnen und Lehrer in der Lage, aus einem Pool an Bildern, Videos, Dokumenten und Aufgabenstellungen sinnvolle und individuelle Unterrichtseinheiten zu gestalten, ohne auf die Vorgaben eines möglicherweise unbrauchbaren Schulbuchs zurückgreifen zu müssen.

Zwar gibt es bereits Angebote von OER im Netz, die jedoch oft breit verstreut und selten einheitlich aufbereitet sind. Eine landesweite Plattform würde dafür sorgen, dass die Angebote an einem Ort und ohne langwierige Suchprozesse aufzufinden sind. Das fortwährende "Zusammenkopieren" aus analogen Quellen ist zudem aus urheberrechtlicher Sicht ohne entsprechende Lizenz unzulässig oder zumindest in einer rechtlichen Grauzone.

Mit der OER-Plattform und Inhalten unter Creative-Commons-Lizenz geben wir Lehrkräften unter anderem...

- 35 • rechtliche Sicherheit bei der Verwendung von Unterrichtsmaterialien,
  - 36 • einen Best-Practice Austausch von Unterrichtsmaterial und -konzepten und
  - 37 • die Möglichkeit, individuelle Lernansätze für Schülerinnen und Schüler zu erschaffen, die
  - 38 mit einheitlichen Schulbüchern nicht ohne weiteres möglich sind.
- 39 Hinzu käme mittel- bis langfristig eine Reduzierung der Kosten im Bildungswesen, da mit freien
- 40 Lehrinhalten die Gebühren für Lizenz- und Nutzungsrechte entfallen.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 042

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Pascal Schejnoha, Kreisverband Neckar-Odenwald

*Der LAK Bildung empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Keine Rückzahlungsklauseln für duale Studierende!

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg sprechen sich ausdrücklich gegen die in Nebenabreden ermöglichten Rückzahlungsklauseln im novellierten Studienvertrag der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) aus. Wir fordern den Aufsichtsrat der DHBW und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer auf, die Novellierung der Nebenabreden rückgängig zu machen und dadurch Rückzahlungsklauseln in den Verträgen zwischen Studierenden und Unternehmen wieder zu verbieten.

#### 8 Begründung:

Die im März 2017 vom Aufsichtsrat der DHBW beschlossene Neuerung des bindenden Rahmenvertrags erlaubt zukünftig wieder Rückzahlungsklauseln in den Studienverträgen zwischen dem Studierenden und dem Arbeitgeber. Bricht ein Studierender sein duales Studium ab oder möchte direkt nach dem erfolgreich absolvierten Studium seinen Arbeitgeber wechseln, können dadurch je nach Gestaltung der Nebenabrede hohe Rückzahlungsbeträge für den Studierenden entstehen. Diese Rückzahlungen beziehen sich dabei nicht auf das Gehalt, sondern auf darüberhinausgehende finanzielle Leistungen wie zum Beispiel Fahrtkostenunterstützung, Bonuszahlungen und sonstige Zuwendungen.

Im Gegenzug bietet das Ausbildungsunternehmen für die Rückzahlungsklausel jedoch keine Übernahmegarantie. Hinzu kommt, dass die Rückzahlungsklausel rechtlich nicht einwandfrei definiert ist und hierzu auch keine eindeutige Gesetzeslage vorliegt – langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen und unsichere Studienverträge können dabei die Folge sein.

Als Verteidiger der persönlichen Selbstbestimmung können wir es nicht akzeptieren, dass Unternehmen durch Rückzahlungsklauseln die Attraktivität des dualen Studiums für Studierende erheblich schädigen. Jeder sollte selbst entscheiden können, das Studium aus persönlichen Gründen abubrechen oder nach dem Studium seinen Arbeitgeber frei zu bestimmen, ohne dadurch zum Teil erhebliche finanzielle Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Stattdessen müssen DHBW und die Partnerunternehmen an Lösungen arbeiten, die die Qualität in der Lehre und in den Unternehmen stetig optimieren. So können Abbrecher- und Abwanderungsquoten möglichst gering und damit auch das unternehmerische Risiko in einem vertretbaren Rahmen bleiben.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 043

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Karlsruhe, Kreisverband Karlsruhe-Land, Kreisverband Heidelberg,  
LAK Bildung

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### Deutschlandstipendium 2.0 – Förderung ausweiten und Chancengleichheit herstellen

Wir als Junge Liberale Baden-Württemberg bekennen uns grundsätzlich zum bundesweiten Stipendienprogramm nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium) als Instrumentarium zur engeren Verzahnung von Wirtschaft, Hochschulen und Studierenden, das Anreize zu akademischen Leistungen und gesellschaftlichem Engagement setzt. Wir fordern allerdings folgende Reformen:

1. Um der gegenwärtigen regionalen Chancenungleichheit bei der Bewerbung um ein Deutschlandstipendium entgegenzuwirken, fordern wir die Aufhebung der starren Parität in der Finanzierung durch den Bund und private Stifter sowie eine entsprechende Änderung von § 11 Abs. 2 S. 1 StipG. Stattdessen schlagen wir flexible Anteile der Beteiligung des Bundes vor, die sich an den Standortfaktoren der jeweiligen Hochschule orientieren und insbesondere Unterschiede in der regionalen Wirtschaftskraft berücksichtigen. Durch höhere staatliche Förderanteile in wirtschaftsschwachen Regionen wird gewährleistet, dass Hochschulen trotz geringer Förderzusagen durch private Mittelgeber einen angemessenen Anteil ihrer Studierenden fördern können. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung deutschlandweit vergleichbarer Studienbedingungen und erhöht die Förderneigung von Unternehmen, welche zur Förderung von Studierenden an Hochschulen in strukturschwachen Regionen weniger finanzielle Mittel als bislang aufbringen müssen.
2. Wir fordern die Streichung von § 11 Abs. 3 S. 3 StipG. Dieser sieht eine Obergrenze der Zweckbindung privater Mittel für bestimmte Fachrichtungen oder Studiengänge von zwei Dritteln der von den Hochschulen pro Kalenderjahr neu bewilligten Stipendien vor. Diese Obergrenze führt dazu, dass zugesagte private Fördergelder teilweise nicht abgerufen werden können und schränkt damit die Hochschulen in der Vergabe von Stipendien ein. Die Auswahl der Stipendiaten soll weiterhin alleinige Kompetenz der jeweiligen Hochschule bleiben.
3. Um die in § 11 Abs. 4 StipG festgelegte Höchstgrenze der Förderung von acht Prozent der Studierenden einer Hochschule auch nur annähernd erreichen zu können, fordern wir eine Werbe- und Informationskampagne über das Deutschlandstipendium mit dem Ziel, alle potentiellen Stipendiaten auf das Stipendium hinzuweisen und Unternehmen über die Möglichkeit der Förderung von Talenten und Vernetzung mit Studierenden zu informieren. Dazu muss der Bund die Hochschulen mit den zur Akquise privater Fördermittel nötigen finanziellen Mitteln ausstatten. Hierzu fordern wir eine Flexibilisierung der durch den Bund getragenen Höhe der sonstigen Zweckausgaben der

- 36       Hochschulen im obigen Sinne und eine entsprechende Änderung von § 11 Abs. 2 S.  
37       2 StipG. Zudem sollen die Hochschulen zukünftig Studierende bereits bei der  
38       Immatrikulation und erneut bei der Rückmeldung zu den Folgesemestern auf die  
39       Fördermöglichkeiten durch das Stipendium hinweisen. Die zur Hochschulreife führenden  
40       Schulen sollen während des letzten Schuljahres über das Deutschlandstipendium  
41       informieren, z.B. im Rahmen von Studieninformationstagen.
- 42       4. Die Hochschulen werden dazu aufgerufen, die Transparenz ihres Auswahlverfahrens zu  
43       rhöhen. Hierzu sollen diese bei der Ausschreibung der Stipendien bekannt geben, welche  
44       Kriterien bei der Auswahl der Stipendiaten angewendet werden. Dazu ist § 1 StipV  
45       entsprechend zu erweitern.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 044

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: LAK Bildung, Kreisverband Ostalb, Kreisverband Tübingen

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Werte statt Freistunde – Ethikunterricht ab der 1. Klasse

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Einführung des Ethikunterrichts ab der 1.  
3 Klasse. Der Ethikunterricht soll nicht eine konfessionell gebundene, sondern eine  
4 weltanschaulich neutrale Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht darstellen.

5 Ziele des Ethikunterrichts sollen die von dem Kultusministerium ausgegebenen Lernziele für die  
6 Grundschule sein. Im Vordergrund stehen dabei die Auseinandersetzung mit Grundfragen des  
7 menschlichen Zusammenlebens und die Anbahnung von Werteorientierung.

8 Mit dem Ethikunterricht sollte von Anbeginn an ein alternatives Angebot des Wertediskurses für  
9 Schülerinnen und Schüler bereitstehen, die nicht an einem konfessionellen Religionsunterricht  
10 teilnehmen wollen oder keiner katholischen oder protestantischen Konfession angehören.

11 *Begründung:*

12 Dieser Antrag schließt an die bereits bestehende Beschlusslage von 1997 (9 Thesen zur  
13 Bildungs-Religionspolitik) sowie 2010 (Freiheit und Neutralität – der laizistische Staat) an. Mit  
14 dem vorliegenden Antrag wenden wir uns von der Forderung ab, das Fach LER (Lebenskunde -  
15 Ethik - Religion) einzuführen. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 046

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 3 "Inseln" Flüchtlingssystem

Bei der illegalen Migration über das Mittelmeer setzen sich die Julis-Baden-Württemberg für ein 3 gliedriges System ein. Beim ersten handelt es sich um eine Registrierungsinsel in der ein menschenwürdiges Leben durch voll ausgerichtete Siedlungen mit ein paar Freizeitangeboten und einem Anmeldeamt vorhanden sind. Auf dieser Insel befindet sich das Anmeldeamt. Von diesem Amt werden die entsprechend über die Migranten vorhandenen Daten, sowie Migrationsgründe erfasst. Werden diese nun von einer Komune oder einem Staat aufgenommen, werden sie auf Kosten dieser Institution zu ihrem Ankunftsort geschickt. Des Weiteren können auch Firmen hier entsprechend Leute einstellen, insofern dies ein legaler Immigrationsgrund in das entsprechende Land ist. Wenn ein/e Immigrant/in nach einem Monat immer noch keine Perspektive hat, wird diese/r dann auf die zweite "Insel" verschifft. Auf dieser Insel werden Ausbildungsangebote angeboten, die für die Herkunftsländer bzw Regionen der Migranten optimiert sind. Hier werden Ausbildungsplätze angeboten, mit denen sie eine Chance in ihrer Heimatregion auf ein gutes Leben haben. Wenn Migranten sich in diesem Prozess mit ihrer Einstellung als nicht fähig erweisen, das freiheitliche Gedankengut von Europa in die Welt zu tragen, werden sie sofort auf die dritte Insel, die "Abschiebeinsel" verschifft. Dieser "Gesinnungstest" wird von speziell dafür ausgebildeten Psychologen übernommen. Verwehren Migranten eine Verschiffung folgt die direkte Einweisung auf die dritte Insel.

Begründung:

Es gibt hier vier Punkte die reinspielen.

1.

Humaner Umgang mit Mitmenschen

2.

Verantwortung der Union gegenüber verantwortungsvollem Nutzen der Steuergelder

3.

Das Recht der Unionsbürger zu entscheiden, dass nicht jede/r in unserer Kulturnation willkommen ist.

4.

Unser ureigenes Interesse so zu handeln, dass Freiheit, Demokratie und Stabilität in der Welt verbreitet wird und wir durch unser Geld nicht autoritäre Extremisten über Know How Macht verleihen.

<sup>32</sup> Die Reihenfolge ist keine Aussage über die Relevanz der Punkte

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 047

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der LAK Stadt, Land, Fluss empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Selbstbestimmung auf Gemeindeebene innerhalb der EU!

2 Die Julis Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass Gemeinden das Recht haben eine  
3 übergeordnete Instanz innerhalb der EU zu verlassen und bei Zustimmung einer alternativen  
4 Instanz dieser dann beitreten dürfen, wenn sich diese alternative Instanz an die Gemeinde  
5 angrenzt. Für diesen Prozess muss ein mehrheitlicher Beschluss im Gemeinderat zu Gunsten  
6 eines Referendums stattfinden. Dieses Referendum muss mit einer 2/3 Mehrheit und einer 60 %  
7 igen Wahlbeteiligung angenommen werden, dass dies ohne Zustimmung der zu verlassenden  
8 Instanz rechtskräftig wird.

9 Begründung:

10 Die Welt ändert sich. Auch Grenzen innerhalb der EU können nicht dauerhaft auf dem Status  
11 Quo aufrecht erhalten werden. Wenn wir hier ein geordnetes und gutes Verfahren haben  
12 möchten, dann bietet sich die Gemeindeebene am Besten an, da es bei einer Entscheidung auf  
13 Gemeindeebene zu einem stabileren Verfahren des Wandels kommt im Vegleich zu einer  
14 Fokussierung auf größeren Entitäten, bei denen sich als Folge schnell große politische  
15 Verwerfungen herausbilden und so zu Instabilität führen können. Während es bei Gemeinden  
16 eher zu einem "normalen" und bekannten Prozess führen würde..

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 049

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Felix Haug

*Der LAK Europa, Außen und Verteidigung empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Fairen Wettbewerb im europäischen Verteidigungssektor**

2 Deutschland besitzt eine wettbewerbsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI), daher  
3 exportiert es auch viele Rüstungsgüter ins Ausland. Die Komplexität der Güter in Verbindung mit  
4 ihrem üblichen Verschleiß macht eine qualitativ hochwertige und fachgerechte Wartung durch die  
5 deutschen Hersteller erforderlich. Die Wartung der Produkte erfolgt in der Regel auf deutschem  
6 Boden. Für die Wiederauslieferung des gewarteten Produkts bedarf es der Zustimmung der  
7 Bundesregierung. In der Vergangenheit erteilte die Bundesregierung nicht immer sofort die  
8 Genehmigung zur Wiederausfuhr. Dieser Umstand führt dazu, dass die Empfängerstaaten die  
9 deutsche SVI als unzuverlässig wahrnehmen, da sie im Rahmen ihrer eigenen  
10 Landesverteidigung auf die möglichst schnelle Rückkehr der gewarteten Produkte angewiesen  
11 sind. Einige Länder weichen daher bereits auf andere Rüstungsexporteure wie Frankreich aus.  
12 Wir Junge Liberale Baden-Württemberg fordern, dass es künftig der Bundesregierung nicht mehr  
13 gestattet sein soll, den Wiederexport von hierzulande gewarteten Rüstungsgütern zu verzögern  
14 oder komplett zu untersagen.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 051

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Benjamin Bailer

*Der Antrag wird im LAK Handwerk & Wirtschaft beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Marktwirtschaft im Jobcenter

2 Die Julis Baden-Württemberg setzen sich für Marktwirtschaft im Jobcenter ein. Das heißt,  
3 Langzeitarbeitslose die aus welchen Gründen auch immer einfach nicht aus der Abhängigkeit  
4 herauskommen, sollten durch private Agenturen eine 1 zu 1 Betreuung bekommen. Die  
5 Agenturen werden durch den Staat über eine Erfolgsprämie bezahlt. Dies bedeutet, dass bei  
6 einer positiven Vermittlung allgemein 10 % der Nettoeinzahlungen in den Staatshaushalt durch  
7 den neu gewonnen Steuernettozahler jährlich an die Agentur geht mit einer Laufzeit von 10  
8 Jahren.

9 Begründung:

10 Dies betrifft die Leute, die derzeit komplett durchs Aufstiegsraster fallen. Die 10 % und die 10  
11 Jahre stehen hier exemplarisch, da dies politisch allgemein entschieden werden sollte. Diese  
12 werden sich im Laufe des politischen Prozesses sicher noch verändern.

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 052

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Mannheim

*Der LAK Bildung empfiehlt die Annahme des Antrags.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Für ein faires Praktisches Jahr im Medizinstudium

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern, dass im Rahmen des Medizinstudiums für das praktische Jahr ein Ausbildungsvertrag zwischen Studierenden und Lehrklinik abgeschlossen werden soll, um damit Arbeitsverhältnisse im Rahmen des gesetzlichen Arbeitsrechtes sicherzustellen.

Im Rahmen des Ausbildungsvertrages soll eine Mindestvergütung in Höhe des maximalen BAföG-Satzes für Hochschulstudierende (735 Euro) gezahlt werden.

Begründung:

Die Jungen Liberalen setzen sich für Leistungsgerechtigkeit auch im Medizinstudium ein. Zu Beginn des praktischen Jahres hat ein Medizinstudent bereits fünf Jahre studiert sowie sein schriftliches zweites Staatsexamen erfolgreich absolviert. Er hat sieben Monate unbezahlter Praktika bzw. Famulaturen hinter sich und dort bereits mehrfach bewiesen, dass er seine Kompetenz auch im Stationsalltag einbringen kann.

Anders als z.B. im Rahmen der praktischen Erfahrung der Juristen, Lehramtsanwärter (Referendariat) oder auch der Pharmazeuten (praktisches Jahr der Pharmazeuten mit Ausbildungsvertrag<sup>1</sup>) besteht bei Medizinstudierenden im praktischen Jahr bisher kein vertraglich geregeltes Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnis. Die Verhältnisse des Medizinstudiums im praktischen Jahr unterscheiden sich damit in bedeutender Weise von den anderen Studiengängen mit angestrebtem Staatsexamen.

Während des praktischen Jahres arbeiten diese Mediziner 40 Stunden pro Woche, teilweise auch mehr, mit nur geringer bis gar keiner Aufwandsentschädigung.<sup>2</sup> Ein Drittel der Studierenden ist im Zuge dessen gezwungen, neben der Vollzeitbelastung im Lehrkrankenhaus noch nebenbei zu arbeiten, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Dieser Zustand verhindert, dass sich die Studierenden voll auf das lehrreiche abschließende Jahr konzentrieren können, was letztendlich eine erfolgreiche ärztliche Ausbildung behindert.

Abseits von der Vergütung gibt es auch im Vergleich zu einem geregelten Arbeitsverhältnis fragwürdige Regelungen. So werden Krankheitstage während des praktischen Jahres auf die 30 Urlaubstage angerechnet (insgesamt wird von "gewährten Fehltagen" gesprochen). Diese Urlaubstage werden aber meist benötigt, um sich noch auf das abschließende mündliche Examen vorzubereiten. Die meisten Studierenden schleppen sich infolgedessen krank zur Arbeit, was nicht nur ihre eigene, sondern auch die Gesundheit der Patienten in Gefahr bringt.

Die Einführung eines geregelten Ausbildungsverhältnisses, wie es auch bei den Pharmazeuten, Juristen oder Lehramtsanwärtern vorhanden ist, stellt unserer Meinung nach eine Lösung der genannten Probleme dar. Auch die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (Bvmd) fordert aktuell in einer Petition<sup>3,4</sup> (bisher über 100.000 Unterschriften) bessere Bedingungen im praktischen Jahr. Es ist angesichts der Aktualität der Petition wichtig, uns zu

37 diesem Thema baldmöglichst zu positionieren. Der hier unterbreitete Vorschlag würde unserer  
38 Meinung nach eine sinnvolle Möglichkeit darstellen, einige der wichtigsten Forderungen dieser  
39 Petition umzusetzen. Durch die dadurch erreichten verbesserten Bedingungen stellen wir nicht  
40 nur eine wichtige Form der Leistungsgerechtigkeit und Wertschätzung den Medizinern  
41 gegenüber sicher, sondern erhöhen auch die Qualität der ärztlichen Ausbildung, die sich  
42 letztendlich auch in einer erhöhten Qualität der Gesundheitsversorgung insgesamt  
43 niederschlagen wird.

44 <sup>1</sup> <https://www.bphd.de/studium-pj/das-praktische-jahr/>

45 <sup>2</sup> <https://www.praktischarzt.de/arzt/pj-ranking-verguetetes-praktisches-jahr/>

46 <sup>3</sup>

47 [https://www.openpetition.de/petition/online/petition-fuer-ein-faires-praktisches-jahr-im-medizinstu](https://www.openpetition.de/petition/online/petition-fuer-ein-faires-praktisches-jahr-im-medizinstudium)  
48 [dium](https://www.openpetition.de/petition/online/petition-fuer-ein-faires-praktisches-jahr-im-medizinstudium)

49 <sup>4</sup>

50 [https://www.bvmd.de/fileadmin/redaktion/Downloaddateien/Hintergruende\\_zur\\_Petition\\_fuer\\_ein](https://www.bvmd.de/fileadmin/redaktion/Downloaddateien/Hintergruende_zur_Petition_fuer_ein_faires_PJ.pdf)  
51 [fares\\_PJ.pdf](https://www.bvmd.de/fileadmin/redaktion/Downloaddateien/Hintergruende_zur_Petition_fuer_ein_faires_PJ.pdf)

## Antrag zum 75. Landeskongress

Antrag 053

75. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Schwäbisch Hall, 9. – 10. März 2019

Antragsteller: Kreisverband Schwäbisch Hall, Kreisverband Heilbronn, Kreisverband Ludwigsburg

*Der Antrag wird im LAK Handwerk & Wirtschaft beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 75. Landeskongress möge beschließen:

### **1 Damit du auch auf dem Land tindern kannst**

- 2 Die Jungen Liberalen fordern einen flächendeckenden Ausbau des 4G-Mobilfunknetzes im  
3 ländlichen Raum.
- 4 Strukturschwache Regionen dürfen durch eine schlechte Mobilfunknetzabdeckung nicht von der  
5 digitalen Transformation ausgeschlossen und damit der Zugang zu Innovationen in  
6 verschiedenen Lebensbereichen erschwert werden (bspw. autonomes Fahren).

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 001

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: KV Schwarzwald-Baar, Eileen Lerche, Patrick Leismann, Lisa Fritschi

*Der LAK Gesundheit empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Get down with the sickness: Krankenhäuser und** 2 **Rettungsdienste fördern**

3 Viele, eher kleinere und ländlich gelegene Krankenhäuser mussten in den letzten Jahrzehnten  
4 schließen. Das führte dazu, dass die Anfahrtswege im ländlichen Raum im Falle eines Notfalles  
5 länger werden. Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich für eine Förderung der  
6 gefährdeten Krankenhäuser ein, um deren Schließung vorzubeugen. Schnelle ärztliche  
7 Versorgung darf keine Frage des Standortes sein. Dazu gehören nicht nur kurze Wege, sondern  
8 auch schnellere Abläufe im Transport.

9 Daher fordern wir:

- 10 1. Finanzielle Mittel vom Bund, Land und Krankenkassen zur Erhaltung und Modernisierung der  
11 Krankenhäuser
- 12 2. Förderung für digitale Ablaufstrukturen, um z.B. den Transport effizienter zu machen und  
13 gleichzeitig den Fokus auf die Patientenversorgung zu legen und nicht auf die derzeitige  
14 Bürosituation
- 15 3. Das Land soll die Katastrophenschutzseinheiten und die Ehrenamtsstrukturen mit modernen  
16 Diagnosegeräten und Convexis ausstatten.

#### HINWEIS!

Gesamtantrag: Zur Ablehnung empfohlen

#### Begründung:

Der Ursprungsantrag erfüllte in keiner Art und Weise die inhaltlichen und gestalterischen Anforderungen eines Antrags der JuLis auf Landesebene. Der Änderungsantrag spricht viele wichtigen Punkte, wie die genaue Reform der Finanzierung an. Da der LAK Gesundheit der JuLis Bayern plant, in näherer Zukunft mit Prof. Ullmann MdB, welcher zu dem Thema ländliche Krankenhausversorgung geforscht hat, ein Seminar zu diesem Thema zu veranstalten, **empfiehlt der LAK die Ablehnung bzw. die Rückverweisung an den LAK**, um sich in Zukunft mit dem Thema in Kooperation mit dem LAK Bayern noch einmal intensiver zu befassen.



## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 002

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Kreisverband Freiburg

*Der LAK Gesundheit empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_



Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 "Staying Alive - Bee Gees gehören zur Grundbildung"

#### 2 Antrag

3

4 Wir Jungen Liberalen fordern einen verpflichtenden Reanimationskurs für alle Schülerinnen und  
5 Schüler ab der Sekundarstufe 1, der jährlich wiederholt werden soll. Der heute bestehenden  
6 Unsicherheit der meisten Bürger\*innen im Umgang mit Reanimation kann so sinnvoll begegnet  
7 werden. Denn nur Übung macht den Meister.

8

#### 9 Begründung

10

11 Laut ERC (European Resuscitation Council) Leitlinien ist die Kardiopulmonale Reanimation  
12 (engl. CPR) des Laien (auch Basic Life Support) eine Maßnahme, die im Notfall einfach  
13 durchzuführen ist, und für den Patienten überlebenswichtig ist.

14

15 Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand wird das Hirn nicht mehr adäquat durchblutet. Ohne  
16 Versorgung sterben nach 2-4 Minuten die Hirnzellen irreversibel ab. Nach 15 Minuten ist das  
17 gesamte Großhirn unwiderruflich zu Schaden gekommen, der in den meisten Fällen nicht mehr  
18 mit dem Leben vereinbar ist.

19 Die Hilfsfrist für den Rettungsdienst liegt aktuell aufgrund der ausgelasteten Infrastrukturen bei  
20 12-15 Minuten. Hilfe muss früher kommen und jeder kann sie leisten.

21 Ursache eines Kreislaufstillstandes ist statistisch gesehen meist eine kardiovaskuläre  
22 Erkrankung, die heute fast 75% der Krankheitslast in Deutschland ausmacht. Notfallbehandlung  
23 und die Behandlung irreversibler Folgeschäden ist ein relevanter Kostenfaktor im  
24 Gesundheitssystem, der gesenkt werden kann.

25

26 Aktuell lernen Laien die CPR einmalig während des Führerscheinerwerbs. Diejenigen, die keinen  
27 Führerschein machen können oder wollen, lernen die CPR nie verpflichtend.

28 Professionelle Helfer trainieren die CPR einmal im Jahr, da es Übung braucht, einen  
29 Herz-Kreislaufstillstand zu erkennen und mit der Reanimation zu beginnen. Viele wissen zwar,

30 wie eine CPR durchgeführt wird, sind sich in der Situation aber unsicher, ob die CPR indiziert ist.  
31 Diese Unsicherheit wird mit Training abgebaut.  
32  
33 Die CPR kann von jedem Erwachsenen, der dazu in der Lage ist, durchgeführt werden. Kinder  
34 ab 12 Jahren sind körperlich in der Lage, eine CPR korrekt durchzuführen.  
35  
36 Um die Fähigkeit der CPR breit in der Bevölkerung zu verankern und für ausreichende Übung zu  
37 sorgen, ist aus unserer Sicht ein jährlicher Unterricht in der Schule ab Sekundarstufe 1 geeignet.  
38 Deshalb sollte dies so von den Bundesländern verpflichtend in die Lehrpläne aufgenommen  
39 werden.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 003

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Nikolai Ditzenbach

*Der Antrag wird im LAK Verbandsentwicklung bearbeitet.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Schluss mit der Kungelei - Spitzenkandidaten nur noch** 2 **per Urwahl**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die FDP Baden-Württemberg dazu auf  
4 Spitzenkandidaten für Landtagswahlen ausschließlich durch eine Urwahl zu bestimmen.

5

6 Begründung:

7

8 In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass bei den Wahlen zu Spitzenkandidaten stets  
9 Absprachen und Kungeleien der Bezirks- und Kreisverbände wahlentscheidend waren.

10 Da jedoch der Wahlkampf maßgeblich durch die Basismitglieder vor Ort durchgeführt wird,  
11 gebührt es einem Mindestmaß an Respekt diese auch bei der Wahl des Spitzenkandidaten  
12 einzubeziehen.

13 Der Spitzenkandidat ist durch seine öffentliche Präsenz und seine Persönlichkeit für viele Wähler  
14 die Identifikationsfigur mit der Partei.

15 Deshalb ist es elementar für einen erfolgreichen Wahlkampf, dass diese Person durchweg  
16 akzeptiert wird, was nur durch eine Legitimität per Urwahl herstellbar ist.

17

18 In der Folge wird auch die Mitgliedschaft in der FDP Baden-Württemberg aufgewertet. Weiter  
19 kann durch eine derartige Mobilisierung eine Aufbruchstimmung im Landesverband entstehen  
20 und Verbesserungsprozesse anregen.

21 So wird es auch im Sinne der Leistungsgerechtigkeit möglich, dass engagierte und gute  
22 Kandidaten Spitzenkandidat werden können.

23 Als positives Beispiel ist hier der Einsatz der Urwahl zur Bestimmung des Spitzenkandidaten der  
24 Landtagswahl Bayern 2018 zu nennen.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 004

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Kreisverband Ulm-Biberach

*Der LAK Europa, Außen und Verteidigung empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Seelsorge aus Respekt

2 Die Jungen Liberalen fordern ein Seelsorgeangebot für Muslime in der Bundeswehr.

3

4 Begründung:

5 Wir verdanken den tapferen Männern und Frauen die unser Land verteidigen nicht weniger als  
6 unsere Freiheit. Dafür schulden wir ihnen als Gesellschaft viel und geben dabei viel zu wenig.  
7 Besonders in einer Zeit in der Kriegseinsätze der deutschen Streitkräfte wieder eine schreckliche  
8 Realität mit all ihren menschenwindenden Konsequenzen geworden ist, benötigen viele  
9 Soldaten\*innen seelischen Beistand. In der Bundeswehr gibt es aktuell zwar ein  
10 Militärseelsorgeangebot für Christen, keines jedoch für die ca. 1600 deutschen Soldaten  
11 muslimischen Glaubens.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 006

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: LAK Verkehr und Umwelt

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Ahoi Blauer Matrose!**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die aktive Beteiligung der Schifffahrt an der  
3 Umsetzung des Klimaschutzes. Derzeit sind die Anlegekosten frei durch die Hafenbetreiber  
4 festgelegt und richten sich lediglich an der Zahl der Passagiere oder Container welches das  
5 Schiff aufnimmt. Jedoch soll in Zukunft auch der Schadstoffausstoß eine wichtige Einflussgröße  
6 darstellen. Nach dem Vorbild des Blauen Engels könnten Reedereien dafür ihre Kreuz- und  
7 Handelsschiffe mit einem Blauen Matrosen zertifizieren, welcher für emissionsarme Antriebe  
8 steht. Diese zertifizierten Schiffe sollen als Gegenleistung weiterhin unter Zahlung nur die  
9 Gebühren des Hafenbetreiber bezahlen, Schiffe welche nicht zertifiziert sind müssen zusätzlich  
10 eine Lenkungssteuer entrichten. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung sollen Handelsschiffe  
11 gegenüber Kreuzfahrtschiffen bevorteilt werden, was sich an einer niedrigeren Lenkungssteuer  
12 oder Zertifizierungsanforderungen darstellt. Die Anforderungen des Blauen Matrosen sollen mit  
13 der Zeit höher und die Lenkungssteuer teurer ausfallen. Unser Ziel ist es die Reedereien zur  
14 permanenten Senkung ihrer Schadstoffemissionen zu bringen.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 007

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: KV Tübingen, BzV Südwürttemberg-Hohenzollern, LAK Verkehr, Julian Grünke  
*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Sicherheit schaffen, statt Kasse machen.**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern, dass stationäre  
3 Geschwindigkeitsmessenanlagen nur an solchen Stellen eingesetzt werden dürfen wo durch Ihren  
4 Einsatz ein Mehrwert für die Sicherheit oder Emissionsreduzierung geschaffen werden kann. Um  
5 dies zu gewährleisten fordern wir, dass nach Refinanzierung der Bau und Wartungskosten alle  
6 durch das Eintreiben von Ordnungsgeldern entstandenen Einnahmen nichtstaatlichen,  
7 gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden müssen.

8 Des Weiteren fordern wir bei  
9 Anlagen die, dauerhaft, oder auch nur zeitweise überdurchschnittlich oft  
10 auslösen, die Verkehrssituation zu überprüfen. Dabei sollte im Besonderen der  
11 Einsatz von Verkehrstelematik und adaptiven Geschwindigkeitsgrenzen im  
12 Vordergrund stehen. Außerdem sollte überprüft werden ob durch eine Ankündigung  
13 des Geräts ein besserer Effekt erzielt werden kann.

14

15 Begründung:

16 Erfolgt mündlich

17

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 009

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Lionel Chambon, Hieronymus Eichengrün, Moritz Otto, Simon Petrik, Marianne Schäfer

*Der LAK Umwelt und Verkehr empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Die Citymaut – ein liberales Konzept zur Bekämpfung des** 2 **städtischen Verkehrschaos**

3 In zahlreichen deutschen Großstädten hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine  
4 Vergrößerung des städtischen Einzugsbereichs stattgefunden. In Folge dessen kommt es zu  
5 einer erhöhten Nachfrage nach stadtgrenzenüberschreitender Mobilität. Insbesondere der  
6 gestiegene motorisierte Individualverkehr hat dabei in verschiedener Hinsicht Grenzen erreicht.  
7 Durch die Überbeanspruchung der bestehenden Verkehrswege gerade zu den Stoßzeiten sind  
8 insbesondere auf den Zufahrtsstraßen in das Stadtzentrum Stauproblematiken entstanden. Dies  
9 führt neben der Lärmbelastung auch dazu, dass Grenzwerte für die Schadstoffbelastung um ein  
10 Vielfaches überschritten werden. Daraus resultieren eine Verringerung der Lebensqualität der  
11 Anwohner und ein gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrtsverlust. Die Jungen Liberalen erkennen die  
12 hieraus entstehenden Probleme und sprechen sich dafür aus, diese ohne die Einführung von  
13 Fahrverboten zu lösen. Hierzu schlagen wir die Erprobung des Konzeptes einer Citymaut vor.  
14 Eine Citymaut in Großstädten hat auch das Potential, die Attraktivität peripherer Standorte zu  
15 erhöhen.

16 Damit eine solche Maut ihre gewünschten Effekte erreichen kann, müssen bei deren  
17 Implementierung folgende Punkte berücksichtigt werden. Zunächst ist eine zeitliche  
18 Preisdifferenzierung zu gewährleisten, um eine Lenkungswirkung hin zu einer über den Tag  
19 hinweg ausgewogeneren Auslastung der Verkehrswege zu ermöglichen. Ferner fordern wir, dass  
20 nur die zur Erhebung der Maut notwendigen Daten erhoben werden und insbesondere keine  
21 personenbezogenen Bewegungsprofile generiert werden können. Wir sprechen uns für ein  
22 Erhebungsverfahren des Cordon Pricing aus, das die Straßennutzung entpersonalisiert erfasst.  
23 Dies ließe sich beispielsweise durch den Einsatz einer Radiowellentechnik realisieren.  
24 Insbesondere soll es möglich sein, spontan und ohne Registrierung in die Mautzone zu fahren.  
25 Um einen Flickenteppich verschiedener Systeme zu vermeiden, fordern wir die Entwicklung und  
26 Erprobung eines Systems, finanziert aus Mitteln des Bundeshaushalts, das von den Kommunen  
27 eingesetzt werden kann. Die Kommunen entscheiden über den Einsatz, die Implementierung  
28 sowie die konkrete Ausgestaltung der Mautzonen und deren Bepreisung.

29 Bei der Ausgestaltung des Systems und der Festlegung der Mauthöhen ist eine faire Behandlung  
30 der Anwohner in der Mautzone zu gewährleisten. Da durch die Maut eine verstärkte Nachfrage  
31 des öffentlichen Nahverkehrs zu erwarten ist, ist dessen Leistungsfähigkeit und Erreichbarkeit  
32 auch von außerhalb der Mautzone zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Ziels könnten die  
33 Einnahmen aus der Maut verwendet werden. Unabhängig davon ist eine Zweckbindung der  
34 Mauteinnahmen für verkehrsbezogene Ausgaben oder auch eine direkte Auszahlung an die  
35 Einwohner wünschenswert.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 010

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Kreisverband Freiburg, Kreisverband Karlsruhe-Stadt

*Der LAK Umwelt und Verkehr empfiehlt die Annahme.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 "Ich und mein Holz"

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern, die nachhaltige Bewirtschaftung und  
3 Aufforstung von Waldgebieten im In- und Ausland stärker zu unterstützen.

4 Vor dem Hintergrund des enormen Potentials zur Bindung klimaschädlicher Emissionen sollen  
5 bestehende Waldflächen erhalten und weitere bepflanzt werden. Konzepte zur Aufforstung sollen  
6 somit auf nationaler und internationaler Ebene als Alternativen zur Flächennutzung durch  
7 Viehzucht und Agro-Plantagen in Betracht gezogen werden. Eine elementare Säule für solche  
8 Konzepte bildet hierbei unter Anderem der Emissionszertifikatehandel, der als  
9 Belohnungssystem einen Anreiz für nachhaltige Forstwirtschaft fördern kann. Ebenso lassen die  
10 obigen Forderungen nicht nur einen Spielraum für Waldflächen, sondern auch für Begrünungen  
11 jeglicher Art im Sinne der Nachhaltigkeit zu.

12 Gebiete, die für die Aufrechterhaltung geospezifischer Artenvielfalt unverzichtbar sind, sollen  
13 gerade im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker in den Fokus der deutschen  
14 Außenpolitik rücken. Auch unabhängig von bestehenden Abkommen bezüglich  
15 Entwicklungszusammenarbeit sollen Projekte von NGOs und lokalen Körperschaften, die auf die  
16 Erhaltung dieser Gebiete angelegt sind, mehr Möglichkeiten zur Einholung staatlicher  
17 Fördergelder erhalten.

18 Auch sollen Betriebe, welche erwiesenermaßen unverhältnismäßig zur Verminderung der Forst-  
19 und Biodiversität beitragen, mit Einschränkungen bei den Möglichkeiten des Imports und  
20 Vertriebs von Produkten versehen werden, die als Resultat dieser Praktiken produziert wurden.  
21 Hierbei sind in besonderem Maße Praktiken zu beachten, welche die Lebensräume von als  
22 bedroht eingestuft Tier- und Pflanzenarten einschränken oder in Gänze gefährden.

23 Begründung:

24

25 Die menschengemachte Veränderung unserer natürlichen Umgebung hat Konsequenzen nicht  
26 nur für uns Menschen, sondern auch für Biosphären und die von der intakten Funktionsweise  
27 abhängige Tier- und Pflanzenvielfalt. Somit ist es primär in unserem eigenen Interesse,  
28 sicherzustellen, das grundlegende natürliche Zusammenspiel der Lebewesen auf diesem  
29 Planeten zu erhalten.

30 Dieser Antrag hat ein Ziel, mit dem zwei grundlegende Probleme angegangen werden sollen. Die  
31 Erhaltung und Wiederaufforstung von Waldgebieten ist eine Möglichkeit, durch die Bindung von  
32 Treibhausgasen, einen erheblichen Schritt in Richtung Klimaschutz gehen. Durch die Protektion  
33 und nachhaltige Entwicklung von Waldgebieten können Biosphären erhalten und neu geschaffen  
34 werden, die für viele Tier- und Pflanzenarten eine notwendige Überlebensgrundlage bilden.

35 Jedoch viel wichtiger als Zeichen gegen den Klimawandel sind konkrete Maßnahmen, die wir so  
36 zeitnah möglich auf den Weg bringen müssen. Weltweit stehen mindestens 300 Millionen Hektar  
37 Flächen für Aufforstungen zur Verfügung. Das ist eine Fläche etwa so groß wie Indien, oder  
38 anders, eine größere Fläche als das Mittelmeer.

39

40 Wir reden viel über Technologien, die in der Lage sind Treibhausgase zu binden und zu  
41 speichern. Jedoch gibt es bereits eine solche Technologie von der wir wissen dass sie  
42 funktioniert, nämlich Bäume. Wir sollten zwar weiterhin an diesen Technologien forschen, aber  
43 wir sollten auch die bislang einzige Technologie, die wir verlässlich und großflächig haben,  
44 stärker nutzen. Konkret heißt das, dass wir Mechanismen und Anreize schaffen müssen, die es  
45 Akteuren leichter machen, Aufforstung in den geeigneten Bereichen durchzuführen.

46 Der Vorschlag unserer Bundestagsfraktion eines multilateralen Fonds, aus dem Staaten,  
47 Gemeinden, Dorfgemeinschaften und alle anderen möglichst unbürokratisch zweckgebundene  
48 Mittel für Aufforstung abrufen können, war bereits ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.  
49 Wälder sind aber nicht nur große Gasspeicher. Viele besitzen eine einzigartige Vielfalt an Flora  
50 und Fauna, die auf die spezifischen Bedingungen in ihrer heimischen Forst Umwelt zum  
51 Überleben angewiesen sind. Hierdurch wird die Erhaltung und Aufforstung zu einem  
52 Selbstzweck, da die Reduzierung, Durchtrennung und nicht-nachhaltige Rodung des  
53 Lebensraums von Millionen von Lebewesen einen gravierenden Einfluss auf die  
54 Überlebenschancen dieser Arten hat. Auch hier müssen wir uns als einer der größten Abnehmer  
55 von Produkten, die aus der Zerstörung dieser natürlichen Biosphären entstehen, unserer  
56 Verantwortung bewusst werden. Zum Einen wäre auch hier die Bereitstellung von Mitteln, die  
57 durch die Lokalen Stakeholder abgerufen werden können, Abholzung zu mindern und  
58 Aufforstung möglich zu machen, ein wichtiges Ziel. Zum Anderen sollten wir gerade in diesem  
59 Bereich einen Schritt weiter gehen. Dies sollte in Form von Produkten geschehen, die aus den  
60 beschriebenen Praktiken entstehen. Des Weiteren sollten Möglichkeiten geschaffen werden, in  
61 letzter Instanz auch Restriktionen für den Vertrieb von Gütern zu schaffen, die in  
62 unverhältnismäßiger Weise zu nachhaltigen Reduzierung der Biodiversität beitragen.

63

64 Die in diesem Antrag beschriebenen Ziele sind in keinem Fall die ultimative Lösung aller Fragen  
65 im Bezug auf Klimaschutz und Artenvielfalt. Jedoch bilden sie einen Schritt in die richtige  
66 Richtung. Auch können diese Ziele in Verbindung mit einer gesteigerten sowie nachhaltigen  
67 Entwicklungszusammenarbeit (siehe Afrika-Antrag, 0,7%-Ziel) gestellt werden.

68 Es bedarf somit einer Internationalen Bewegung um diese Ziele zu realisieren, bei der die hier  
69 beschriebenen Maßnahmen einen Beitrag auf dem Weg dorthin leisten können.

## **Antrag zum 76. Landeskongress**

**Antrag 012**

**76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019**

Antragsteller: Jonas Max Rössel, Anton Marc Binnig

*Der Antrag wird im LAK Innen und Recht beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### **1 Deutschland Grand-Prix am Hockenheimring erhalten – 2 Ein Heimrennen für Mick Schumacher**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern den Erhalt des Großen Preises von  
4 Deutschland auf dem Hockenheimring. Um dies gewährleisten zu können, soll das Land  
5 Baden-Württemberg die gesamten Kosten übernehmen. Die Einnahmen werden grundsätzlich  
6 von der Hockenheim-Ring GmbH an das Land zurückgezahlt. Sollten die Einnahmen die Kosten  
7 übersteigen, dann darf der erwirtschaftete Gewinn an die Hockenheim-Ring GmbH  
8 ausgeschüttet werden.

9 Begründung: erfolgt mündlich

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 013

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Moritz Klammler

*Der Antrag wird an den nächsten Landeskongress verwiesen.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### **1 Junge Liberale Baden-Württemberg lehnen 2 Super-Polizei-Datenbanken wie die Antiterrordatei nach 3 wie vor ab**

4 Unbeschadet der diesbezüglich in Teilen ein Anderes nahelegenden Forderungen in dem Antrag  
5 "Extremismus jeder Couleur bekämpfen! – Klare Kante gegen Linksextremismus", beschlossen  
6 vom 75. Landeskongress in Schwäbisch Hall am 10.03.2019, halten die Jungen Liberalen  
7 Baden-Württemberg an ihrem Standpunkt fest, dass keine zentralen Datenbanken betrieben  
8 oder gar neu geschaffen werden sollen, in denen von verschiedenen Behörden unterschiedliche  
9 Informationen über eine Vielzahl an Bürgern zusammentragen und für ihre jeweiligen Tätigkeiten  
10 benutzt werden, ohne dass eine richterliche Kontrolle im Einzelfall stattfindet.

11 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg kritisieren existierende Negativbeispiele wie die  
12 Antiterrordatei, und fordern deren Umgestaltung oder Beseitigung; sie taugen nicht als Vorbild für  
13 neue Maßnahmen.

14 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg befürworten grundsätzlich ein produktives Arbeiten  
15 von Behörden und begrüßen technische Maßnahmen, um Abläufe effizienter und legitimen  
16 Datenaustausch sicherer zu gestalten. Es muss jedoch vermieden werden, dass sensible Daten  
17 von einer Behörde aufgrund ihrer weitreichenden Befugnisse auf einem bestimmten Gebiet  
18 erhoben und später von einer anderen Behörde zu einem anderen Zweck verwendet werden,  
19 welche die Daten hierfür nicht oder nicht in dieser Form hätte erheben dürfen. Insbesondere ist  
20 eine klare Trennung zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit sicherzustellen.  
21 Besondere Vorsicht ist darüber hinaus beim Datenaustausch zwischen deutschen und  
22 ausländischen Behörden geboten. Diese zwingenden Grundsätze sowie die nötige Transparenz  
23 und Nachvollziehbarkeit sind beim Führen einer zentralen Datenbank ohne Einzelfallprüfung  
24 nicht hinreichend gewahrt.

25 Ähnliche Erwägungen gelten entsprechend auch für den Datenaustausch zwischen Behörden  
26 und Privaten.

### **27 Begründung**

28 Auf dem letzten Landeskongress wurde kurz nach dem Beschluss des Leitantrags mit sinnvollen  
29 Ausführungen zur Frage, ob und wie Sicherheitsbehörden Daten untereinander austauschen  
30 dürfen, ein weiterer Antrag angenommen, der wie beiläufig die plumpe Forderung nach der  
31 Schaffung neuer höchst problematischer Super-Datenbanken enthält:

32 »Wir fordern eine europaweite Strategie zur Verfolgung und Bekämpfung linksextremistisch  
33 motivierter Straftaten. Insbesondere soll dafür eine europaweite Linksextremismus-Datei nach

34 *dem Vorbild von Antiterror- und Rechtsextremismus-Datei geschaffen werden, um Landes-,*  
35 *Bundes- und EU-Behörden Informationen zu gewaltbereiten Linksextremistinnen und*  
36 *-Extremisten bereitzustellen.«*

37 Entsprechende Änderungsanträge zur Streichung der fraglichen Passage wurden aufgrund von  
38 Verwirrungen in der zweiten Lesung nicht aufgerufen und der Antrag letztlich nach einer durch  
39 zahlreiche GO-Anträge stark verkürzten Debatte inklusive der zitierten Passage beschlossen.

40 Da bei widersprüchlichen Forderungen in Anträgen im Zweifel der jüngere Antrag Priorität  
41 gegenüber dem älteren hat, und der fragliche Antrag nach dem Leitantrag beschlossen wurde, ist  
42 es erforderlich, dieses Missverständnis klarzustellen, und damit nicht zuletzt auch den  
43 Landesvorstand in die Lage zu versetzen, die freiheitsfreundlichen Forderungen des Leitantrags  
44 vollumfänglich als Position der JuLis Baden-Württemberg vertreten zu können.

45 Niemand bei den JuLis Baden-Württemberg hat Verständnis oder gar Sympathie für linksextreme  
46 oder andere Gewalt- und Straftaten, aber das alleine kann und darf kein Grund sein, freiheitliche  
47 Überzeugungen pauschal in Frage zu stellen. Essentielle Bürgerrechte gelten auch und gerade  
48 für die erklärten Gegner einer Gesellschaft, wie wir JuLis Baden-Württemberg sie uns vorstellen.

49 Die Einführung der Antiterrordatei wurde im Bundestag 2006 aus gutem Grund "sogar" von den  
50 Freien Demokraten abgelehnt. Dass ihr Modell nicht allzu lange Zeit später als vermeintliches  
51 Vorbild für weitere Maßnahmen in einem JuLis-Antrag auftaucht, ist ein trauriges Beispiel dafür,  
52 wie schnell sich unsere Gesellschaft an Freiheitsbeschränkungen gewöhnt, und wie schwer es  
53 ist, Menschen nach einiger Zeit dafür zu sensibilisieren, für die Wiedererlangung ihrer Freiheit zu  
54 kämpfen, die ihnen zuvor genommen wurde.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 014

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Kreisverband Freiburg, Kreisverband Karlsruhe-Stadt, Kreisverband Heidelberg

*Der Antrag wird im LAK Innen und Recht beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 "Hol mir mal 'ne Flasche Bier!"

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass gemeinnützigen  
3 Organisationen ohne Gewinnerzielungsabsicht die Möglichkeit eingeräumt wird, auch ohne die  
4 Einholung einer Schanklizenz bei öffentlichen Einzelveranstaltungen alkoholische Getränke  
5 auszuschenken. Hierfür soll lediglich eine gebührenfreie und unbürokratische vorherige  
6 Anmeldung der Veranstaltung bei der entsprechenden kommunalen Behörde ausreichend sein.

7 Eine Begrenzung der Anzahl von Veranstaltungen, für welche die betreffenden Organisationen  
8 einen Ausschank anmelden dürfen, soll auf kommunaler Ebene auf jährlicher oder monatlicher  
9 Basis möglich sein. Die Verweigerung der Anmeldung soll lediglich aufgrund einer  
10 nachgewiesenen Nichteignung zum Alkoholausschank, etwa in Folge vergangener Verstöße von  
11 verantwortlichen Mitgliedern der Organisation gegen die bestehenden Bestimmungen des  
12 Gaststättengesetzes.

### 13 Begründung

14

15 Für viele gemeinnützige Organisationen sind besuchsoffene Veranstaltungen ein unabdingbares  
16 Mittel, um die eigene Arbeit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, neue Mitglieder und  
17 freiwillige Helfer zu akquirieren, oder um die finanzielle Tragfähigkeit der gemeinnützigen  
18 Tätigkeit zu sichern. Ob beim Tag der offenen Tür einer Behinderten-Einrichtung oder bei der  
19 Saison-Eröffnung eines Breitensport-Vereins, die direkte Interaktion der Organisationen mit der  
20 örtlichen Gemeinschaft ist für das nachhaltige Fortbestehen essentiell.

21 Eine Einschränkung, der diese Organisationen in den meisten Fällen unterliegen, ist die  
22 Unmöglichkeit, auf öffentlich zugänglichen und beworbenen Veranstaltungen alkoholische  
23 Getränke gegen Bezahlung an Gäste zu verkaufen. Hierfür ist laut dem Gaststättengesetz die  
24 Einholung einer "Schanklizenz" vonnöten. Für die überwiegende Mehrzahl gemeinnütziger  
25 Organisationen ist der Erwerb einer solchen Lizenz jedoch nicht realisierbar. Die damit  
26 verbundenen behördlichen Kosten sowie die vorausgesetzten und in regelmäßigen Abständen  
27 zu wiederholenden Hygieneschulungen sprengen in vielen Fällen den finanziellen Rahmen der  
28 Organisation. Auch die verlangten Standards, die sich auf die Lokalitäten und das Personal  
29 beziehen, sind in vielen Fällen für die betreffenden Organisationen prohibitiv.

30 Aus diesem Grund soll es für gemeinnützige Organisationen ohne Gewinnerzielungsabsicht  
31 möglich sein, unbürokratisch und kostenlos eine zeitlich und räumlich begrenzte  
32 Sondergenehmigung zu erhalten, um bei den betreffenden Veranstaltungen auch alkoholische  
33 Getränke ausschenken zu können. Diese Sondergenehmigung ist durch eine simple Anmeldung  
34 der Veranstaltung bei der zuständigen kommunalen Behörde einholbar. Die Sondergenehmigung

35 soll nur für die angemeldete Veranstaltung gültig, und auch nicht auf andere Veranstaltungen  
36 übertragbar sein.

37 Um einen Missbrauch dieser Regelung zu verhindern existieren für die Behörde eine Reihe von  
38 Möglichkeiten. So soll es möglich sein, auf kommunaler Ebene die mögliche Anzahl der  
39 Veranstaltungen, für die in einem bestimmten Zeitraum Sondergenehmigungen einholbar sind,  
40 zu begrenzen. Durch die vorherige Anmeldung der Veranstaltung ist auch eine Kontrolle der  
41 Veranstaltung und der Einhaltung der bestehenden Beschränkungen zum Alkoholausschank,  
42 etwa durch das Jugendschutzgesetz, im selben Rahmen wie bei einem regulären  
43 Gaststättenbetrieb möglich. Zudem soll Behörden die Möglichkeit eingeräumt werden, beim  
44 Vorliegen von persönlichen Umständen des Antragstellers, die bereits heute den Erwerb einer  
45 regulären Schanklizenz beschränken, die Sondergenehmigung nur unter Auflagen, etwa dem  
46 Ausschluss von Einzelpersonen am Alkoholausschank, zu erteilen.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 016

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: LAK Gesellschaft & Kultur, Bezirk Nordwürttemberg

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### **1 Aufklärung der Oma über Sinti und Roma - 2 Antiziganismus entschieden entgegentreten**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg verurteilen vehement jede Form von Antiziganismus  
4 und sehen dessen Bekämpfung als eine Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft an der Seite von  
5 Sinti und Roma. Die Bekämpfung von Antiziganismus und antiziganistischem Erbe stellt dabei  
6 die Grundlage bei der Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation von Sinti und Roma  
7 dar. Deutschland hat hierbei eine besondere historische Verantwortung gegenüber Sinti und  
8 Roma. Antiziganismus ist eine Form von Rassismus und sollte nicht wie oft als  
9 Fremdenfeindlichkeit bezeichnet werden.

10 Hierzu fordern wir, dass die bisherige Forschung ausgebaut wird und hierzu ein eigenständiger  
11 Lehrstuhl zur Geschichte der Sinti und Roma an einer Universität in Baden-Württemberg  
12 geschaffen wird. Hierbei ist ein enger Austausch mit den Verbänden  
13 essentiell. Forschungsprojekte zur kritischen Beleuchtung der Geschichte von Polizei und  
14 Behörden im Umgang mit Sinti und Roma halten wir für dringend notwendig.

15 Polizei und Behörden müssen auf allen Ebenen zu diesem Thema stärker sensibilisiert werden,  
16 um Diskriminierungen auszuschließen.

17 Wir fordern, dass die im Staatsvertrag angekündigte verstärkte Auseinandersetzung mit dem  
18 Thema Sinti und Roma, insbesondere der an ihnen verübte Völkermord, schnellstmöglich in den  
19 Lehrplänen umgesetzt wird. Vorurteile sollen durch einen fächerübergreifenden Einblick in die  
20 Kultur der Sinti und Roma abgebaut werden. Die Landesregierung soll hierfür bei den Verbänden  
21 anfragen, ob das Modell von "Rent a Jew" für Sinti und Roma übernommen werden  
22 soll. Lehrpersonal muss zu diesem Thema sensibilisiert werden und eingreifen, wenn es  
23 zu Diskriminierung kommt. Gehen Diskriminierungen von Lehrern aus, erwarten wir eine  
24 Null-Toleranz-Politik der Schulbehörden.

25 Zur Erinnerung an den Völkermord fordern wir von der Landesregierung die Förderung von  
26 mehr Gedenkstätten, die hieran erinnern. Projekte der Verbände und beispielsweise der  
27 Landeszentrale für politische Bildung halten wir für sehr förderungswürdig.

28 Den Pressekodex des deutschen Presserates halten wir für nicht weitreichend und würden uns  
29 eine Überarbeitung wünschen. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fordern wir einen  
30 reflektierten Umgang mit medialer Darstellung von Sinti und Roma.

31 Von der Europäischen Union erwarten wir ein stärkeres Engagement gegen Antiziganismus und  
32 fordern erstens die regelmäßige Überprüfung der Lage von Sinti und Roma in den einzelnen  
33 Mitgliedsstaaten und die volle Ausschöpfung von Sanktionierungsmöglichkeiten. Zweitens  
34 fordern wir eine europäische Antidiskriminierungsstelle für Antiziganismus.

- 35 Wir halten das Wort "Zigeuner" für eine Beleidigung in der Öffentlichkeit und fordern eine  
36 entsprechende Einordnung.
- 37 Bei politischen Entscheidungen, die Sinti und Roma betreffen, sollten diese im politischen  
38 Prozess stets einbezogen werden.
- 39 Als liberale Jugendorganisation ist es selbstverständlich unser Anspruch jedes Anzeichen von  
40 Antiziganismus im Keim zu ersticken. Selbiges fordern wir von der FDP. Dazu müssen auch die  
41 jeweiligen Ombudspersonen sensibilisiert werden.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 017

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Nikolai Ditzenbach, LAK Finanzen

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Bankbilanz aussagekräftig machen – §340f HGB streichen**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich dafür ein, dass die Bilanz von  
3 Kreditinstituten Transparenz und Aussagekraft besitzt. Da der §340f HGB diese  
4 unverhältnismäßig einschränkt und der grundlegende Zweck der Risikovorsorge ebenso auch  
5 transparent nach §340g HGB möglich ist, fordern wir die vollständige Streichung des §340f  
6 HGB.

7 Dieser Paragraph ist auch nicht Teil der IFRS, was zum einen eine  
8 Angleichung der nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards und  
9 zum anderen eine verbesserte Vergleichbarkeit der Banken zur Folge hätte.

10

#### 11 Begründung:

12 Der §340f HGB (Drucksache 11/6786 des Deutschen Bundestages) wurde ursprünglich mit der  
13 Zielsetzung eingeführt Vertrauen in die Kreditinstitute zu stärken und einen speziellen  
14 Branchenschutz aufgrund instabiler Ertragslage zu gewähren.

15 Dem ist entgegenzuhalten, dass Kreditinstitute diesen Zielen ebenso durch Verwendung einer  
16 offenen Risikovorsorge angemessen gerecht werden können. Eine Notwendigkeit aufgrund  
17 dieser Zielsetzung ist daher nicht gegeben.

18 Auch die Angst der Kreditinstitute vor Vertrauensverlust der  
19 Kunden mit resultierendem "Bankrun" ist spätestens mit der Einführung  
20 des Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) hinfällig. Der Effekt des §340f HGB zur  
21 Vermeidung eines Vertrauensverlusts ist sogar im Ganzen anzuzweifeln, da er in  
22 der Finanzkrise 2008 keine Wirkung zeigte. Der Nutzen des §340f HGB ist demnach  
23 in der Hinsicht nicht gegeben.

24

25 Die stille Risikovorsorge nach §340f HGB darf gebildet werden auf:

26 => Forderungen an Kreditinstitute und Kunden,  
27 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und  
28 andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die weder wie Anlagevermögen  
29 behandelt werden noch Teil des Handelsbestands sind.

30

31 Die Bildung der stillen Reserven wird auf 4% des Gesamtbetrages  
32 der nach §253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 HGB bewerteten Vermögensgegenstände  
33 begrenzt.

34 Die Anwendung ist möglich, soweit dies nach vernünftiger  
35 kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des  
36 Geschäftszweigs der Kreditinstitute notwendig ist.

37 Es bleibt jedoch offen, welche Risiken als "besondere Risiken des  
38 Geschäftszweigs der Kreditinstitute" gemeint sind.

39 Es wird in der Literatur davon ausgegangen, dass darunter das  
40 allgemeine branchenspezifische Risiko der Banken gemeint ist. Es handelt sich  
41 also nicht um konkrete Risiken einer Bank aus einzelnen Kredit- oder  
42 Wertpapiergeschäften. Somit stehen die stillen Vorsorgereserven in keiner  
43 direkten Beziehung zu den Risiken aus einzelnen Vermögenspositionen einer Bank.

44 Das führt dazu, dass es in der Praxis möglich ist beliebig die  
45 Bilanz in diesem Rahmen anzupassen ohne eine Angabe darüber in der Bilanz  
46 machen zu müssen. Die Bilanzaussagekraft wird dadurch massiv eingeschränkt.

47

48 Alle Aufwendungen und Erträge sind nach dem Bruttoprinzip  
49 unsaldiert auszuweisen. Eine Ausnahme vom Bruttoprinzip bietet aber der §340f  
50 Abs. 3 HGB. Danach haben die Kreditinstitute eine Möglichkeit, Aufwendungen und  
51 Erträge aus Bewertungsmaßnahmen im Kreditgeschäft mit entsprechenden Aufwendungen  
52 und Erträgen aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve zu verrechnen. Somit wird  
53 nur das Nettoergebnis in der GuV ausgewiesen. §340f Abs. 3 HGB ermöglicht  
54 konkret die stille Bildung und stille Auflösung dieser Reserven, indem eine  
55 Kompensation bestimmter Aufwendungen und Erträge aus dem Forderungs- und  
56 Wertpapierbereich gestattet wird.

57

58 Diese vom Gesetzgeber zugelassene Überkreuzkompensation besitzt  
59 letztlich den Effekt, dass die Bildung und Auflösung von Vorsorgereserven nicht  
60 direkt ermittelt werden kann. Dem Bilanzleser ist es also nicht möglich zu  
61 erkennen, wie sich der veröffentlichte Saldo, der sich nach §32 RechKredV  
62 entweder in der Position 13 oder 14 der GuV (Staffelform) oder in der Position  
63 6 oder 7 (Kontoform) befinden muss, aus Aufwendungen und Erträgen  
64 zusammensetzt. Welchen Anteil an dem Saldo die Kredit- und die  
65 Wertpapiergeschäfte der Liquiditätsreserve besitzen und inwieweit der Saldo aus  
66 realisierten und aus unrealisierten Erfolgsbeiträgen besteht, ist also auch  
67 nicht ersichtlich. Durch die Überkreuzkompensation kann so sogar der Erfolg  
68 einzelner Geschäftszweige verfälscht werden.

69

70 Diese Durchbrechung des Bruttoprinzips führt also zu  
71 Einschränkungen hinsichtlich des Informationsgehalts der GuV und erschwert die  
72 Bilanzanalyse, da nach §340f Abs. 4 HGB die Angaben über die Bildung und  
73 Auflösung von Vorsorgereserven sowie über vorgenommene Verrechnungen weder im  
74 Jahresabschluss noch im Lagebericht gemacht werden.

75 Der einzig feststellbare Zweck des §340f HGB ist somit  
76 Bilanzpolitik auf Kosten der Transparenz zu betreiben. Die Aussagekraft der  
77 Bilanz wird somit stark eingeschränkt.

78

79 Da die Bildung und Auflösung der stillen Reserven an keine  
80 bestimmten Methoden gebunden sind, findet das Stetigkeitsgebot nach §252 Abs. 1

81 Nr. 6 HGB keine Anwendung. Gleichmaßen wird das Wertaufholungsgebot des §280  
82 HGB in Bezug auf die Abschreibungen des §340f Abs. 1 Satz 1 HGB nicht  
83 angewendet.

84 Steuerrechtlich ist die Risikovorsorge nicht möglich. Vorteile in  
85 finanzieller Hinsicht durch Steuerersparnis sind also nicht gegeben durch die  
86 Risikovorsorge (§340f wie 340g HGB nicht gegeben).

87 Die allgemeine Entwicklung der Bilanzierung bewegt sich in  
88 Deutschland immer stärker in Richtung der internationalen Rechnungslegung  
89 IAS/IFRS. Nach diesen ist eine derartige stille Risikovorsorge nicht gestattet.

90 Da die Konzernrechnungslegung in Deutschland bereits verpflichtend  
91 nach IAS/IFRS erfolgen muss, betrifft §340f HGB Konzerne schon nicht mehr. Die  
92 offene Risikovorsorge nach §340g HGB ist hingegen in IAS/IFRS vergleichbar  
93 möglich.

94

95 Besonders kritisch zu betrachten ist §340f HGB auch mit Blick auf  
96 den deutschen Bankensektor. Der Großteil der Kreditinstitute in Deutschland  
97 sind Genossenschaftsbanken (bspw. Volksbanken) und öffentlich-rechtliche Banken  
98 (bspw. Landesbanken, Sparkassen). Die Mitglieder der Genossenschaft bzw. der  
99 Verwaltungsrat als direktes Aufsichtsorgan der Teilhaber werden so durch die  
100 stille Risikovorsorge gezielt getäuscht, da ihnen andere Geschäftsverläufe  
101 durch die Bilanz suggeriert werden können, als real erwirkt wurden. Das direkte  
102 Aufsichtsgremium entscheidet demnach auf Grundlage eines anderen  
103 Informationsstandes über die Leitung der Kreditinstitute. Besonders kritisch  
104 ist dies nicht nur, weil den Mitgliedern dieser Organe der Zugang zu der  
105 Information über die Höhe verwehrt wird, sondern auch, weil diese meistens  
106 nicht einmal von der Existenz des §340f HGB wissen.

107

108

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 018

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Fritz Hauser, LAK Finanzen

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Fördern wir die jungen Warren Buffetts**

2

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich für einen innovativen Finanzstandort ein,  
4 welcher eine verhältnismäßige Regulierung sicherstellt sowie den Marktzugang von Anlegern  
5 und Anbietern nicht unnötig begrenzt.

6 Wir fordern daher die folgenden Gesetzesänderungen (Einfügungen/Änderungen in **[fett]**):

7 Kreditwesengesetz (KWG) § 1 Abs. 1a Nr. 11 und § 2 Abs. 6 Nr. 21 (neu):

- 8
- 9 • die Anschaffung und die Veräußerung von Finanzinstrumenten außerhalb der Verwaltung  
10 eines Investmentvermögens im Sinne des § 1 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs für  
11 eine Gemeinschaft von **[mindestens 50]** Anlegern, die natürliche Personen sind, mit  
12 Entscheidungsspielraum bei der Auswahl der Finanzinstrumente, sofern dies ein  
13 Schwerpunkt des angebotenen Produktes ist und zu dem Zweck erfolgt, dass diese  
14 Anleger an der Wertentwicklung der erworbenen Finanzinstrumente teilnehmen  
15 (Anlageverwaltung)
  - 16 • **[Unternehmen, die zwar den Tatbestand der Anlageverwaltung erfüllen aber bei**  
17 **denen der Preis jedes angebotenen Anteils mindestens 100 000 Euro je Anleger**  
**beträgt]**

18 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) § 1 Abs. 1 und § Nr. 33 a) aa):

- 19
- 20 • Investmentvermögen ist jeder Organismus für gemeinsame Anlagen, der von einer  
21 Anzahl von Anlegern Kapital einsammelt, um es gemäß einer festgelegten  
22 Anlagestrategie zum Nutzen dieser Anleger zu investieren und der kein operativ tätiges  
23 Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ist. Eine Anzahl von Anlegern im Sinne des  
24 Satzes 1 ist gegeben, wenn die Anlagebedingungen, die Satzung oder der  
25 Gesellschaftsvertrag des Organismus für gemeinsame Anlagen die Anzahl möglicher  
26 Anleger nicht auf **[50]** Anleger begrenzen. (vorher: einen)
  - 27 • Semiprofessioneller Anleger ist jeder Anleger ... der sich verpflichtet, mindestens **[100**  
**000]** Euro zu investieren (vorher: 200 000)

28 Vermögensanlagegesetzbuch (VermAnlgG) § 2 Abs. 1 Nr. 3 a) und c):

- 29
- 30 • von derselben Vermögensanlage im Sinne von § 1 Absatz 2 nicht mehr als **[50]** Anteile  
angeboten werden, (vorher: 20)
  - 31 • der Preis jedes angebotenen Anteils einer Vermögensanlage im Sinne von § 1 Absatz 2

32            mindestens **[100 000]** Euro je Anleger beträgt, (vorher: 200 000)

33 Mögliche andere durch diese Änderungen betroffenen Gesetze sind entsprechend der Intention  
34 dieses Antrags anzupassen.

35 Begründung:

36 Durch das Inkrafttreten des Kapitalanlagegesetzbuchs in 2013 und des  
37 Kleinanlegerschutzgesetzes kurze Zeit später wurde die Finanzbranche in Deutschland  
38 umfassend reformiert. Mit dieser Reform haben sich die Regulierungsvorgaben und damit  
39 einhergehend die Compliance-Kosten für Unternehmen im Finanzbereich drastisch erhöht. Auch  
40 wurde in Deutschland die rechtliche Grenze des Anlagebetrags zwischen einem Privat- und  
41 (semi-)professionellen Anleger auf 200 000 Euro festgelegt – ein Wert, der über die europäische  
42 Vorgabe von 100 000 Euro hinaus geht und damit unnötigerweise in die Mündigkeit der Bürger  
43 eingreift.

44 Diese Situation hat dazu geführt, dass Startups teilweise vom Markt verdrängt wurden und sich  
45 neue Geschäftsmodelle nicht etablieren können – die Eintrittsbarriere hat sich schlicht erhöht.  
46 Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen versuchen diese Barriere wieder zu senken, und  
47 zwar beidseitig: Sowohl für Unternehmen, die bis zu einer Anzahl von 50 Anlegern entlastet  
48 bleiben, aber auch für Anleger, die bereits ab einer Mindestanlage von 100 000 Euro Zugang zu  
49 innovativen Anlagemodellen bekämen. Durch den erleichterten Marktzugang sollte sich folglich  
50 dann auch der Wettbewerbsdruck auf etablierte Anbieter erhöhen, was idealerweise eine  
51 attraktivere Gebührenstruktur zur Folge hätte.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 019

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Fritz Hauser, LAK Finanzen

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Hände weg von meinen ETFs!

2 Der wachsende Einfluss von passiven Indexfonds wie BlackRock und Vanguard durch ihre  
3 nachweislich steigenden Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen weltweit erhält  
4 zunehmend mediale Aufmerksamkeit und wissenschaftliches Forschungsinteresse. Dabei gehen  
5 die Meinungen auseinander: Konsumenten haben bislang vom Zulauf und Ausbau passiver  
6 Anlageprodukte profitiert, auch trägt die Entwicklung möglicherweise zur Entschärfung des  
7 geläufigen Principal-Agent Dilemmas bei. Durch eine Konzentration der Stimmrechte könnte sich  
8 aber auch die Wettbewerbsintensität in einzelnen Industrien reduzieren. Auch ist die in diesem  
9 Zusammenhang stetig wachsende Rolle von Stimmrechtsberatern (sog. Proxy Advisors) wie  
10 beispielsweise ISS und Glass Lewis unklar. Ob die Netto-Auswirkung nun positiv oder negativ  
11 ausfällt, ist infolgedessen nur schwer abzuschätzen und aktuell noch nicht abschließend geklärt.

12 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg sprechen sich daher gegen eine Beschränkung von  
13 passiven Indexfonds aus. Stattdessen sollten vorerst die Marktentwicklung und  
14 Forschungsergebnisse abgewartet und beobachtet werden. Falls sich die Sachlage konkretisiert  
15 und zur Sicherstellung eines freien Wettbewerbs sich eine Handlungsnotwendigkeit ergibt, sind  
16 weitere Maßnahmen zu beschließen.

17 Begründung: erfolgt mündlich.

18 Quellen:

19 FT Brooke Fox (4/2019) - Asset managers fight to prevent limits on company ownership:

20 <https://www.ft.com/content/af19e6ca-2f02-11e9-ba00-0251022932c8>

21 John C. Coates, IV (9/2018) - The Future of Corporate Governance Part I: The Problem of  
22 Twelve:

23 [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3247337](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3247337)

24 DIRK (11/2014) - Stimmrechte auf der Hauptversammlung: Empfehlungen zur Zusammenarbeit  
25 mit Proxy Advisor:

26 [https://www.dirk.org/dirk\\_webseite/static/uploads/IR%20Guide%20Proxy%20Advisor\\_FINAL.pdf](https://www.dirk.org/dirk_webseite/static/uploads/IR%20Guide%20Proxy%20Advisor_FINAL.pdf)

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 022

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: KV Heidelberg, Hieronymus Eichengrün

*Der Antrag wird im LAK Finanzen beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Geldpolitik - Wirklich eine Angelegenheit für Profis**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg zeigen sich aufgrund der zunehmenden  
3 Infragestellung der politischen Unabhängigkeit der EZB im politischen und öffentlichen Diskurs  
4 besorgt. Wir fordern daher die Mandatsträger der Freien Demokraten in Bundestag und  
5 Landtagen dazu auf geldpolitische Entscheidungen der EZB nicht mehr wertend zu  
6 kommentieren, zu kritisieren oder Änderungen der Geldpolitik zu fordern. Das Prinzip der  
7 Unabhängigkeit der Zentralbank gebietet hier größtmögliche Zurückhaltung.

8 Darüber hinaus sehen wir die zunehmende Politisierung der Position des EZB-Präsidenten  
9 kritisch. Die Entwicklung, dass das Amt des EZB-Präsidenten mittlerweile in die  
10 zwischenstaatlichen Verhandlungen um hohe EU-Ämter miteinbezogen wird, bereitet uns  
11 Sorgen. Wir fordern das Amt grundsätzlich nur aufgrund fachlicher Kompetenz, und nicht  
12 aufgrund von Nationalität oder politischen Kalküls, zu vergeben.

13 An die Spitze der EZB gehört ein Ökonom und kein Politiker.

14

15

16 Begründung erfolgt mündlich

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 023

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Nikolai Ditzenbach

*Der Antrag wird im LAK Handwerk und Wirtschaft beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### **Werte sind nicht nur Mathematik - Wirtschaftsethik als Grundlage liberaler Politik**

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich für eine stärkere Fokussierung auf ethische Aspekte ein.

Hierzu gilt es die Wirtschaftsethik als wichtigen Baustein liberaler Wirtschaftspolitik zu unterstreichen.

In der Öffentlichkeit gilt es die Bedeutung von Verantwortung als notwendige Voraussetzung jeden Handelns hervorzuheben.

Das schließt auch die Bereitschaft ein, für das eigene Handeln zu haften.

Der Stellenwert des Menschen als Selbstzweck ist als absoluter Wert Grundlage des gesellschaftlichen Bewusstseins.

Arbeitsformen und Beschäftigungsmodelle sind danach auszurichten, und die arbeitsrechtliche Praxis ist dementsprechend anzupassen.

Unternehmen sollen Vergütungssysteme realisieren, die eine von staatlichen Transferleistungen unabhängige

und damit auf freiheitlicher Selbstbestimmung beruhende Lebensführung ermöglichen.

Primäre Motivation des ökonomischen Handelns soll nicht das Verdienen, sondern das ausgewogene Verhältnis von Dienen und Verdienen sein.

Daraus ergeben sich positive Effekte auf die Höhe des Einkommens und den gegenseitigen Umgang der Menschen als Wirtschaftssubjekte.

Initiierung, Begleitung und Förderung von Unternehmen, um eine Unternehmenskultur nach ethischen Maßstäben zu begründen, sind ebenfalls Aufgabe liberaler Politik.

Dies geschieht durch die Implementierung von Ethikleitlinien, worin die Unternehmenswerte definiert werden.

Diese Leitlinien sind durch Bildungsmaßnahmen allen am Unternehmen beteiligten zu vermitteln.

Dabei ist sicherzustellen, dass die Leitlinien stets deren Handeln bestimmen.

Bei Rechtsstreitigkeiten können die Leitlinien als Beurteilungsmaßstab für das Handeln, der für

30 das Unternehmen verantwortlichen herangezogen werden.

31

32 Eine liberale Wirtschaftspolitik nach diesen Prämissen sensibilisiert und bestärkt alle am  
33 ökonomischen Prozess teilnehmenden Personen und Institutionen darin,

34 ihr Handeln nach ethischen Maßstäben auszurichten und fördert Gerechtigkeit, Vertrauen und  
35 gesellschaftlichen Zusammenhalt.

36

37 Begründung:

38

39 Eine liberale Wirtschaftspolitik setzt auf

40 Eigeninitiative und Verantwortung. Dementsprechend

41 ist das Handeln der am ökonomischen

42 Prozess beteiligten Menschen und

43 Institutionen:

44 Die Akteure überblicken die Folgen ihres

45 Handelns und richten ihre ökonomischen

46 Aktivitäten danach aus.

47 Im wirtschaftlichen Handeln ist die Verantwortung

48 gegenüber Geschäftspartnern,

49 Mitarbeitern und der Gesellschaft

50 stets ein zentrales, das Handeln bestimmendes

51 Element.

52 Staatliche Regulierungen durch Rechtsgesetze

53 sind nur zur Koordinierung ökonomischen

54 Handelns erforderlich und

55 sinnvoll.

56 Diese drei Punkte beschreiben einen Idealzustand,

57 auf den eine Ethik der Ökonomie

58 hinführen soll.

59 Die alltägliche Praxis der

60 Ökonomie ist von diesem Idealzustand jedoch

61 weit entfernt, worauf wiederkehrende

62 Wirtschaftsskandale in qualitativer und

63 quantitativer Weise hindeuten. Die Folge

64 ist ein Schwinden des Vertrauens der Öffentlichkeit

65 in eine in moralischer Hinsicht

66 funktionsfähige Wirtschaftsordnung.

67 Dieser Vertrauensverlust in das Bestehen einer  
68 fairen Ökonomie führt schleichend zu einer Veränderung  
69 des gesellschaftlichen Wertekanons.  
70 Dies zeigt sich etwa darin, dass unmoralische  
71 und rechtswidrige Praktiken als legitim angesehen  
72 werden, um einen wirtschaftlichen Erfolg zu  
73 erreichen. Die Handlungsmaxime, wonach der  
74 Zweck jedes Mittel heiligt, belegt die Krise einer  
75 wertebezogenen Geisteshaltung in der Gesellschaft.  
76 Seit einiger Zeit lässt sich jedoch eine Trendwende  
77 erkennen, die Hoffnung macht. Dies  
78 zeigt sich in Medienbeiträgen, worin sozial- und  
79 umweltschädliches Wirtschaftshandeln als solches  
80 benannt und angeprangert wird. Bankenkrise,  
81 Abgasskandal und Arbeitsbedingungen in  
82 der Textilindustrie in armen Staaten sind die besonders  
83 herausragenden Beispiele in der neuesten  
84 Wirtschaftsgeschichte.  
85 Die Zukunftsfähigkeit der deutschen  
86 Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfordert  
87 daher eine Umorientierung. Dies kann jedoch  
88 nicht primär durch staatliche Gesetze herbeigeführt  
89 werden, sondern durch Einsicht,  
90 die dem freien Denken entspringt und dadurch  
91 Nachhaltigkeit begründet.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 024

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Moritz Otto, LAK Finanzen

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Für eine liberale Strompreispolitik

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau. Darüber hinaus setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, die Stromsteuer vollständig abzuschaffen. Zudem fordern wir die konsequente Vollendung des für einen fairen Energiewettbewerb nötigen deutschen und europäischen Netzausbaus.

Begründung:

Das Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist in seiner ursprünglichen Fassung im Jahr 2000 in Kraft getreten und hatte die nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zum Ziel. Gleichzeitig sollten fossile Energiereserven nicht unnötig weiter beansprucht und Technologien zur Förderung regenerativer Energien gefördert werden. Dies sollte dadurch erreicht werden, dass Netzbetreiber dazu gezwungen werden, Strom aus regenerativen Energien abzunehmen und die Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen mit dem börslichen Strompreis vergütet werden. Die Differenz zwischen der festgelegten Vergütung der Erzeuger und dem an der Börse erzielten Strompreis ist nach dem EEG als sogenannte EEG-Umlage von den Verbrauchern zu zahlen. Dadurch werden de facto staatlicherseits die im EEG festgelegten Formen der Energieerzeugung subventioniert. Dies führt nicht nur zu einer Durchbrechung der im EU-Emissionshandel (ETS) angestrebten Sektorkopplung, sondern bringt auch wirtschaftliche Fehlanreize mit sich. So sind in den letzten Jahren durch den noch ungenügenden Netzausbau Fehlallokationen der Stromerzeugung entstanden, die Konsequenzen des EEG sind. Wir fordern daher die vollständige Abschaffung des EEG. Zugleich bekennen wir uns zu den im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegten Reduktionszielen und setzen uns dafür ein, diese durch den ETS zu erreichen. Dazu wird auch die Einbindung der Sektoren Wärme und Verkehr beitragen. Nur wenn marktwirtschaftlicher Wettbewerb um die klimaschonendste Form der Stromerzeugung entsteht, sind effizienter und nachhaltiger Klimaschutz und ein bezahlbarer Strompreis dauerhaft zu gewährleisten. Um die oben aufgezeigte Fehlallokation der Stromerzeugung zu durchbrechen und die Wirksamkeit des ETS überhaupt zu ermöglichen, ist zudem ein konsequenter und zielgerichteter Netzausbau nötig, der Versorgungssicherheit gewährleistet. Zugleich müssen die zur Erneuerung und Instandhaltung nötigen Investitionen in das Stromnetz getätigt werden.

Zudem fordern wir die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau. Diese ist im Jahr 1999 zur Reduzierung des allgemeinen Stromverbrauchs und daraus resultierenden Energieeinsparungen eingeführt worden. Zugleich sollte damals die Rentenkasse durch Einnahmen aus der Stromsteuer entlastet werden. Dabei hat sich die Stromsteuer nicht als geeignetes Steuerungselement erwiesen, sodass beide Ziele verfehlt wurden. Vielmehr ist die hohe Stromsteuer in Deutschland dafür mitverantwortlich, dass unsere Strompreise mit an der europäischen Spitze liegen. Dies führt zu einer enormen Verteuerung des Stromes als ein Gut

- <sup>37</sup> der Grundversorgung und damit zu einer finanziellen Belastung der Endverbraucher und bewirkt  
<sup>38</sup> außerdem einen Standortnachteil für Handwerk und Industrie in Deutschland.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 025

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Fares Kallaji

*Der Antrag wird im LAK Finanzen beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **MwSt senken und vereinfachen - Sozialausgaben kürzen –** 2 **Leistungsbilanz ausgleichen**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern eine Senkung der Mehrwertsteuer (MwSt) auf  
4 einen geringen einstelligen Prozentsatz, die Pauschalisierung dieses Steuersatzes auf alle  
5 Produkt- und Dienstleistungskategorien, wie auch die Abschaffung sämtlicher Ausnahmeregeln.

6 Die Gegenfinanzierung dieser Steuersenkung soll teils durch eine Kürzung von Sozialleistungen  
7 erfolgen und teils durch die Ausgleichen der Leistungsbilanz.

#### 8 **Grund #1: Ein uneinheitlicher Steuersatz ist ein sinnloser Eingriff in die Freiheit der** 9 **Verbraucher**

10 In der politischen Debatte wird oft suggeriert, dass unterschiedliche Steuersätze notwendig  
11 wären um Geringverdiener zu entlasten. Diese Darstellung ist beim näheren Betrachten falsch.  
12 Betrachten wir folgendes Beispiel:

13 Der Verbraucher Hinz will das Produkt A kaufen, dass zu dem vergünstigten Steuersatz von 7%  
14 besteuert wird. Ein anderer Verbraucher, nennen wir ihn Kunz, will das Produkt B kaufen, dass  
15 zu dem Regelsteuersatz von 19% besteuert wird. Der Kunz stellt fest, dass B für ihn zu teuer ist  
16 und entscheidet sich stattdessen das Produkt A zu erwerben. Würde der vergünstigte Steuersatz  
17 von 7% auch für B gelten, so hätte er doch B gekauft statt A.

18 Wie hoch ist nun die steuerliche Belastung für Hinz und Kunz? Der Hinz wollte A und hat A  
19 gekauft. Damit liegt seine steuerliche Belastung bei 7%. Der Kunz wollte B kaufen, hat sich aber  
20 wegen der MwSt für ein Kauf von A entschieden. Die finanzielle Belastung des Kunz ist nun 7%,  
21 aber der Eingriff in die Freiheit des B muss ebenfalls eine Berücksichtigung finden. Deswegen  
22 muss eine kalkulatorische Belastung i.H.v. von 12% berechnet werden. Dies ist die Differenz  
23 zwischen dem Regel- und dem vergünstigten Steuersatz. Damit akkumuliert sich die steuerliche  
24 Belastung des Kunz auf 19%. Die finanzielle Belastung berücksichtigt den Einkommenseffekt der  
25 MwSt auf die Kaufkraft der Verbraucher. Dagegen berücksichtigt die kalkulatorische Belastung  
26 den Substitutionseffekt der Verbraucher. Hierbei werden Verbraucher in ihrer Freiheit beschnitten  
27 und genötigt Produkte zu kaufen die für sie einen geringeren Nutzen haben.

28 Daraus folgt, dass diese Praxis von uneinheitlichen Steuersätzen und Ausnahmen eine reine  
29 Mogelpackung ist. Stattdessen soll ein einheitlicher geringer Mehrwertsteuersatz zur Anwendung  
30 kommen

#### 31 **Grund #2: Die MwSt belastet Gering- und Mittelverdiener überproportional**

32 Menschen mit einem geringen oder mittleren Einkommen haben eine hohe Konsumquote  
33 (Engelsches Gesetz). Weil die MwSt eine Konsumsteuer ist, führt dies zu einer hohen  
34 Steuerbelastung vieler Menschen. Das bedeutet, die MwSt ist eine regressive Steuer. Je

35 geringer das Einkommen, desto höher die Steuerlast.

36 **Grund #3: Sozialleistungen werden oft durch die MwSt finanziert (Link Tasche, rechte**  
37 **Tasche)**

38 Stellt man die Steuereinnahmen den Staatsausgaben gegenüber, so kommt ein bizarres Bild  
39 zum Vorschein. Die MwSt ist die größte Steuerquelle (Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer  
40 ergaben zusammen im Jahr 2018 ca. 235 Mrd. Euro), während Sozialleistungen (und andere  
41 Transfers) eine der größten Bilanzposten im öffentlichen Gesamthaushalt darstellen. Nehmen wir  
42 ein Beispiel: Aus der Ausgaben- und Einnahmenstatistik des öffentlichen Gesamthaushaltes ist  
43 zu entnehmen, dass für "Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche  
44 Personen" insgesamt 458 Mrd. Euro im Jahr 2018 ausgezahlt wurden. Davon stammten 358  
45 Mrd. Euro aus den Sozialkassen, der Fehlbetrag i.H.v 100 Mrd. Euro wurde durch Bundes-,  
46 Länder- und Gemeindeeinnahmen finanziert. Für "soziale und ähnliche Einrichtungen" zahlten  
47 die Steuerzahler 32 Mrd. Euro. Für die Sozialtransfers ins Ausland wurden weitere 33 Mrd. Euro  
48 den Steuerzahlern in Rechnung gestellt. Das Fazit: Geringverdiener finanzieren durch die MwSt  
49 einen Großteil, insgesamt 165 Mrd. Euro, der eigenen staatlichen Zuschüsse, wie auch die  
50 Entwicklungshilfe ins Ausland. Diese Politik der rechten und linken Tasche muss ein Ende  
51 finden.

52 **Grund #4: Sozialleistungen sind ineffektiv, ineffizient, bürokratisch und oft auch**  
53 **unmenschlich**

54 Sozialleistung sind ineffizient den sie mindern den Anreiz zur Arbeit, Innovation und zur  
55 Aufnahmebereitschaft von Risiken. Sozialleistung sind ineffektiv den sie kommen nicht dort an  
56 wo sie am meisten gebraucht werden (Gießkannenprinzip). Sozialleistung sind bürokratisch weil  
57 die Sozialbürokratie zusätzliche Kosten erzeugt. Sozialleistungen sind unmenschlich weil der  
58 Sozialstaat die Menschen wie Kleinkinder behandelt, und ihnen die eigene Autonomie  
59 abschreibt.

60 **Grund #5: Die MwSt verzerrt die alloкатive Effizienz der freien Gütermärkte**

61 Unabhängig vom Grund #4, treibt jede Umsatz- und Konsumsteuer einen Keil zwischen der  
62 Nachfrage und dem Angebot von Gütern. D.H. das Privat- und Unternehmenskunden dazu  
63 tendieren fremde MwSt-pflichtige Leistungen durch eigene MwSt-befreite Leistungen zu  
64 ersetzen, auch wenn die eigenen Leistungen zu höheren Herstellungskosten erzeugt werden  
65 müssen. Daraus folgt ein Gesamtschaden für die ganze Volkswirtschaft.

66 Betrachten wir folgendes Beispiel: Ein Maurer verdient 25 Euro die Stunde und muss demnächst  
67 seine Steuererklärung abgeben. Würde er seine Steuererklärung selber einreichen, so würde ihn  
68 dies 9 Arbeitsstunden kosten und damit würde dem Maurer 225 Euro an Arbeitslohn entgehen.  
69 Ein Steuerberater würde für diese Steuererklärung 2 Stunden benötigen und 100 Euro je Stunde  
70 verlangen. Dementsprechend überlässt der Maurer die Steuererklärung dem Steuerberater und  
71 spart 25 Euro ein. Aber wenn eine MwSt i.H.v. 19% auf die Leistung des Steuerberaters zu  
72 entrichten ist, dann steigt die Nettoentgelte für die Steuerberatung auf 238 EUR. Damit würde  
73 der Maurer 13 Euro mehr zahlen im Vergleich zu der Eigenleistung, die nur 225 EUR kostet. Der  
74 Maurer entscheidet sich wegen der MwSt für die Substitution der effizienten Fremdleistung des  
75 Steuerberaters durch seine ineffiziente Eigenleistung.

76 **Grund #6: Eine MwSt-senkung würde den deutschen Binnenmarkt stärken**

77 Eine MwSt-senkung würde die Kaufkraft der deutschen Verbraucher stärken und damit die  
78 Nachfrage nach inländischen, wie auch nach ausländischen Gütern erhöhen. Daraus resultiert  
79 eine Senkung des Leistungsbilanzüberschusses. Insbesondere, in Zeiten des Brexits und  
80 Handelskriegen wäre es strategisch und ökonomisch sinnvoll die deutsche Binnenwirtschaft zu  
81 stärken und die Abhängigkeit von der volatilen Exportnachfrage zu begrenzen. Die  
82 Exportnachfrage erweist sich ebenfalls als fragil und nicht nachhaltig, da ausländische

83 Volkswirtschaften vermehrt auf Pump konsumieren und Deutschland diesen ausländischen  
84 Konsum durch den Leistungsbilanzüberschuss, zu lasten der deutschen Verbraucher und  
85 Sparer, mitfinanziert.

86 Aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie auch aus volkswirtschaftlichen  
87 Überlegungen, folgt, dass die Salden der öffentlichen und privaten Haushalte sich mit dem  
88 Leistungsbilanzsaldo ausgleichen müssen. Durch die Gesamtersparnis der deutschen  
89 Volkswirtschaft entsteht ein Kapitalexport in das Ausland. Es wäre sinnvoll diesen Kapitalexport  
90 zu stoppen um die eigenen Steuerzahler im Inland zu entlasten. Dies würde natürlich eine  
91 interne Verschuldung des öffentlichen Haushaltes gegenüber den Inländern bedeuten. So lange  
92 diese interne Verschuldung zu 100% genutzt wird einerseits um das Leistungsbilanzsaldo zu  
93 minimieren und andererseits um Steuern und insbesondere indirekte Steuern, wie die MwSt zu  
94 senken, sollte dies unbedenklich sein. Die Alternative dazu ist der heutige Status Quo, nämlich  
95 eine jährliche Kreditgewährung an hochverschuldete ausländische Schuldner, darunter auch  
96 viele ausländische Staaten. Im Falle einer neuen internationalen Staatsschuldenkrise droht ein  
97 beachtlicher Verlust von deutschen Auslandsvermögen.

#### 98 **Grund #7: Eine MwSt-senkung erhöht die finanziellen Spielräume der Bürger**

99 Eine Senkung der MwSt muss nicht zwangsläufig zu mehr Konsum führen, auch wenn dies  
100 vermutlich nahe liegend ist. Denn durch weniger Steuern haben die Bürger auch mehr Geld um  
101 zu investieren bzw. um in eine private Altersvorsorge ihrer Wahl zu investieren.

#### 102 **Grund #8: MwSt-betrug kostet den europäischen Fiskus 50 Mrd. Euro jedes Jahr!**

103 Laut der EU-Kommission landen wegen der MwSt jedes Jahr unglaubliche Beträge aus den  
104 europäischen Steuerkassen in den Taschen der organisierten Kriminalität. Es wird auch  
105 vermutet, dass die erschlichenen Steuergelder auch zu Terrorismusfinanzierung missbraucht  
106 werden. Hier ist ein Video von der EU-Kommission, dass dieses Problem erklärt. Je höher der  
107 MwSt-steuersatz desto höher das Betrugspotenzial.

108 [https://www.youtube.com/watch?v=E8q\\_6bOjgfw](https://www.youtube.com/watch?v=E8q_6bOjgfw)

#### 109 **Quellen:**

110 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Steuereinnahmen/Tabellen/steuerhaushalt-ka-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Steuereinnahmen/Tabellen/steuerhaushalt-kassenmaessige-steuereinnahmen-vor-steuerverteilung.html)  
111 [ssenmaessige-steuereinnahmen-vor-steuerverteilung.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Steuereinnahmen/Tabellen/steuerhaushalt-kassenmaessige-steuereinnahmen-vor-steuerverteilung.html)

112 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsp-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-einnahmen-ausgaben1991-xls.html)  
113 [rodukt/Tabellen/inlandsprodukt-einnahmen-ausgaben1991-xls.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-einnahmen-ausgaben1991-xls.html)

114 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsp-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/vermoegensrechnung-einkommensverteilung.html)  
115 [rodukt/Tabellen/vermoegensrechnung-einkommensverteilung.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/vermoegensrechnung-einkommensverteilung.html)

116 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsp-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-verwendung-bip.html)  
117 [rodukt/Tabellen/inlandsprodukt-verwendung-bip.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/inlandsprodukt-verwendung-bip.html)

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 026

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: KV Heidelberg

*Der Antrag wird im LAK Gesellschaft und Kultur beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Für ein freies Geschäft – Unisextoiletten ermöglichen**

2 Option 1:

3 Die Jungen Liberalen fordern, dass bei öffentlichen Neubauten neben den  
4 geschlechterspezifischen Toiletten noch zusätzlich Unisextoiletten bereitgestellt werden sollen.

5 Option 2:

6 Die Jungen Liberalen fordern, dass bei öffentlichen Neubauten anstelle der  
7 geschlechterspezifischen Toiletten Unisextoiletten bereitgestellt werden.

8 \_\_\_\_\_

9 Darüberhinaus fordern wir, die Gesetzeslage dahingehend anzupassen, dass Gäste- und  
10 Kundentoiletten nicht geschlechterspezifisch bereitgestellt werden müssen.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 027

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: LAK Liberale Schüler, KV Reutlingen, KV Heidelberg

*Der Antrag wird im LAK Bildung beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Talente entdecken und fördern – Berufsorientierung als** 2 **Sprungbrett in die Zukunft!**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg sind der Überzeugung, dass in jedem jungen  
4 Menschen eine Vielzahl von Talenten steckt. Doch bevor diese gefördert werden können,  
5 müssen diese erst einmal entdeckt werden. Hier müssen die Schulen ihre Schüler besser  
6 unterstützen als bisher. Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern deshalb:

- 7 • Die Schaffung eines Berufsnetzwerks "Berufsbotschafter" nach Vorbild des Programms  
8 "Studienbotschafter"[1]der Landesregierung

9 [1]<https://www.studieren-in-bw.de/vor-dem-studium/studienbotschafter/>

#### 10 Begründung:

11 Um Schülern einen Eindruck vom späteren Berufsleben zu verschaffen, hat die Landesregierung  
12 allen Gymnasien Zugang zu Studienberatungsstellen ermöglicht und nebenher das Programm  
13 "Studienbotschafter" ins Leben gerufen. Hier können Studierende an Gymnasien über ihr  
14 Studienfach referieren, erzählen und vermitteln. Nebenbei gibt es noch Beratungsmöglichkeiten  
15 durch die Bundesagentur für Arbeit. Wir halten das für notwendig, jedoch nicht ausreichend, da  
16 sich dieses Programm nur auf das Studium beschränkt. Über die damit verbundenen Berufe  
17 erfährt man oftmals wenig. Schüler, die sich gegen das Abitur entscheiden, werden hier subtil  
18 diskriminiert, da nicht alle Gymnasiasten zwangsläufig Abitur machen möchten; alternative  
19 Bildungswege werden ausgelassen. Oftmals beschränken sich Beratungen darauf, dass Schüler  
20 während des Unterrichts Interessenstests absolvieren. Alternativ kann man persönliche  
21 Interessen auch im Gespräch mit Studienberatern kundtun, die diese dann für einen in eine  
22 Suchmaschine eintippen. Für Google muss man nicht eine Doppelstunde verschwenden.

23 Würde man die "Studienbotschafter" auf "Berufsbotschafter" ausweiten, könnte diese Lücke  
24 behoben werden. Lokale Branchen, Betriebe und Unternehmen könnten Schulen besuchen, um  
25 über ihre Berufsmöglichkeiten zu erzählen und diese greifbar zu machen. Für Betriebe auch eine  
26 Möglichkeit, nach dem Personal von morgen Ausschau zu halten. Durch den direkten  
27 Praxisbezug erhoffen wir uns, dass mehr Schüler sich konkretere Gedanken zu ihrer Zukunft  
28 machen können. Außerdem würde man auch Gymnasiasten unterstützen, die sich nach der 10.  
29 Oder 11. Klasse gegen das Abitur entscheiden und sich nicht nur auf den Bildungsweg des  
30 Studiums beschränken, da Betriebe auch über Möglichkeiten einer Ausbildung informieren  
31 könnten.

32 Die Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler in der 9. Und/oder 10. Klasse Praktika absolvieren  
33 können, sehen wir durch diesen Vorschlag sinnvoll ergänzt, da man im Rahmen eines

- <sup>34</sup> Praktikums auf einen Beruf/eine Berufsgruppe beschränkt bleibt. Durch "Berufsbotschafter" wird  
<sup>35</sup> jedoch ein direkter, greifbarer Praxisbezug hergestellt.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 030

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Moritz Klammler und Timo Breuninger

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Anonyme Kommunikation gewährleisten

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg sehen es als eine essentielle Voraussetzung für eine freie demokratische Gesellschaft an, dass sich alle Menschen aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert unterrichten können. Dieser Voraussetzung wird nicht alleine dadurch Genüge getan, dass dieses Grundrecht von der Rechtsordnung prinzipiell anerkannt wird. Ebenso ist es erforderlich, dass jeder Einzelne Zugang zu den technologischen Voraussetzungen haben kann, um dieses Grundrecht im In- wie im Ausland ruhigen Gewissens – erforderlichenfalls auch gegen den Willen staatlicher oder privater Widersacher – ungehindert ausüben zu können.

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg,

- begrüßen daher ausdrücklich die Existenz, Entwicklung und Verbreitung von Anonymisierungs- [1] und Circumvention- [2] Technologien, namentlich in Form der Freien Software "Tor" [3].
- sehen im zur Verfügung Stellen effektiver Anonymisierungstechnologien in einem Land wie Deutschland nicht zuletzt auch einen wertvollen Beitrag für Menschen in weniger demokratischen Staaten.
- fordern Rechtssicherheit für die Betreiber von Tor-Nodes und ähnlicher Dienste insofern, als dass sichergestellt werden muss, dass sie für das zur Verfügung Stellen anonymer Kommunikationsmöglichkeiten weder zivil- noch strafrechtlich belangt oder darin behindert werden können, insbesondere auch in dem Fall, dass unbekannte Dritte ihre Dienste dafür nutzen sollten, um rechtswidrige Handlungen zu begehen.
- stellen sich jeglicher Versuche entgegen, den Betrieb von Anonymisierungsdiensten faktisch unmöglich zu machen, indem Betreibern gesetzlich aufgebürdet wird, Daten zu erfassen oder zu speichern, die zum Betrieb des Dienstes nicht zwingend erforderlich sind, wenn dadurch die Sicherheit des Dienstes oder die Anonymität der Nutzer gefährdet würden, oder die Nützlichkeit ihre Dienste willkürlich einzuschränken.
- verbitten sich jegliche Maßnahmen von staatlicher oder privater Seite, die darauf

33 abzielen, die Nutzung solcher Dienste zu erschweren oder ihre Sicherheit zu gefährden.

34 •

35 ermuntern öffentliche und private Betreiber autonomer Systeme, ihre Netze für den  
36 Betrieb von Tor-Nodes zur Verfügung zu stellen, und insbesondere Universitäten,  
37 studentische Initiativen zu unterstützen, solche Projekte zu realisieren.

38 *URLs, die aufgrund der technischen Beschränktheit des Antragstols nicht im Text verlinkt werden*  
39 *können (nicht Teil des Antragstexts):*

40 1. <https://en.wikipedia.org/wiki/Anonymizer>

41 2. [https://en.wikipedia.org/wiki/Internet\\_censorship\\_circumvention](https://en.wikipedia.org/wiki/Internet_censorship_circumvention)

42 3. <https://www.torproject.org/>

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 031

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Moritz Klammler und Timo Breuninger

*Der Antrag wird im LAK Digitales und Medien beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Keine Zensur in öffentlichen Bibliotheken

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern, dass öffentliche Bibliotheken, die ihren Nutzern Zugang zum Internet gewähren, diesen nicht inhaltlich einschränken. Gegen eine technisch erforderliche Limitierung der Datenrate oder des -volumens, um eine faire Nutzung durch alle Nutzer zu gewährleisten, ist indes nichts Grundsätzliches einzuwenden.

Der Staat hat für ein Rechtsumfeld zu sorgen, in dem die für öffentliche Bibliotheken Verantwortlichen ihren Nutzern ohne Sorge vor rechtlichen Unwägbarkeiten oder wirtschaftlichen Nachteilen (beispielsweise dem Wegfall öffentlicher Gelder) eine authentische und ungefilterte Sicht auf das Internet zur Verfügung stellen können.

### 10 Begründung

Es ist Sinn und Zweck öffentlicher Bibliotheken, Zugang zu Informationen – insbesondere auch solchen, die nicht gefallen – zu vermitteln und nicht einzuschränken. Das Vorgehen gegen strafrechtlich relevante Inhalte im Internet ist die Aufgabe der dafür legitimierten Sicherheitsbehörden. Eine darüber hinausgehende Selbstzensur ist abzulehnen.

Zahlreiche Bibliotheken haben sich dazu entschlossen, ohne dass sie rechtlich dazu verpflichtet wären, von sich aus die Internet-Inhalte zu filtern, die aus ihren Netzen abgerufen werden können. Dafür kommen üblicherweise Inhaltsfilter zum Einsatz, die anhand mehr oder weniger zuverlässiger Heuristiken versuchen, auf DNS- oder IP-Ebene spezifische Teile des Internets zu blockieren oder "unsichtbar" zu machen. Über die von diesen Filtern im Einzelnen angewandten Kriterien und ihrer technischen Zuverlässigkeit mag man dieser oder jener Meinung sein, letzten Endes ist das Problem jedoch nicht die konkrete Ausgestaltung sondern die Existenz solcher Maßnahmen an sich.

Selbst Inhalte, die vom überwiegenden Teil der Bevölkerung als moralisch verwerflich angesehen werden mögen, haben im Kontext wissenschaftlicherer Recherche einen anzuerkennenden Wert. Wo, wenn nicht in öffentlichen Bibliotheken, sollte es möglich sein, auch zu den Schattenseiten der Zivilgesellschaft zu recherchieren und sich (hoffentlich kritisch) mit ihnen auseinanderzusetzen.

Sollte der freie Zugang zum Internet in einer öffentlichen Bibliothek zu einer Belästigung einzelner Nutzer oder anderen sozialen Problemen führen, ist dem mit anderen Maßnahmen als mit einer Zensur des Internets zu begegnen.

### 31 Weiterführende Quellen

- Hermann Rösch, *Zensur und Bibliotheken – Historische Reminiszenz oder Dauerthema?*

- 33       (<https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/9641/roesch.pdf>)
- 34       • David L. Sobel, *Internet Filters and Public Libraries*, 2003.
- 35       (<https://www.freedomforuminstitute.org/wp-content/uploads/2016/10/Internetfilters.pdf>)
- 36       • *Internet Filtering: An Interpretation of the Library Bill of Rights*. Standpunkt und
- 37       Empfehlungen der American Library Association, 2015.
- 38       (<http://www.ala.org/advocacy/intfreedom/librarybill/interpretations/internet-filtering>)

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 032

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Bezirksverband Südbaden

*Der Antrag wird im LAK Bildung beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 "Wer ist dieser Angelo Merte?"

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg setzen sich für eine Ausweitung der politischen  
3 Bildung in Schulen jeglicher Form ein. In Zeiten des aufsteigenden Populismus von rechts und  
4 links ist es von elementarer Bedeutung die Schüler\*innen mit der Politik Deutschlands und  
5 Europas vertraut zu machen. Ziel hierbei ist es, das Interesse junger Menschen für Politik zu  
6 steigern, um eine höhere Partizipation zu schaffen. Leider führt das jetzige System in vielen  
7 Punkten nicht zu den gewünschten Effekten und muss deshalb ausgebaut werden. Niedrige  
8 Wahlbeteiligungen, überalterte Parteien und jugendarme Parlamente müssen der Vergangenheit  
9 angehören.

10

11 Deshalb fordern wir einen verpflichtenden Gemeinschaftskundeunterricht bis zum Abschluss an  
12 allen weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg. In den Abiturprüfungen kann das Fach  
13 neben vier Stunden auch mit zwei Stunden in der Woche belegt werden, vorausgesetzt es bleibt  
14 verpflichtend. Der Unterricht soll hierbei eigenständig angeboten werden, also unabhängig von  
15 Fächerverbünden wie beispielsweise dem "GWG" (Geographie-Wirtschaft-Gemeinschaftskunde).  
16 Selbiges gilt für die Fächer von Real-, Werkreal- und Hauptschulen wie "EWG" (Erdkunde,  
17 Wirtschaft, Gemeinschaftskunde) oder "Welt-Zeit-Gesellschaft" welche ebenfalls als  
18 eigenständiges Fach Gemeinschaftskunde angeboten werden sollen. Somit soll auf Haupt- und  
19 Werkrealschulen Politik als Wahlpflichtfach, sowie auf Realschulen das Fach  
20 Gemeinschaftskunde als schriftliche Abschlussprüfung angeboten werden können.

21

22 Inhaltlich soll neben den bereits bestehenden Themen wie der Gesellschaft, dem Aufbau des  
23 politischen Systems oder den internationalen Beziehungen der Schwerpunkt verstärkt auf der  
24 Teilnahme junger Menschen in der Politik liegen. Wichtige Fragen der politischen Teilhabe  
25 sollten mit Abschluss des Schulfaches geklärt sein. Beispiele hierfür wären die Gründung einer  
26 Bürgerinitiative, die Kandidatur für politische Ämter, die Anmeldung einer Demonstration, das  
27 Engagement in einer Partei oder die Führung einer Debatte. Diesen Inhalt gilt es in den  
28 Bildungsplänen aller Schulformen einzubauen. Dementsprechend müssen die Kapazitäten an  
29 fachspezifischem Personal ausgeweitet werden um somit einem Mangel an Lehrkräften  
30 entgegenzuwirken.

31 Begründung:

32

33 Die politische Bildung an den baden-württembergischen Schulen hat noch einiges an Luft nach  
34 oben. Das bereits bestehende Fach Gemeinschaftskunde bietet hierbei eine gute Grundlage.

35 Jedoch muss dies im Bildungsplan inhaltlich in puncto Partizipation weiter ausgearbeitet werden,  
36 um auf eine höheres Interesse junger Menschen in der Politik hinzuarbeiten. Eine Verpflichtung  
37 dieses Faches sehen wir als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung an.

38

39 Leider wird das Fach Gemeinschaftskunde an den anderen Schulformen (Real-, Werkreal-,  
40 Hauptschule) nur als Kombination mit anderen Fächern angeboten. Dies muss der  
41 Vergangenheit angehören, da die Bildung über die Politik alle etwas angeht und somit kein  
42 Privileg eines Teils der Gesellschaft ist. Deshalb fordern wir auch bei diesen Schulformen, dass  
43 auf eine Ausweitung der politischen Bildung innerhalb des Unterrichts hingearbeitet wird.

44

45 Das Ziel des Antrags ist es nicht nur mehr junge Menschen für Politik in Form von Partizipation  
46 zu begeistern, sondern vor allem auch kommunale Parlamente wie Gemeinde- oder Stadträte mit  
47 mehr Jugendlichkeit zu füllen um einer Überalterung entgegen- und auf eine bessere  
48 Repräsentation der Gesellschaft hinzuwirken.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 033

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Kreisverband Karlsruhe

*Der Antrag wird im LAK Bildung beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Wissenschaft wettbewerbsfähig machen!**

2 Die Jungen Liberalen fordern, es den Universitäten und staatlichen Hochschulen zu ermöglichen,  
3 anstelle verbeamteter wissenschaftlicher Mitarbeiterstellen (Entgeltgruppen A13-A15) die  
4 Position des Lecturers nach anglo-amerikanischem Vorbild einzurichten, dessen Aufgaben  
5 primär im Bereich der Lehre liegen. Der Lecturer nimmt seine Aufgaben eigenverantwortlich wahr  
6 und seine Stellung ist professurunabhängig. Eine Verbeamtung des Lecturers lehnen wir ab und  
7 wollen eine leistungsbezogene Vergütung ermöglichen.

#### 8 **Begründung:**

9 Wissenschaftlicher Fortschritt ist die zentrale Triebfeder für wirtschaftliches Wachstum und die  
10 Ausbildung qualifizierter Fachkräfte bildet zugleich die Grundlage für unseren zukünftigen  
11 Wohlstand. Leider verlassen allerdings zahlreiche junge Menschen, die teilweise bereits sehr gut  
12 in der Forschung vernetzt sind und eigene Arbeiten publiziert haben, trotz ihres Talents und ihrer  
13 Motivation nach der Promotion oder bereits nach dem Studium die Wissenschaft und fallen als  
14 Ideengeber in der Forschung aus. Die Gründe dafür liegen häufig in der fehlenden  
15 Selbstverständlichkeit beruflicher Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und den oft  
16 prekären Beschäftigungsbedingungen für wissenschaftliche Nachwuchskräfte an Universitäten.  
17 Zudem leiden viele Wissenschaftlicher unter der Überlastung mit fachfremden und oft  
18 verwaltungsbezogenen Aufgaben neben den Verpflichtungen in Forschung und Lehre. In vielen  
19 Fachrichtungen hemmt die hohe Lehrbelastung insbesondere junge und in der Lehre häufig noch  
20 unerfahrene Wissenschaftler nach der Promotion (PostDocs) in ihrem wissenschaftlichen  
21 Tatendrang und persönlichen Fortschritt. Diese Belastung stellt im internationalen Vergleich  
22 oftmals einen wissenschaftlichen Wettbewerbsnachteil dar und senkt die Attraktivität der  
23 Beschäftigung an deutschen Universitäten. Durch die Schaffung spezieller Stellen für die Lehre  
24 wollen wir den wissenschaftlichen Nachwuchs entlasten und den hohen Standard in der Lehre  
25 erhalten.

26 Bereits der 52. Bundeskongress und der 68. Landeskongress haben sich für die Einrichtung von  
27 Mitarbeiterstellen an Universitäten ausgesprochen, deren Tätigkeitsschwerpunkt primär in der  
28 Lehre liegt. Der vorliegende Antrag präzisiert diese Forderung und spricht sich explizit gegen die  
29 vom 68. Landeskongress beschlossene Forderung aus, solche Stellen zu Lasten allgemeiner  
30 Doktorandenstellen einzurichten. Dies würde der angestrebten Stärkung des  
31 Wissenschaftsstandorts Deutschland zuwiderlaufen und die ausreichende Ausbildung  
32 hochqualifizierter Fachkräfte gefährden.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 035

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Kreisverband Heilbronn

*Der LAK Europa, Außen und Verteidigung empfiehlt die Ablehnung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **EU-Spitzenkandidaten verbindlich gestalten –** 2 **Änderungsantrag zu Art. 17 Abs. 7 EUV**

3 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern, den ersten Satz des Art. 17 Abs. 7 EUV zu  
4 ersetzen durch folgende Sätze:

5 "Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament den Spitzenkandidaten der Partei,  
6 die in vorangegangener Wahl zum Europäischen Parlament die Mehrheit der abgegebenen  
7 Stimmen erhalten hat, als Präsident der Europäischen Kommission vor. Spitzenkandidat ist, wer  
8 spätestens drei Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament als solcher von seiner Partei  
9 ernannt und öffentlich verkündet worden ist. Mit diesem Kandidaten tritt die Partei um das Amt  
10 des Kommissionspräsidenten an."

11 Ferner soll der bisherige dritte Satz selbigen Absatzes ersetzt werden durch:

12 "Erhält dieser Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen, so kommt es binnen eines Monats zu  
13 einer Stichwahl zwischen beiden Spitzenkandidaten der zwei Parteien, die in vorangegangener  
14 Wahl zum Europäischen Parlament die meisten der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen  
15 konnten. Bleibt auch diese Wahl erfolglos, so schlägt der Europäische Rat nach Konsultation mit  
16 dem Europäischen Parlament binnen zwei Wochen einen Spitzenkandidaten vor, der mit  
17 absoluter Mehrheit gewählt werden muss. Dies erfolgt so oft, bis ein Spitzenkandidat mit  
18 absoluter Mehrheit gewählt wurde."

19 Anderweitige Bestimmungen dieses oder eines anderen Vertrages der Europäischen Union  
20 werden dahingehend geändert.

21

22 [Die Begründung erfolgt mündlich]

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 037

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Bezirksverband Südbaden, Kreisverband Karlsruhe-Stadt, Kreisverband Heidelberg

*Der LAK Europa, Außen und Verteidigung empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### **"Mga Karapatong patao para sa Pilipinas" - Klare Zeichen für Menschenrechte auf den Philippinen**

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern eine entschiedene Haltung des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung, des EU-Parlaments und der Europäischen Kommission gegenüber den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen seitens der Regierung der Philippinen.

Diese Gremien müssen klar Stellung beziehen gegen die von staatlicher Seite tolerierte Folter und Tötung von Personen im Rahmen des "Kriegs gegen Drogen" und die Einschüchterung, Verfolgung und Repression gegenüber Journalist\*innen, oppositionellen Politiker\*innen und weiteren regierungskritischen Stimmen. Selbiges gilt für eine Aufhebung des Kriegsrechts in der Region Mindanao. Solidaritätserklärungen mit liberalen Kräften auf den Philippinen, sowie allen anderen Befürwortern eines liberalen und weltoffenen Staates, sollten ebenfalls von den Gremien forciert werden.

Die Bundesregierung hat durch die gemeinsame Mitgliedschaft der Bundesrepublik sowie der Philippinen im UN-Menschenrechtsrat die Lage, die Philippinische Regierung offen und direkt mit den genannten Menschenrechtsverstößen zu konfrontieren. Dies muss klarer und öffentlicher als bislang geschehen. Eine entsprechende Resolution des Deutschen Bundestages wäre hierfür ein sinnvolles Mandat.

Auf europäischer Ebene sind Maßnahmen bis hin zu Sanktionen gegen die philippinische Regierung zu prüfen. Hierbei sind insbesondere Restriktionen auf die Ausfuhr von Waffen und anderen polizeitaktischen Instrumenten auf den Philippinen, sowie gezielte Maßnahmen gegen an Menschenrechtsverletzungen beteiligten Einzelpersonen der Regierung und Armee in Erwägung zu ziehen.

#### **Begründung:**

Die aktuelle menschenrechtswidrige Lage auf den Philippinen ist für uns als Liberale nicht hinnehmbar. Gerade in Zeiten der Globalisierung, in denen eine engere Bindung zwischen den Staaten entsteht, ist solch ein Verhalten seitens der philippinischen Regierung inakzeptabel. Als Partei der Menschenrechte sollte uns neben dem intensiven Handel zwischen Deutschland und den Philippinen, gerade aus diesem Grund, das Wohl der Bevölkerung vor Ort am Herzen liegen. Kooperationen mit Staaten in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden müssen der Vergangenheit angehören. Dieser Antrag sieht somit in der Globalisierung die Möglichkeit, in weit entfernten Staaten universelle Rechte aller Individuen zu kontrollieren und einzuhalten.

<sup>36</sup> Erfolgt mündlich

<sup>37</sup> Challenge: Für jeden Änderungsantrag muss jeder Teilnehmer des Lako fünf Liegestütze  
<sup>38</sup> machen. Wir sind schließlich der sportlichste Landesverband der Julis.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 039

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: Kreisverband Freiburg, Kreisverband Karlsruhe-Stadt

*Der Antrag wird im LAK Europa, Außen und Verteidigung beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **"Bless the trade down in Africa"**

2 Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern den Abschluss eines europäischen  
3 Freihandelsabkommens mit den Teilnehmerstaaten der African Continental Free Trade Area  
4 (AfCFTA).

5

6 Durch dieses Abkommen sollen Handelszölle und nichttarifäre Handelshemmnisse  
7 weitestmöglich reduziert werden. Der Markteintritt Europäischer Unternehmen in die AfCFTA  
8 sowie der Markteintritt afrikanischer Unternehmen in den europäischen Binnenmarkt muss  
9 gerade für kleine und mittelständische Firmen erleichtert werden.

10

11 Durch die Festlegung gegenseitiger Mindeststandards in Bezug auf Arbeitsschutz,  
12 Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und Gefahrgutsicherheit kann eine umfassende und  
13 transparente Grundlage für die Marktzulassung von Produkten und Dienstleistungen in der  
14 jeweils anderen Handelszone erreicht werden.

15

16 Der Schutz geistigen Eigentums durch einheitliche Regelungen zur multilateralen Anerkennung  
17 von Patentrechten, Urheberrechten, Schutzmarken und geschützten Herkunftsbezeichnungen  
18 muss ebenfalls ein tragendes Element des Abkommens bilden.

19

20 Ebenfalls besteht im Rahmen des Abkommens die Möglichkeit, die derzeitige Politik der  
21 Subventionen für Agrarproduzenten auf eine neue, sozialverträglichere Grundlage zu stellen.  
22 Lokalen Produzenten sollte hierdurch die Möglichkeit gegeben werden, durch einen nachhaltigen  
23 Aufbau der Agrarressourcen mittelfristig ohne äußere Unterstützung die lokale Nachfrage nach  
24 Agrarprodukten zu decken. Desweiteren sollte das Abkommen dahingehend ausgearbeitet  
25 werden, dass lokale Märkte im Sinne der Berücksichtigung lokaler Produzenten nicht durch zu  
26 starke Konkurrenz benachteiligt werden.

27

28 Elemente bestehender wirtschaftlicher Partnerschaftsverträge der Europäischen Union mit  
29 einzelnen Teilnehmerstaaten der AfCFTA sind vor dem Hintergrund einer weiterführenden  
30 Entwicklungszusammenarbeit nach Möglichkeit weitestgehend beizubehalten. Entgegen des  
31 unkoordinierten Aufbaus einer gegenwärtigen Entwicklungspolitik sollen vielmehr individuelle und  
32 zugeschnittene Projekte in allen teilnehmenden Regionen eine vergleichbare Chance auf  
33 Förderung mittels eines zentralen Ansprechpartners auf EU-Ebene erhalten.

Das Abkommen bietet somit die Chance, die Rahmenbedingung für die künftige Ausgestaltung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika abzustecken. Aus europäischer Sicht muss es der Anspruch sein, die UN-Zielvorgabe für Entwicklungsinvestitionen in Höhe von 0,7% des Bruttonationalprodukts mittelfristig auch auf EU-Ebene zu erreichen. Die Umsetzung dieses Ziels gilt es bei der Ausgestaltung des Abkommens mit einzubeziehen.

Begründung:

41

Die AfCTA ist eines der Schlüsselprojekte der Afrikanischen Union bei der Agenda für Afrika bis zum Jahr 2063, bei dem ein Binnenmarkt von bis zu 54 Afrikanischen Staaten angestrebt wird. Auch die EU unterstützt die Implementierung mit bislang 50 Millionen Euro für policy development und strategic assessment. Elementar ist hierbei die nachhaltige Entwicklung und der Aufbau eines internen Absatzmarktes für afrikanische Produkte, mit Fokus auf der Entwicklung des Arbeits- und Investitionsmarkts in Afrika.

48

Freihandel gilt im Allgemeinen als einer der primären Treiber des Aufbaus von internationaler (Handels-)Infrastruktur sowie Wohlstand und Prosperität weltweit.

Ein geregeltes Handlungsumfeld für wirtschaftliche Akteure in einem der größten potentiellen Absatzmärkte weltweit könnte somit forciert werden.

Somit ist ein geregelter Freihandel eines der Schlüsselemente um das unermessliche Wertschöpfungspotenzial der Globalisierung für alle nutzbar zu machen.

Das EU-Mercosur-Abkommen zwischen EU und südamerikanischen Staaten könnte hierbei als ein Wegweiser fungieren, da im Moment nur Handelsabkommen mit einzelnen Afrikanischen Staaten und der Europäischen Union bestehen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt würde somit die Möglichkeit bieten, eine neue Dimension in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu schaffen.

59

Jedoch müssen die in der Vergangenheit aufgekommenen Bedenken gegenüber Freihandelsabkommen mit berücksichtigt werden. Deshalb müssen klare Mindeststandards in den im Antrag genannten Bereichen definiert werden. Ebenso müssen wir unsere Verantwortung im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit ernst nehmen, sowie sicherstellen, dass durch diesen Vertrag nicht die interne wirtschaftliche Entwicklung auf dem Afrikanischen Kontinent gehemmt wird.

Vor allem aber müssen auch Fehlanreize durch überholte Subventionen gerade im Agrar- und Rohstoffbereich nachhaltig beseitigt werden.

Auch wenn die Europäische Union gerade bei den Agrarsubventionen erst einmal vor der eigenen Haustür kehren sollte, gilt es dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Beseitigung der Armut in Form einer Grundlagenschaffung durch einen Aufbau der zivilen Infrastruktur und eine nachhaltige, langfristige und stabile Entwicklung der Wirtschaft in Afrika ist nicht nur für die EU, sondern auch für die Welt in erster Linie aus humanitärer, sekundär aber auch aus wirtschaftlicher Perspektive, ein notwendiges Ziel.

Hierfür sollte die Europäische Union afrikanischen Staaten Möglichkeiten bereitstellen, die interne Infrastruktur, wie etwa Sanitäranlagen, Strom- und Wasserversorgung, Kommunikationssysteme und Transportnetze weiter auszubauen.

Dies gibt uns ebenfalls die Möglichkeit, beim Aufbau dieser Strukturen auf den Einsatz

78 nachhaltiger, umweltschonender Technologien hinzuwirken.

79 Bezogen auf die Erreichung des 0,7% Investitionssziels der UN auf EU-Ebene, lässt sich  
80 schlussendlich sagen, dass es ein ambitionierter und mutiger Schritt ist, der unser Commitment  
81 hin zur Schaffung nachhaltiger Lebensgrundlagen in Afrika für die gesamte Welt deutlich macht.

82

83 Dass dies alles nicht sofort geschehen wird, sollte klar sein. Jedoch bietet dieser Antrag einen  
84 klaren Fahrplan hin zur Erreichung dieser Ziele, welcher zudem für die EU als ein Leitfaden  
85 dienen kann. Für die Mitglieder der AfCTA kann dies ebenfalls ein Anreiz sein ihre internen  
86 Strukturen weiter auszubauen. Mitglieder, die noch Skepsis zeigen bezüglich der AfCTA (z.B.  
87 Nigeria), könnten durch diesen Fahrplan zwischen EU und AfCTA in Form eines Deals bewegt  
88 werden, um die Vorteile des internationalen Freihandels konsequent zu nutzen.

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 040

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: KV Mannheim

*Der Antrag wird im LAK Arbeit und Soziales beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Unbürokratisch, praktisch, gut: Das Liberale Bürgergeld**

#### 2 **Forderung**

3 Auf ihrem 56. Bundesparteitag in Köln vom 05. bis zum 07. Mai 2005 hat die FDP erstmals ein  
4 Konzept zum Liberalen Bürgergeld vorgelegt und beschlossen.<sup>[1]</sup> Laut des Beschlusses ist das  
5 zentrale Ziel des Liberalen Bürgergeldes, nach dem Modell einer negativen Einkommenssteuer  
6 "möglichst alle steuerfinanzierten Sozialleistungen in einem Universaltransfer  
7 zusammenzufassen." Die Jungen Liberalen (JuLis) Baden-Württemberg schließen sich der  
8 Forderung, ein Liberales Bürgergeld einzuführen, an und teilen größtenteils die in dem Beschluss  
9 genannten Forderungen. Dennoch sehen wir JuLis erheblichen Bedarf zur Präzisierung und  
10 teilweise auch zur Überarbeitung des 2005 beschlossenen Konzepts.

11 Das Liberale Bürgergeld soll aus unserer Sicht folgende Ziele erfüllen:

12 1) **Bürokratieabbau:** Die annähernd 150 Sozialleistungen, die derzeit von einer Vielzahl an  
13 staatlichen Stellen verwaltet und ausgezahlt werden, sollen weitgehend gebündelt und damit  
14 hohe Kosten verursachender bürokratischer Aufwand minimiert werden.

15 2) **Leistungsprinzip:** Anreize für Arbeit, mit der Bürgerinnen und Bürger ihre Lebenssituation  
16 durch eigene Leistung verbessern können, sollen geschaffen werden.

17 3) **Grundsicherung:** Diese ist per se Aufgabe des Staates und soll durch das Liberale  
18 Bürgergeld gewährleistet sein.

19 Das Liberale Bürgergeld soll jede in Deutschland lebende Person erhalten. Es soll unter  
20 anderem die folgenden Leistungen bündeln und ersetzen: Grundsicherung, Sozialhilfe (mit  
21 Ausnahme der Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), Wohngeld, Arbeitslosengeld II, BAföG,  
22 Zuschuss bei Arbeitsunfähigkeit und Kindergeld. Der Wegfall des BAföG bzw. der daraus  
23 resultierenden Rückzahlungen soll durch die Wiedereinführung von nachgelagerten  
24 Studiengebühren kompensiert werden.

25 Grundlage des Liberalen Bürgergeldes soll das Individuum sein.

26 Das liberale Bürgergeld stellt ein angemessenes soziokulturelles Existenzminimum dar. Während  
27 der Feststellung der tatsächlichen Bürgergeldsätze soll geprüft werden, ob Kinder und  
28 Erwachsene unterschiedlich hohe Bedarfe haben. Sofern dies der Fall ist, fordern wir eine  
29 altersabhängige Einteilung für die Zeit bis zur Einschulung (0 bis einschließlich 5 Jahre), die  
30 Schulzeit (6 bis einschließlich 15 Jahre) und Erwachsene (ab 16 Jahre). Ab Vollendung des 18.  
31 Lebensjahres, oder sofern bereits der Lebensunterhalt alleine bestritten wird ab Vollendung des  
32 16. Lebensjahres, steht die Auszahlung dem Individuum zu. Vorher erfolgt die Auszahlung an die  
33 Erziehungsberechtigten. Weiterhin sollen Personen sanktioniert werden können, welche kein

34 Interesse an einer Integration in den Arbeitsmarkt zeigen. Diesen Personen soll das liberale  
35 Bürgergeld schrittweise vom soziokulturellen Minimum auf ein, auf Deutschland angepasstes,  
36 physisches Minimum reduziert werden.

37 Die Bedürftigkeitsprüfung soll allein auf Grundlage des Einkommens aus unselbständiger und  
38 selbstständiger Arbeit erfolgen, d. h. das Vermögen soll nicht berücksichtigt werden. Für die  
39 weiteren Einkommenskategorien sollen Freibeträge eingerichtet werden, Einkommen über  
40 diesen Freibeträgen werden auf das Bürgergeld angerechnet.

41 Ausgezahlt werden soll das Liberale Bürgergeld bei abhängig Erwerbstätigen durch den  
42 Arbeitgeber. Alle anderen Bürgergeldempfänger erhalten das Bürgergeld von der Agentur für  
43 Arbeit. Die Auszahlung erfolgt flexibel monatlich auf Grundlage des monatlichen Einkommens.  
44 Die tatsächliche Bedürftigkeitsprüfung und steuerliche Betrachtung erfolgt jedoch jährlich (wie es  
45 aktuell bei der Einkommenssteuer bereits der Fall ist).

46 Das liberale Bürgergeld wird als negative Einkommensteuer implementiert. Anstatt den  
47 Einkommenssteuersatz bei 0% zu begrenzen, wird für Einkommen unter dem  
48 Einkommensteuerfreibetrag ein negativer Steuersatz angewandt. Der Satz des liberalen  
49 Bürgergeldes soll signifikant unter dem Einkommen liegen, auf welches ein  
50 Einkommenssteuersatz von 0% angewendet wird. Dadurch wird die Aufnahme von Arbeit  
51 gefördert, da das Nettoeinkommen immer über dem Mindestsatz des Bürgergeldes liegt.

52 Das liberale Bürgergeld soll über verschiedenen Wege finanziert werden. Die Reduzierung des  
53 bürokratischen Aufwandes wird erhebliche Kosten einsparen. Zudem fordern wir die Abschaffung  
54 des Ehegattensplittings, ergo den Steuerklassen III und V. Dadurch wird eine Förderung von  
55 einkommensstarken Haushalten mit nur einer arbeitenden Person reduziert. Weiterer  
56 Finanzierungsbedarf soll über die Anpassung der Einkommenssteuerkurve erfolgen.

## 57 **Begründung**

58 Erfolgt mündlich.

59

60 <sup>[1]</sup> Der Beschluss ist abrufbar unter [https://www.fdp.de/sites/default/files/filefield\\_paths/2005\\_05\\_0](https://www.fdp.de/sites/default/files/filefield_paths/2005_05_06_bpt_das_liberale_buergergeld_aktivierend_einfach_und_gerecht.pdf)  
61 [6\\_bpt\\_das\\_liberale\\_buergergeld\\_aktivierend\\_einfach\\_und\\_gerecht.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/filefield_paths/2005_05_06_bpt_das_liberale_buergergeld_aktivierend_einfach_und_gerecht.pdf).

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 041

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: LAK Stadt Land Fluss

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 Für eine moderne Sportpolitik in Baden-Württemberg

Der Sport zeigt uns unsere Grenzen. Durch sportliche Wettbewerbe lernen wir Regeln zu beachten und einmal mehr aufzustehen als hinzufallen. Sport hilft dabei, das 1 X 1 unserer Gesellschaft zu erlernen und zu verstehen was Fairness, Respekt und Toleranz im Umgang miteinander bedeutet. Im Sport wachsen wir über uns hinaus und sind ein Beispiel für andere und die kommenden Generationen.

Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern daher:

Eine höhere Wertschätzung der Ehrenamtlichen im Amateur- und Breitensport halten wir für dringend notwendig. Wer in seiner Freizeit anderen Menschen und insbesondere Kindern dabei hilft sportlich tätig zu sein und eine Vorbildfunktion mit hohem persönlichem Einsatz übernimmt, der hat die Anerkennung der Gesellschaft verdient. Daher unterstützen wir den Solidarpakt Sport, der neben dem Breiten- auch den Spitzensport unterstützt. Ebenso fordern wir das generell Auszubildende und Studierende der Dualen Hochschule wie alle anderen einen Anspruch auf Bildungszeit von 5 Tagen pro Kalenderjahr haben und nicht wie bisher von 5 Tagen für die Gesamtdauer der Ausbildung. Es sind gerade diese Altersgruppen, die man als zukünftige Trainer und Betreuer gewinnen und fördern muss. Ebenso sollen Arbeitgeber besonders gefördert werden, die im besonderem Maße ihre Mitarbeiter zum ehrenamtlichen Engagement animieren und hierbei unterstützen.

Wir fordern von der Landesregierung eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Sanierung der Schwimmbäder im Land. Viele Kommunen sind derzeit finanziell damit überlastet, die meist in den 1970er Jahren gebauten Frei- und Hallenbäder zu sanieren. Ebenso können insbesondere viele ärmere Kommunen sich den Betrieb von Schwimmbädern nicht mehr leisten. Die Folge sind Einschränkungen der Lebensqualität der Bürger und das über die Hälfte der Kinder unter 8 Jahren nicht mehr schwimmen können. Zudem sollte nach den gewaltsamen Zwischenfällen in vielen baden-württembergischen Schwimmbädern ein runder Tisch mit Konzepten für ein sicheres Schwimmbad ohne Stacheldraht oder Polizeipatrouillen von Land und Kommunen installiert werden, um für den kommenden Sommer vorbereitet zu sein.

Bei genereller Sanierung der Sportstätten fordern wir eine vereinfachte Beantragung von Fördermitteln durch die Kommunen. Vereinfachte und unbürokratischere Verfahren kommen allen Bürgern zugute und fördern auch die Bewerbungsbereitschaft der Kommunen. In diesem Zusammenhang sollen Beihilfen zum Neubau oder der Renovierung von kommerziell betriebenen Stadien oder "Rettungsaktionen" der öffentlichen Hand für durch eigenes Verschulden in finanzielle Schieflage geratene Vereine nur unter strengen Auflagen und hohen Sicherheiten möglich sein.

Begründung :

## Antrag zum 76. Landeskongress

Antrag 042

76. LANDESKONGRESS DER JUNGEN LIBERALEN BADEN-WÜRTTEMBERG,  
Tuttlingen, 28. – 29. September 2019

Antragsteller: LAK Stadt Land Fluss

*Der Antrag wird im erweiterten Landesvorstand beraten.*

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an \_\_\_\_\_

Der 76. Landeskongress möge beschließen:

### 1 **Demokratie vor Ort stärken: Bürgerentscheide auf** 2 **Landkreisebene**

3 Freiheit wird auf dem Amboss der Meinungsverschiedenheiten und Debatten geschmiedet.

4 Diese für eine freiheitliche Demokratie so wichtigen Grundpfeiler finden aktuell auf  
5 Landkreisebene kaum statt und das in einer Zeit in der wichtige Entscheidungen für die Zukunft  
6 im Bereich Gesundheit, Bildung oder Mobilität getroffen werden. Wenn man diese wichtigen  
7 Debatten zum Erhalt von Krankenhäusern in ländlichen Regionen, Investitionen in Gymnasien  
8 oder taugliche Konzepte für die Mobilität vor Ort führen möchte, muss man den Bürgern vor Ort  
9 mehr Einfluss geben, als es bisher der Fall ist. Viele Bürger sind zum einen frustriert, dass viele  
10 Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden und sie nicht gehört werden. Zur  
11 Wahrheit gehört aber auch, dass viele Bürger wenig oder kaum Interesse an den  
12 demokratisch-politischen Prozessen auf Landkreisebene haben. Diese Problematiken wollen wir  
13 ändern und die Demokratie vor Ort, im Sinne der Bürger weiter stärken und ihnen die Freiheit  
14 und den Mut für öffentliche Meinungsverschiedenheiten und Debatten geben.

15 Wir Jungen Liberalen Baden-Württemberg fordern daher:

16 Die Einführung von Bürgerentscheiden auf Landkreisebene.

17 Der Landesvorstand wird darum gebeten mit dem Verein Mehr Demokratie e.V. ein Konzept zu  
18 erarbeiten und im Sommer 2020 eine landesweite Unterschriftenaktion durchzuführen und diese  
19 Unterschriften dem Landtag BW vorzulegen.